



# Plenarprotokoll

## 39. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 27. September 2001

**Bericht über die Bedeutung des Handwerks in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins und die derzeitige Lage des Handwerks**..... 2895

Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2001  
Drucksache 15/914

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1178

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 2895  
Roswitha Strauß [CDU] ..... 2898, 2911  
Hermann Benker [SPD]..... 2901, 2912  
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] ..... 2903  
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] ..... 2905, 2912  
Lars Harms [SSW] ..... 2908, 2913  
Klaus-Dieter Müller [SPD] ..... 2910  
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]..... 2910

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung ... 2913

**Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee** ..... 2913

Landtagsbeschluss vom 22. Februar 2001  
Drucksachen 15/718 und 15/909

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1067

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 2913  
Joachim Behm [FDP] ..... 2914  
Wilhelm-Karl Malerius [SPD] ..... 2915  
Thorsten Geißler [CDU]..... 2917  
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 2918  
Lars Harms [SSW] ..... 2919

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, den Umweltausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung..... 2920

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**..... 2920

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1129

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus ..... 2920  
Peter Jensen-Nissen [CDU]..... 2922, 2928  
Maren Kruse [SPD]..... 2923, 2928  
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] .... 2925, 2929

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2926	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2949
Lars Harms [SSW].....	2927	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung....	2950
Claus Ehlers [CDU].....	2928	<b>Erhalt von Sprachheilgrundschulen</b> .....	2950
Beschluss: Überweisung an den Agrarausschuss.....	2929	Landtagsbeschluss vom 9. Mai 2001 Drucksachen 15/916 und 15/937	
<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	2929	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1170	
<b>a) Zukunft der Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein</b> .....	2929	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	2950
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1149		Sylvia Eisenberg [CDU].....	2952
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1206		Dr. Henning Höppner [SPD].....	2953
<b>b) Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein</b> .....	2929	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	2954
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1190		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2955
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	2929, 2938	Anke Spoorendonk [SSW].....	2956
Claus Hopp [CDU].....	2931	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	2957
Friedrich-Carl Wodarz [SPD].....	2933	<b>Modellversuch zur Nutzung der Standspur der A 7 in Verkehrsstoßzeiten als Fahrgemeinschaftsfahrstreifen</b> .....	2957
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP].....	2934	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1179	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2936	Thomas Stritzl [CDU].....	2957
Lars Harms [SSW].....	2937	Klaus-Dieter Müller [SPD].....	2958
Beschluss: 1. Überweisung des Berichts Drucksache 15/1206 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung		Christel Aschmoneit-Lücke [FDP].....	2959
2. Überweisung des Antrages Drucksache 15/1190 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss.....	2939	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2960
<b>Erster Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages</b> .....	2939	Lars Harms [SSW].....	2960
Drucksache 15/1043		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	2961
Klaus-Peter Puls [SPD].....	2939	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	2962
Dr. Johann Wadehul [CDU].....	2941, 2949	<b>Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen</b> .....	2962
Günther Hildebrand [FDP].....	2942	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1181	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2943	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus.....	2962
Anke Spoorendonk [SSW].....	2946	Claus Ehlers [CDU].....	2964
Klaus Buß, Innenminister.....	2947	Jutta Schümann [SPD].....	2965
		Dr. Christel Happach-Kasan [FDP].....	2967

Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2968
Lars Harms [SSW].....	2969
Jürgen Feddersen [CDU].....	2970
Beschluss: Überweisung an den Agrar- ausschuss.....	2971
<b>Zweites Seeschiffahrtsanpassungsgesetz - Sicherheitsuntersuchungsgesetz (SUG).</b>	2971
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Ab- geordneten des SSW Drucksache 15/1185 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1208	
Wilhelm-Karl Malerius [SPD].....	2971
Heinz Maurus [CDU].....	2972, 2976
Joachim Behm [FDP].....	2973
Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2974
Lars Harms [SSW].....	2975
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	2976
Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/1185 (neu).....	2977

\* \* \* \*

#### **Regierungsbank:**

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-  
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und  
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und  
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,  
Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

\* \* \* \*

#### **Beginn: 10:03 Uhr**

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kol-  
leginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sit-  
zung.

Erkrankt ist nach wie vor die Frau Abgeordnete Silke  
Hinrichsen, der wir weiterhin gute Besserung wün-  
schen.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Frau Kollegin Herlich Marie Tod-  
sen-Reese und die Herren Kollegen Manfred Ritzek  
und Wolfgang Kubicki.

Ich habe das besondere Vergnügen, Herrn Abgeord-  
neten Wilhelm-Karl Malerius sehr herzlich zum Geb-  
urtstag zu gratulieren. - Herzlichen Glückwunsch und  
alles Gute!

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne möchte ich die Besucher-  
gruppen des Heinrich-Heine-Gymnasiums, Heiken-  
dorf, und der Kreisberufsschule Rendsburg begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 53 auf:

#### **Bericht über die Bedeutung des Handwerks in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins und die derzeitige Lage des Handwerks**

Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2001

Drucksache 15/914

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1178

Ich erteile dem Herrn Minister für Wirtschaft, Tech-  
nologie und Verkehr, Professor Dr. Rohwer, das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Tech-  
nologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der  
Bericht zur Lage des Handwerks, den wir Ihnen vor-  
gelegt haben, zeigt erneut: Das Handwerk ist und  
bleibt einer der Stützpfeiler unserer Wirtschaft und  
damit unserer Gesellschaft.

(Beifall im ganzen Haus)

Jeder fünfte Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein wird  
vom Handwerk zur Verfügung gestellt. Jeder dritte  
Ausbildungsplatz in Schleswig-Holstein wird vom  
Handwerk gestellt. Das ist deutlich mehr, als das  
Handwerk selbst braucht. Und: Das Handwerk bietet  
Schulabgängern mit Hauptschulabschluss - das sind  
etwa zwei Drittel der Auszubildenden - die Möglich-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

keit einer soliden **Berufsausbildung**, ein nicht zu unterschätzender Beitrag auch zur gesellschaftlichen Stabilität in unserem Land. Das Handwerk engagiert sich auch überdurchschnittlich in besonders vielen Bereichen für ehrenamtliche Aufgaben. Dafür gebührt dem Handwerk an dieser Stelle ein herzlicher Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Den Handwerksmeisterinnen und -meistern, die kürzlich ihre Meisterprüfung 2001 bestanden haben, habe ich bei der großen Meisterfeier gesagt:

„Sie haben mit Ihrer Entscheidung für den Handwerksberuf eine gute Wahl getroffen. Das Handwerk hat eine gute Zukunft. Hochwertige Handwerksleistungen werden künftig eher noch wichtiger.“

Ich sage dies ganz bewusst, auch wenn uns allen die aktuelle Situation in der Bauwirtschaft und im Handwerk Sorgen macht.

Die **Baunachfrage** ist strukturell rückläufig. Das hängt mit dem Wohnungsbau zusammen. Das hängt mit der Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen. Das hängt mit der allgemeinen Konjunkturschwäche zusammen. Es kommt hinzu, dass die Lohnnebenkosten in diesem Bereich besonders hart zuschlagen und dass der Wettbewerb zu Nachbarländern teilweise verzerrt ist.

Dies alles drückt die Bauwirtschaft nach unten und schwächt das Handwerk wegen seiner engen Verflechtungen in diesem Bereich mit entsprechenden Folgen für Wachstum und Beschäftigung, und zwar für Wachstum und Beschäftigung in allen **Branchen** in Schleswig-Holstein.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle - das war gestern Thema - einige Anmerkungen zur aktuellen gesamtwirtschaftlichen Situation. Herr Kayenburg, Sie haben mich richtig zitiert. Der Konjunkturverlauf ist insgesamt schwächer als erwartet und in Schleswig-Holstein ist er zurzeit besonders unbefriedigend und enttäuschend. Aber ich bitte Sie und alle anderen, die dazu Stellung genommen haben, auch um eine differenziertere Analyse. Es gibt eine Konjunkturschwäche in Schleswig-Holstein, es gibt aber keine Wachstumschwäche.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na ja!)

Die **öffentliche Investitionsquote** ist - das bedauere auch ich; das wissen Sie - rückläufig. Aber - ich komme gleich darauf zurück - die Ausgaben für öffentliche Infrastrukturinvestitionen in den wichtigen Bereichen gehen nicht nach unten, sondern gehen nach oben. Ich werde Ihnen das gleich im Einzelnen darstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Straßenbauförderung ist weniger!)

Erstens. Hinter den Zahlen des ersten Halbjahres verbergen sich höchst unterschiedliche Branchenverläufe: Bauwirtschaft minus 11 %, Nachrichtentechnik minus 42 %, EDV, Elektrotechnik minus 15,7 %, Tourismus, Gastgewerbe im Bereich minus 0,3 bis minus 1 %. Das heißt, wir haben auf der einen Seite dieses Branchenproblem, wir haben auf der anderen Seite sich sehr gut entwickelnde Branchen: Chemische Industrie plus 15,7 %, Maschinenbau plus 10 %, Metallindustrie deutlich nach oben. Das heißt, wir haben keine allgemeine Schwäche, sondern im Wesentlichen ein Struktur- und Branchenproblem.

Nun haben Sie gestern gesagt, wir förderten die Old Economy zu wenig. Das Gegenteil ist richtig. Sie wissen, was ich beispielsweise für den Chemiestandort Brunsbüttel tue. Sie wissen, was wir für die Medizintechnik - das ist gleichzeitig eine alte und neue Ökonomie - in Lübeck tun, was wir im Bereich der Biotechnologie tun. Zu sagen, wir konzentrierten uns nur auf die **New Economy**, entspricht einfach nicht den Tatsachen.

Gestern ist gefragt worden: Was passiert eigentlich im Bereich der Gesundheitswirtschaft? - Es passiert eine Menge. Das stellt man fest, wenn man sich in dem Bereich etwas umhört. Wir haben mehrere hoch interessante **Investitionsprojekte** in diesem Bereich an mehreren Standorten in Schleswig-Holstein, wo sich im Moment Investoren um interessante Projekte in mehrfacher Millionenhöhe bemühen, im Klinikbereich, im Wellnessbereich. Wir haben ein Medizinkompetenzzentrum in Lübeck, das sich im Aufbau befindet. In Sachen Life-Science-Verbund kommen wir weiter. Wir, Ingrid Franzen und ich, sind Schritt für Schritt dabei, die Tourismusinfrastruktur auszubauen. Auch da sind wir uns hoffentlich einig.

Zweitens. Wir sollten zwischen Konjunkturschwankungen und Wachstumstrend unterscheiden. Bei der Konjunktur gab es auch für Schleswig-Holstein immer bessere und schlechtere Jahre. 1999 war ein besseres Jahr. Das erste Halbjahr 2000 war ein schlechteres Jahr. Wichtiger für den Wirtschaftsstandort ist etwas ganz anderes, nämlich wie er sich im Trend entwickelt. Ein fünfter Platz unter 16 Ländern ist kein schlechter Platz.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wer das sagt, sagt etwas Falsches. Deshalb bitte ich Sie, dies korrekt wiederzugeben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Ein fünfter Platz ist ein guter Platz.

Ich sage nochmals: Abgerechnet wird am Schluss, am Schluss des Jahres 2001. Das Statistische Landesamt hat erste Berechnungen für das erste Halbjahr vorgelegt. Sie wissen, dass diese Zahlen immer wieder korrigiert worden sind und dass Sondereinflüsse eine Rolle spielen.

Aktuelle Meldungen aus Unternehmen in Schleswig-Holstein deuten darauf hin, dass die Gesamtbilanz für 2001 besser ausfallen kann. Interessant wird sein, was die morgige Vorstellung der Herbstumfrage der Unternehmensverbände dazu vorlegen wird.

Richtig ist, dass wir aufpassen müssen, dass wir am aktuellen Rand nicht abkippen. Darüber sind wir uns einig. Der **Standortwettbewerb** wird härter. Die Lage in der Bauwirtschaft, im Handwerk, in der Ernährungswirtschaft, im Bereich Nachrichtentechnik, Mobilfunk, Multimedia ist im Moment sehr, sehr schwierig. Aber - und das ist das, worauf ich hinweisen möchte - die Wirtschaftsstruktur des Landes, meine Damen und Herren, ist in den letzten Jahren wachstumsfreundlicher geworden. Dazu hat die Wirtschaft natürlich den Hauptbeitrag geleistet. Darüber müssen wir uns gar nicht streiten. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit unserer Wirtschafts- und Strukturpolitik einen Beitrag geleistet haben.

Ich könnte Ihnen jetzt viele Beispiele dazu nennen, die Sie alle systematisch verschweigen. Die Forschungs- und Technologieinfrastruktur in Schleswig-Holstein ist ausgebaut worden. Wir haben in unseren Technologie-debatten immer wieder darüber diskutiert. Wir haben im Bereich Medizintechnik/Biotechnologie, im Bereich IT/Multimedia, wir haben im Bereich neue Werkstoffe, neue Materialien Akzente gesetzt. Wir haben in der Energie- und Umwelttechnik - die Energiemesse in Husum hat das gerade jetzt wieder gezeigt - deutliche Impulse gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mehr Neuansiedlungen nach Schleswig-Holstein geholt. Wir haben die Existenzgründungen in Schleswig-Holstein deutlich nach oben gefahren. Wenn ich sage „wir“, ist das keine Leistung der Regierung, sondern eine gemeinsame Leistung für Schleswig-Holstein, die wir erbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben neue Studiengänge aufgebaut, in denen wir mehr qualifizierte Ingenieure, Informatiker und andere ausbilden. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für die Wirtschaft. Wir haben im Verkehrsbereich viele Pro-

jekte auf den Weg gebracht, die Sie nicht auf den Weg gebracht haben. Ich nenne die Elektrifizierung und viele große Ortsumgehungen. Wir haben in den letzten Jahr mehr Geld nach Schleswig-Holstein geholt, um die A 20, die A 21 und die A 7 auszubauen. Das sind Fortschritte, meine Damen und Herren, die Sie nicht einfach bestreiten sollten.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich müssen wir gegensteuern gegen den Rückgang der **Investitionsquote**. Ich halte den Rückgang der Investitionsquote für problematisch und mittelfristig für besonders problematisch.

Sie, Herr Kubicki - leider ist er jetzt nicht hier -, haben gestern Herrn Steinbrück richtig zitiert. Ich teile die Einschätzung von Herrn Steinbrück, aber ich finde es in diesem Zusammenhang interessant, dass in Nordrhein-Westfalen die Investitionsquote niedriger liegt als in Schleswig-Holstein. Das nur am Rande.

Meine Damen und Herren, die **Werftenhilfe** ist in gewissem Umfang notwendig, aber, meine Damen und Herren, die Sie eine vollständige Aufstockung der Werftenhilfe fordern, die Werftenhilfe ist ad definitionem im Landeshaushalt eine Investition, sie ist aber eine Subvention und sie hat in Schleswig-Holstein eine Größenordnung erreicht, die über der gesamten Technologieförderung des Landes liegt. Man muss sich also überlegen, wo man die Schwerpunkte setzt. Es geht nicht um Investitionen an sich. Lassen Sie uns den Investitionsbegriff nicht überbewerten. Sagen Sie uns, Herr Kayenburg, welche Investitionen Sie eigentlich meinen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Welche Investitionen meinen wir? - Wir meinen die **Infrastrukturinvestitionen**. Dabei bitte ich Sie, sich nicht nur das Deckblatt des Haushaltes anzuschauen, sondern insbesondere den Einzelplan 06. Die Verkehrsinvestitionen gehen nach oben, der Straßenbau insgesamt geht nach oben. Sie dürfen nicht nur die Landesstraßen sehen. Der öffentliche Personennahverkehr geht nach oben. Die Aussagen im Regionalprogramm, auch für die strukturschwachen Regionen, gehen im Haushalt 2001 nach oben und im Jahr 2002 nach oben. Schauen Sie sich diese Zahlen an. Ich bin bereit, im Detail darüber zu sprechen. Die Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur steigen deutlich, und zwar mit den richtigen Schwerpunkten, meine Damen und Herren, und nicht irgendwo bei beliebigen Investitionen.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Jetzt, meine Damen und Herren, eine ganz andere Bemerkung. Wir können den Pessimismus, den Sie verbreiten, im Moment nicht gebrauchen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei CDU und FDP)

Wir würden denen, die die Terroranschläge verübt haben, den größten Gefallen tun, wenn wir in Pessimismus verfielen.

(Unruhe bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Zum Glück, Herr Kayenburg, reagiert die Weltwirtschaft etwas gelassener auf die Dinge, als das von manchen beschworen wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja unglaublich! - Klaus Schlie [CDU]: Da kann man nur mit dem Kopf schütteln!)

Die Notenbanken haben klug reagiert und die Zinsen gesenkt. In Europa zeigen einige **Konjunkturindikatoren** wieder nach oben. Die steuerpolitischen Weichen sind gestellt. Die große Steuerreform bringt eine wesentliche Entlastung. Das zusätzliche Steuerentlastungsgesetz, das die Vermögensveräußerung bei kleinen und mittleren Unternehmen mit den großen fast gleichstellt, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns meinetwegen streiten über die Höhe der Investitionsquote. Lassen Sie uns zum 99. Male über die A 20 sprechen. Da mache ich mit Ihnen auch mit. Aber lassen Sie uns bitte festhalten: Dass es zu der Strategie, die wir hier betreiben, nämlich Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau der Bildungsinfrastruktur, Ausbau der Technologieinfrastruktur, keine Alternative gibt. Sie, meine Damen und Herren, haben eine solche Alternative jedenfalls nicht vorgelegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

- Ich komme sofort zum Schluss.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen - damit bin ich bei der Bauwirtschaft und beim Handwerk -, ist ein politischer Pakt für den **Mittelstand** und das Handwerk in Deutschland. Ich habe dazu einige Anmerkungen gemacht. Weiter brauchen wir eine konsequente Umsetzung der Punkte, die wir in Schleswig-Holstein gestalten können. Das sind die fünf Punkte, die wir vereinbart haben: Verstetigung der Investitionsnachfrage, Bekämpfung des unfairen Wettbewerbs, Kampf gegen Schwarzarbeit, eine solche Gestaltung der Vergabebedingungen, dass die örtlichen Firmen mit Teillosen und Fachlosen zum Zuge kommen. Wir verstetigen die Investitionen bei den Infrastrukturinvestitionen. Ich lade Sie gerne zu einer Debatte über das ein, was im Einzelplan 06 steht. Dann werden Sie feststellen: Die Investitionen, die wir brauchen und die Sie auch immer fordern, gehen nach oben und sinken nicht.

In diesem Sinne gibt es, glaube ich, auch für das Handwerk und für die Bauwirtschaft in Schleswig-Holstein Anlass, nicht nur pessimistisch in die Zukunft zu schauen, sondern auch positive Ansätze zu sehen. Lassen Sie uns nach vorn blicken und nicht zurück.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Strauß.

**Roswitha Strauß** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rohwer, ich glaube, der Terroranschlag in den USA ist ein so schlimmes Ereignis, dass wir alle gut beraten sind, es nicht für jede Gelegenheit zu missbrauchen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Tagesordnungspunkt bezieht sich auf das Handwerk. Deshalb erlaube ich mir zu Ihren weitläufigen Ausführungen nur eine Bemerkung und das muss uns dann auch wieder auf den Teppich bringen: Die landeseigenen Steuereinnahmen des Jahres 2000 waren um 100 Millionen DM geringer als die des Jahres 1999. Das ist eine Tendenz. Ich möchte nicht wissen, wie es in diesem Jahr aussieht, um es ganz ehrlich zu sagen.

Meine Damen und Herren, über die Bedeutung des Handwerks gibt es keine zwei Meinungen. Sie ist

(Roswitha Strauß)

herausragend sowohl für den **Arbeits- und Ausbildungsmarkt** als auch für die Wirtschaft in Deutschland und insbesondere in Schleswig-Holstein. Sie haben es gesagt, Herr Minister: 20 % der Arbeitsplätze, mehr als 30 % der Ausbildungsplätze werden in Schleswig-Holstein vom Handwerk bereitgestellt. Das Handwerk ist der ausbildungsintensivste Wirtschaftszweig. Das Handwerk bildet zu einem erheblichen Teil über den eigenen Bedarf hinaus aus.

Ende 2000 waren noch knapp 145.000 Arbeitnehmer in über 20.000 Betrieben beschäftigt. Das Handwerk ist nach wie vor die stabilisierende Kraft für die Wirtschaft, die Arbeitswelt, den Ausbildungsmarkt und die gesamte Gesellschaft in Schleswig-Holstein. Dieser Aussage der Landesregierung ist nichts hinzuzufügen.

Gerade deshalb sind die negative Entwicklung des Handwerks und die noch negativeren Perspektiven schwerwiegend und Besorgnis erregend für unser Land.

Vor diesem Hintergrund steht der Bericht der Landesregierung in einem eklatanten Missverhältnis zwischen analysierter Bedeutung und negativer Entwicklung des Handwerks auf der einen Seite und der Analyse der eigenen wirtschaftspolitischen Handlungsweise und notwendiger Maßnahmen der Landesregierung auf der anderen Seite.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies gilt insbesondere für die Ausführungen zu arbeitsmarktpolitischen und steuerlichen Maßnahmen, zur Verstärkung der Baunachfrage und zur Ausschreibungs- und Vergabepaxis. Ich werde diese Punkte später näher beleuchten.

Fakt ist: Im Jahr 2000 lag das **Beschäftigungsniveau** 8,5 % unter dem Stand von 1996. Das sind 13.432 Arbeitsplätze weniger als 1996!

(Uwe Eichelberg [CDU]: Beachtliche Zahlen!)

Ausweislich des Berichts der Landesregierung entwickelte sich das Handwerk deutlich schlechter als die Gesamtwirtschaft. Und der negative Trend der vergangenen Jahre setzt sich ungebremst fort; die Konjunkturaussichten für das Handwerk sind düster. Wer die Statistiken für das laufende Jahr gelesen hat, weiß, welche Folgen das für den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein hat und noch haben wird.

Betroffen ist, wie schon in den vergangenen Jahren, insbesondere das Bauhauptgewerbe und das Kraftfahrzeuggewerbe. Der Zustand im **Bauhauptgewerbe** wird von den Kammern durchgängig als dramatisch bezeichnet. Für diese negative Entwicklung stehen neben strukturellen Problemen wesentlich die zu hohen

Lohnnebenkosten, Wettbewerbsverzerrungen, gestiegene Benzinpreise, zu hohe Steuern und Abgaben und in Konsequenz zunehmende Schwarzarbeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU-Fraktion hat den Berichtsantrag zur wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung des Handwerks maßgeblich deshalb gestellt, weil wir von der Landesregierung wissen wollten, mit welchen Maßnahmen sie der bedrohlichen Entwicklung begegnen will. Die hierzu getätigten Aussagen zeugen mehr von gestörter Wahrnehmung, denn vom Willen, entschlossen zu handeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Landesregierung bescheinigt sich, gute Grundlagen zur Verstärkung der Baunachfrage geschaffen zu haben. Die als Beweis gelieferte Aufstellung über die **Investitionen im Hochbau** für die Jahre 1990 bis 2000 beweist das Gegenteil.

Setzt man die Investitionsentwicklung ins Verhältnis zur steuerlichen Einnahmeentwicklung des Landes wird der kontinuierliche Abwärtstrend der Bauinvestitionen überdeutlich.

(Uwe Eichelberg [CDU]: So ist es!)

1990 hatte das Land - ohne steuerähnliche Abgaben - rund 7,17 Milliarden DM Steuereinnahmen, im Jahr 2000 waren es 10,07 Milliarden DM, also knapp 3 Milliarden DM mehr. 1990 wurden noch 247,5 Millionen DM in den Hochbau investiert. 2000 waren es noch ganze 215,7 Millionen DM. Ein Rückgang allein der Hochbauinvestitionen in Bezug auf die Entwicklung der Steuereinnahmen von 38%! Ähnliches gilt für den Straßenbau. Rechnet man die allgemeinen Kostensteigerungen hinzu, hat sich das Nettovolumen für die Bauwirtschaft halbiert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das geht alles nach oben, habe ich gerade gehört!)

Das Einzige - das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Minister Rohwer -, was sich verstetigt hat, ist der Abwärtstrend und das nicht nur bei der Baunachfrage.

Über Missstände im öffentlichen **Ausschreibungs- und Vergabeverhalten** hat sich der Wirtschaftsausschuss bereits im Februar dieses Jahres grundlegend informiert. In Konsequenz der dargelegten Missstände hat die CDU-Fraktion im Juni eine Initiative in den Landtag eingebracht, die in geänderter Form als fraktionsübergreifender Antrag einstimmig vom Landtag verabschiedet worden ist. Ziele sind die Sicherstellung eines fairen mittelstandorientierten Wettbewerbs, der Ausschluss von Dumpingangeboten und eine transparente Vergabepaxis.

**(Roswitha Strauß)**

Zur Erreichung dieser Ziele, Herr Minister Rohwer, reicht es nicht, unverbindliche Absichtserklärungen abzugeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Gefordert ist die Durchsetzung und aktive Kontrolle der Intentionen und der gesetzlichen Regelungen der **VOB**. Das ist der Auftrag des Parlaments an Sie, Herr Minister Rohwer, und der Wirtschaftsausschuss wird die Umsetzung dieses Auftrages durch die Landesregierung kritisch begleiten.

Mit dieser Vorgeschichte und auch vor dem Hintergrund der Demonstration der Bauwirtschaft vor dem Landeshaus ist es schon ein starkes Stück, das für mich die Schmerzgrenze zur Peinlichkeit überschreitet, wenn die Landesregierung in ihrem Bericht kundtut: „Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Verwaltungen in den Kommunen beziehungsweise in den Ministerien die Regelungen der VOB unterlaufen beziehungsweise unterlaufen haben.“

Was man nicht feststellen will, kann man auch nicht feststellen.

(Beifall bei CDU und FDP - Hermann Benker [SPD]: Unsinn!)

Wenn alles bestens ist, Herr Minister, wozu dann das Fünf-Punkte-Programm, wozu dann die Initiative des Parlaments und wozu eine weitere Informationsbroschüre? Das ist die Frage, die beantwortet werden muss.

(Beifall bei CDU und FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Landesregierung bezüglich der Tariftreue ausdrücklich in der Erkenntnis, ein Bundesvergabegesetz abzuwarten und dass ein Landesvergabegesetz nicht notwendig und auch nicht geplant ist. Nur, Herr Minister, hier bekommen Sie ein Problem mit Ihrer eigenen Fraktion. Mit der Geschmeidigkeit des Medienmenschen die Wunschlage der Bauverbände ortend, hat der Herr Kollege Müller auf der Nordbau zum Tag der Bauwirtschaft fröhlich verkündet, dass nunmehr auch die SPD vehement für ein Landesvergabegesetz eintrete, und so stehen Sie, Herr Minister, mit Ihrer Position leider im Regen.

Die CDU-Fraktion sieht den diesbezüglichen Beratungen mit Interesse entgegen und Herr Kollege Müller, auf Ihre tief schürfenden Kenntnisse in der Sache freue ich mich besonders.

Einig sind wir uns darin, dass das Hauptübel für das Handwerk in der ausufernden **Schwarzarbeit** besteht. Die Ursache hierfür sind die viel zu hohen Lohnzu-

satzkosten. Einig sind wir uns auch, dass mittels Kontrolle, Aufdeckung und Ahndung nur die Spitze des „schwarzen Bergs“ zu erreichen ist.

Vordringlich muss daher die Senkung der **Lohnsatzkosten** sein. Gibt es dazu eine Initiative der Landesregierung? Fehlanzeige! Anstatt neue Riesenbeträge in das so genannte „Job-Aktiv“-Gesetz zu pumpen, ist es zielführender, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu senken und wenn ich das richtig weiß, ist das eines der Ziele der Grünen, von denen im Augenblick nicht viele anwesend sind.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind doch ein paar hier! Ich frage Sie, in welchen ersten Arbeitsmarkt sollen denn die vielen Arbeitslosen vermittelt werden, wenn gerade hier die Arbeitsplätze massiv wegbrechen? Die Frage, wie das gehen soll, müssen Sie uns beantworten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Senkung der **Arbeitslosenversicherung** um 1 % reicht aber bei weitem nicht. Also müssen weitere Maßnahmen in Angriff genommen werden, aus denen sich Potenziale der Schattenwirtschaft insbesondere für das Bau- und Ausbaugewerbe gewinnen lassen. Alle reden von der Schwarzarbeit, aber keiner tut etwas. Der steuerliche Abzug von Handwerkerrechnungen, auch für Private, kann hier eine Menge bewirken und würde sich durch eine höhere Wertschöpfung selbst finanzieren.

(Beifall bei CDU und FDP sowie der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Unruhe)

- Ich bedanke mich ausdrücklich für den Beifall von der linken Seite des hohen Hauses. Wir werden einen solchen Antrag hier einbringen und dann können wir ihn alle gemeinsam Richtung Bundesregierung schicken.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung beschränkt sich mit ihrem Bericht auf die Beschreibung des Elends und verweist das Handwerk im Übrigen auf Flexibilität und Mut zu kreativen und innovativen Lösungen. Herr Minister Rohwer, mit Verlaub, in Teilen ist das zynisch.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Benker.

(Holger Astrup [SPD]: Nun sag mal, wie es wirklich ist!)



**Hermann Benker** [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir uns in größeren Zeitabständen nicht nur mit der Wirtschaftspolitik generell, sondern auch konkret mit der Situation des Handwerks beschäftigen. Auch wenn die Rahmenbedingungen größtenteils auf Bundesebene bestimmt werden, ist die Landesregierung dem Wirtschaftsbereich Handwerk bei der zukünftigen Weiterentwicklung ein verlässlicher Partner.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die steuerfreie Rücklage für Reinvestitionen ist zum Beispiel ein solcher Erfolg der Landesregierung, den sie auf Bundesebene durchgesetzt hat.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, so ist das!)

Der Bericht von 1999 und der heutige gehören zusammen. Der Satz „Für Schleswig-Holstein hat das Handwerk einen besonderen Stellenwert; es ist ein zentraler Bereich schleswig-holsteinischer Wirtschafts- und Mittelstandspolitik“ wird von allen Parteien dieses hohen Hauses getragen.

(Zuruf von der CDU)

Aber auch folgenden Vergleich muss man sehen: Während im Bundesdurchschnitt 11,5 % der **Erwerbstätigen** im Handwerk zu finden sind, sind es in Schleswig-Holstein 20 %. Auch ein Drittel aller **Ausbildungsplätze** ist in Schleswig-Holstein im Handwerk zu finden, wie bereits gesagt worden ist. Dafür gilt es dem Handwerk auch ausdrücklich Dank zu sagen.

Wenn ein weiterer Satz Gültigkeit haben soll, nämlich „Das Handwerk ist und bleibt eine stabilisierende Kraft für die Wirtschaft, den Arbeits- und Ausbildungsmarkt und für die gesamte Gesellschaft“, dann müssen wir diesen Herausforderungen Rechnung tragen.

(Zurufe von der CDU)

Dazu gehört erstens Folgendes: Das Handwerk ist eine nachfrageorientierte Dienstleistung. Es ist im Wesentlichen regional tätig und hat einen überschaubaren Einzugsbereich. Dies ist lebensentscheidend auch für eine gesunde Struktur im ländlichen Raum. Aber wir beobachten, dass die Güterproduktion und die Produktion von Dienstleistungen nationale Grenzen zu überschreiten und Entfernungen an Bedeutung zu verlieren beginnen. Bei Aufträgen an Generalunternehmen werden häufig Klein- und Kleinstbetriebe zu Unterauftragsnehmern, die nicht aus Schleswig-Holstein sind, Firmen, die oft während oder nach dem Auftrag gar nicht mehr existieren. Ich weise hier besonders auf die

Verantwortung derjenigen hin, die für die **Auftragsvergabe** zuständig sind. Das ist nicht allein das Land.

Zweitens. Im Handwerk sind nach wie vor Familienbetriebe oder Personengesellschaften zu finden. Daher werden die neuen innerbetrieblichen Organisationsformen der Großunternehmen auf das Handwerk noch stärker ausstrahlen als bisher.

Das gilt sowohl für das Outsourcen bestimmter Bereiche als auch für die Übernahme von Serviceleistungen durch die Großbetriebe. „Just in time“ wird in Zukunft auch für Reparaturen gefordert werden. Das kann nur handwerksintern gelöst werden.

Drittens. Das Handwerk hatte bisher eine kontinuierliche Entwicklung sowohl in der Produktion als auch häufig in den verwendeten Materialien und Werkzeugen. Aber der beschleunigte technische Fortschritt sowie die Notwendigkeit, auch für Umweltfragen Lösungen anzubieten - ich nenne hier nur die Einsparung von Strom und Wärme -, erfordern eine noch **schnellere Anpassung**. Hier werden in der Regel die Grenzen für die Handwerksbetriebe, insbesondere in der Liquidität, deutlich. Günstige Finanzierungshilfen, Zuschüsse zu Qualifizierungen, Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Sparkassen sind hier die wichtigsten Partner für die **Handwerksbetriebe** in Schleswig-Holstein. Diese haben wir mit geschaffen und tragen sie weiterhin.

(Beifall bei SPD und SSW)

Viertens. Nicht nur im Bereich der öffentlichen Auftraggeber beobachten wir die Neigung, nur noch Generalunternehmer zu verwenden; auch private Kunden fordern zunehmend **Komplettlösungen**. Allein dieser letzte Bereich erfordert neue unternehmerische Vorgehensweisen wie die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, das Anbieten von Leistungen aus einer Hand oder durch Kooperation durch einen angebotenen Verbund.

„Fit für die Zukunft“, unter diesem Motto haben wir eine Reihe von Hilfen für das Handwerk anzubieten. Ich erinnere nur an die Fortsetzung der Maßnahme Meister-BAföG, bezuschusste überbetriebliche Ausbildung für Qualifizierung und die Nutzung neuer Technologien. Denn dies ist wichtig für den Zukunftsbestand.

Wir teilen hier nach wie vor die Auffassung der Landesregierung, an dem großen Befähigungsnachweis, das heißt an der **Meisterprüfung**, festzuhalten. Nach wie vor sind die Meisterprüfungen das größte Existenzgründungsprogramm, das wir haben. Denn immerhin lassen sich jährlich 60 % aller Absolventen als Selbstständige nieder.

(Hermann Benker)

Mit 20.000 Ausbildungsplätzen ist das Handwerk der **ausbildungsintensivste Bereich** der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Erfreulich ist, dass inzwischen 30 % der Auszubildenden den Realschulabschluss haben. Aber warum soll es nicht durch eine Imageverbesserung des Handwerks auch Abiturienten schmackhaft gemacht werden, ein Handwerk zu erlernen?

Es ist aber nicht allein der noch immer ungebrochene Trend zu einem Weißkittelberuf, der Abiturienten von einem Handwerk abhält, sondern es ist auch die Belastung der Familien, die in mittelständischen Unternehmen und insbesondere im Bereich des Handwerks mit der Selbstständigkeit einhergeht.

Nie gibt es eine Familie im Handwerk mit einer 38-Stunden-Woche. Immer ist die Ehefrau betroffen - häufig auch mithaftend oder im Beruf tätig. Meistens sind es auch die Kinder, die bei Engpässen helfen müssen. Diese familiäre Belastung lässt viele davor zurückschrecken, selbstständig zu werden.

Das gilt auch für die Nachfolgeregelung, für die der Bericht allerdings keine Zahl aufweist. Dort ist nur ein Hinweis auf den Bericht von 1999 zu finden. Bei Weiterführung und Betriebsübernahme wird nach wie vor von Schwierigkeiten berichtet.

Man kann nicht über das **Handwerk** sprechen, ohne auch über **Schwarzarbeit** zu reden. Frau Strauß, hier teile ich Ihre Auffassung. Ursachen für die Schwarzarbeit mögen zwar in erster Linie die hohen Lohnnebenkosten sein. Aber das Grundübel für die Schwarzarbeit ist deren gesellschaftliche Akzeptanz. Es gilt eher als clever denn als Betrug, Schwarzarbeit organisiert zu haben oder Schwarzarbeit zu leisten. Der Blick auf den Schwarzarbeiter ist zu einseitig. Denn es gibt immer auch Schwarzarbeitgeber. Dieser gesellschaftlichen Akzeptanz der Schwarzarbeit gilt es entgegenzuwirken.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir unterstützen daher weiter die gesetzgeberischen Initiativen zur Verfolgung der Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Dies ist auch ein Teil der vom Minister angeführten fünf Punkte, die wir mit der Bauwirtschaft vereinbart haben.

Ein weiterer Punkt ist, dass die **Verdingungsordnung** strikt einzuhalten ist. Deshalb haben wir die Aufforderung an alle öffentlichen Auftraggeber: Bauleistungen und so weiter sind möglichst in Teil- und Fachlose aufzuteilen. Die Bewilligungsbescheide des Ministeriums werden zukünftig mit einer Informationsschrift für die Vergabevorschriften versehen. Ich halte das für den richtigen Weg.

Das, was Sie angesprochen haben, Frau Strauß, ist ausschließlich die rechtliche Seite. Dort gibt es nur zwei Fälle; ansonsten wird die VOB eingehalten. Aber in der Auslegung muss man den Kommunen und allen Auftraggebern helfen, dass die Lose vor Ort und in der Region bleiben.

Dazu gehört, dass häufig nicht gesehen wird, dass bei der Beurteilung der Frage, welches der günstigste Anbieter ist, die **Gewährleistungs- und Haftungsfragen** einzubeziehen sind. Garantie kann durch ortsnahe regionales Handwerk sehr viel eher geleistet werden als durch einen Pleite gegangenen Unterunternehmer eines Generalunternehmens.

Leider gehört auch die **Zahlungsmoral der öffentlichen Hand** dazu. Das hat der Minister richtig geregelt, indem er seinen nachgeordneten Bereich angewiesen hat, pünktlich zu zahlen. Das, was Private für sich in Anspruch nehmen, kann die öffentliche Hand nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Handwerker haben ein Anrecht darauf, rechtzeitig bezahlt zu werden, wenn sie Leistungen erbracht haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die **Tariftreue**, die gesetzlich vorgeschrieben werden soll, ist im Augenblick im Gesetzgebungsgang. Der Bundesrat hat den Bundestag aufgefordert, ein Vergabegesetz zu verabschieden. Damit würden die Rahmenbedingungen in allen Bundesländern auf die gleiche Grundlage gestellt werden. Frau Strauß, wenn Sie glauben, wir ließen unseren Minister im Regen stehen, dann verstehen Sie nichts vom Wetterdienst. Denn wir sind der Auffassung, dass wir nicht so lange warten sollten, bis das Vergabegesetz auf Bundesebene irgendwann - am Sankt-Nimmerleins-Tag - erscheint. Wir werden unser Vergabegesetz konsequent weiterentwickeln und das Vergabegesetz auf den Weg bringen, wenn es denn erforderlich ist.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn das Bundesvergabegesetz das abdeckt, sind wir genauso bereit, es wieder aufzuheben. Aber wir haben keine Zeit zu verlieren, was die Situation der Bauwirtschaft betrifft. Deswegen werden wir das Vergabegesetz konsequent weiterverfolgen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir werden mit Sicherheit im Ausschuss noch über den einen oder anderen Punkt zu beraten haben. Deshalb nur ein paar Bemerkungen zu den Perspektiven des Handwerks.

Trotz der unterschiedlichen Lage in verschiedenen Bereichen - Sie haben ein paar angesprochen - gibt es für mich einen Satz, der die Situation am ehesten ausdrückt, nämlich: „Die Stimmung ist schlechter als die

(Hermann Benker)

Lage.“ Dazu tragen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wesentlich bei.

Wenn 99,8 % aller Unternehmen im Land kleinere und mittlere Unternehmen sind, dann ist es logisch, dass die Landesregierung mit Nachdruck eine **mittlungsstandsfreundliche Politik** verfolgt. Dazu ist auch eine Verstärkung der Aufträge hilfreich. Dazu hat die Auftragslage - das zeigt der Bericht deutlich - sowohl beim staatlichen Hochbau als auch beim Straßenbau geführt. Ich verweise dazu auf Seite 28: Es ist nachgewiesen, dass das Land von 1990 bis 2000 bei seinem staatlichen Hochbau kontinuierlich im 200-Millionen-DM-Bereich geblieben ist. Nur der Bund hat hier Abweichungen vorgesehen. Das Gleiche gilt auch für den Landesstraßenbau.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

- Auch dort pendelt er um 100 Millionen DM. Sehen Sie sich die Zahlen doch an, Frau Aschmoneit-Lücke.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Der entscheidende Einbruch im Baubereich liegt in der Zurückentwicklung der Baunachfrage, im Gewerbebau und im Wohnungsbau. Hier zeigt sich, dass Wirtschaft eben auch von Zukunftserwartungen lebt.

Investitionen werden mit einer Erwartungshaltung auf Vorteile für die Zukunft gemacht. Es hilft wenig, wenn man immer nur räsoniert, sich beklagt und die Gesamtsituation schlechter gemacht wird, als sie es tatsächlich ist.

Im Unterschied zur Opposition sind wir der Auffassung, dass es Politikern obliegt, Zuversicht auszustrahlen, Mut zu machen - nicht nur bei der Existenzgründung, sondern bei jeder konjunkturellen Situation - und es nicht beim Schwarzsehen zu belassen.

Es geht mir hier nicht um Gesundbeten, aber Pessimismus allein ist tödlich für die Wirtschaft. Bei uns Sozialdemokraten sind die Sorgen, aber auch die Chancen des Handwerks gut aufgehoben.

(Beifall bei SPD und SSW - Lachen bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort jetzt der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lage unseres Handwerks ist ernst; hoffnungslos ist sie nicht. Aber der Bericht verdeutlicht,

dass zwischen der Wirklichkeit und der Wahrnehmung der Landesregierung Welten klaffen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eines der größten Probleme unserer Handwerker und unseres Landes. Die Landesregierung ist dermaßen von sich überzeugt, dass sie die Probleme der Menschen durch ihre rosarot-grüne Brille nicht mehr wahrnimmt.

Herr Minister, was Sie hier heute vorgetragen haben, war ein deutliches Zeichen und eine Bestätigung dessen, was ich im Grunde vorher schon wusste und was sich aus Ihrem schriftlichen Bericht entnehmen lässt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die **schleswig-holsteinischen Handwerker** sind mindestens genauso gute Handwerker wie die in anderen Ländern. Sie zeichnen sich durch hohen Einsatz, hohe Flexibilität und Innovationsbereitschaft aus. Sie haben aber ein Problem. Sie müssen viel zu viel Energie auf der staatlichen Hindernisbahn verschwenden. Der Weg zum Erfolg ist steinig und die Steine in diesem Lande werden immer größer.

Das schmälert den wirtschaftlichen Erfolg. Auch Handwerker können ihre Zeit nur einmal verbrauchen, entweder für produktive Dienstleistungen oder für die Erfüllung leistungshemmender Rechtsvorschriften. Die staatlichen Hindernisse auf dem Weg zum wirtschaftlichen Erfolg zeigen ihre Wirkung. Ich zitiere aus dem ersten Absatz der Antwort auf die Große Anfrage der FDP von 1999:

„Über 20.000 Betriebe mit über 175.000 Mitarbeitern sind der Motor für Beschäftigung und wirtschaftliche Stabilität. Jeder fünfte Arbeitsplatz und jeder dritte Ausbildungsplatz wird hier vom Handwerk zur Verfügung gestellt. ... Mit 21.000 Lehrverträgen ist es der ausbildungsintensivste Bereich der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.“

Vergleichen wir dies mit dem dritten Absatz der vorliegenden Antwort:

„Über 20.000 Betriebe mit circa 145.000 Mitarbeitern sind der Motor für Beschäftigung und wirtschaftliche Stabilität im Land. ... Jeder fünfte Arbeitsplatz und jeder dritte Ausbildungsplatz wird vom Handwerk zur Verfügung gestellt. ... Mit 20.000 Lehrverträgen wird erheblich über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet.“

Zwischen diesen beiden Aussagen liegen keine zwei Jahre. Seit 1999 müssten demnach im **Handwerk** ungefähr 30.000 **Arbeitsplätze** und 1.000 **Ausbil-**

(Christel Aschmoneit-Lücke)

**dungsplätze** abgebaut worden sein. Das wären 17 % Abbau bei den Arbeitsplätzen und 4,8 % bei den Ausbildungsplätzen. Da das Handwerk immer noch jeden fünften Arbeitsplatz stellt, müsste die Zahl der Arbeitsplätze auch um 17 % gesunken sein. Das ist natürlich nicht so, Gott sei Dank, nicht einmal in Schleswig-Holstein. Aber das zeigt entweder die Wirklichkeitsferne oder die Schönfärberei der Landesregierung. Die 1999 in der Antwort auf unsere Große Anfrage genannte Zahl von 175.000 Arbeitsplätzen im Handwerk war die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1994; aber das wurde damals von der Landesregierung geflissentlich verschwiegen.

Daraus ergeben sich für mich zwei Folgerungen. Erstens. In Schleswig-Holstein müssen die Handwerker den einst goldenen Boden zunehmend gegen gefärbtes Blei eintauschen. Zweitens. Glaube bitte keiner Statistik des Wirtschaftsministeriums, die du nicht selbst intensiv nachgeprüft hast!

(Beifall bei FDP und CDU)

Letzteres ist tragisch, aber es passt ins schön gefärbte Bild. Mein Kollege Wolfgang Kubicki hat es gestern in der Haushaltsdebatte an vielen weiteren Beispielen belegt: Rechnen ist nicht gerade die Stärke der Landesregierung, im Gegenteil. Die andere Möglichkeit wäre: Die Landesregierung kann zwar rechnen, legt aber nicht sehr viel Wert auf die offene Darlegung der Ergebnisse, zumindest dann nicht, wenn sie unliebsam sind. Auch auf diesen Umstand habe ich schon mehrfach hingewiesen. Beides ist nicht hinzunehmen.

Herr Wirtschaftsminister, geben Sie uns in Zukunft einfach offen die absoluten Zahlen, anstatt sich hinter Indexzahlen zu verstecken. Das würde besser zum Konzept der offenen Gesellschaft passen, von der in den letzten Tagen so häufig die Rede war.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der **Umsatz** im Handwerk sinkt. Preisbereinigt ist der jährliche Umsatz im schleswig-holsteinischem Handwerk seit 1994 um knapp 17 % zurückgegangen. Die Kosten dagegen sind gestiegen - darauf weist die Regierung teilweise auch hin -, wegen der Euroschwäche zum Beispiel für importierte Vorprodukte.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, die Regierung allerdings unterschlägt die Kosten ihrer eigenen Arbeitsplatzvernichtungspolitik: Einschränkung der geringfügigen Beschäftigung und der befristeten Arbeitsverträge, gesetzlicher Anspruch auf Teilzeit, Mitbestimmungsnovelle, Steuerreform zuungunsten der Personengesell-

schaften - das hat nicht die Landesregierung veranlasst, aber sie macht es mit und darauf möchte ich an dieser Stelle immer wieder hinweisen.

(Beifall bei FDP und CDU)

All dies verteuert natürlich die Kosten der Arbeit; den ökonomisch Verständigen in diesem Lande war dies schon lange bekannt.

Weniger Umsatz und höhere Kosten gleich weniger Beschäftigung und weniger Investitionen. Weniger Investitionen gleich weniger Beschäftigungswachstum, in diesem Fall stärkere Abnahme der Beschäftigung. So einfach ist das. Im Übrigen gilt meine Aufforderung bezüglich der Beschäftigungszahlen auch für den Umsatz, Herr Minister Rohwer. Geben Sie das nächste Mal die absoluten Zahlen an, bei Geldbeträgen bitte auch preisbereinigt!

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Was sagt nun die Landesregierung zu diesen Tatsachen? - Sie behauptet:

„Die Landesregierung unterstützt das Handwerk mit günstigen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Flexibilität und Innovationsfähigkeit. Modernisierung der Verwaltung, günstige Finanzierungshilfen, eine breite Palette von Zuschüssen zur Qualifizierung und die verstärkte Nutzung neuer Technologien machen das Handwerk fit für die Zukunft.“

Angesicht der Entwicklung von **Umsatz** und Beschäftigungszahlen kann man diese Selbstbeweihräucherung kaum ertragen.

Ein Beispiel aus dem Bauhandwerk:

„... der Wirtschaftsminister setzt sich dafür ein, dass die Aufträge der öffentlichen Hand zu einer Verstetigung der Nachfrage nach Bauleistungen beitragen.“

Die Ausgaben für **Baumaßnahmen**, also Hochbaumaßnahmen und Straßenbau, sprechen da eine ganz andere Sprache. 1990 wurden von Bund und Land in Schleswig-Holstein nominal noch 673,7 Millionen DM in Baumaßnahmen investiert.

(Hermann Benker [SPD]: Nennen Sie doch das Land allein!)

- Ich komme darauf, Herr Benker. - 1999 waren es nur noch 391,3 Millionen DM, im Jahr 2000 wieder 456 Millionen DM - wie gesagt, nominal. Preisbereinigt waren die öffentlichen Ausgaben für Baumaßnahmen 2000 fast 47 % geringer als 1990, die des

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Landes - lieber Herr Kollege Benker - mehr als 30 % niedriger.

Ähnlich sieht es beim Straßenbau aus: Im Vergleich zu 1990 sanken die Ausgaben der öffentlichen Hand preisbereinigt um gut 22 %, davon die des Landes um mehr als 29 %, Herr Kollege Benker. So viel zum Thema günstige Rahmenbedingungen und Verstärkung der Baunachfrage!

(Beifall bei FDP und CDU)

Wäre es nicht so traurig, könnte man lachen, aber es ist leider so traurig. Die **preisbereinigten Zahlen** sind der Antwort nicht zu entnehmen. Dabei sollte es gerade unserem Wirtschaftsminister einleuchten, dass nur der Vergleich realer Geldbeträge Rückschlüsse auf reale Veränderungen zulässt.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vielleicht würde es auch der Landesregierung helfen, wenn sie sich diese Erkenntnis zu Eigen machte; genügend Volkswirte haben wir ja im Kabinett. Damit keine Zweifel aufkommen: Seit über 13 Jahren regiert die SPD und seit fünf Jahren dürfen die Grünen mitmachen. Hier sind die Verantwortlichen zu finden.

Jeweils knapp ein Drittel weniger im Bau allgemein und im Straßenbau! Diesen Einbruch der öffentlichen Investitionen des Landes können Sie auch mit noch so viel Förderprogrammen und Beschäftigungsgesellschaften nicht ausgleichen. Wäre das reale Niveau der Bauausgaben von 1990 gehalten worden, dann wären in den letzten zehn Jahren durch die öffentliche Hand in Preisen von August 2001 knapp 3,5 Milliarden DM mehr investiert worden. Das sind schon wahnsinnige Zahlen. Ich bin nicht der Auffassung, dass wir sie hätten erreichen können, aber man muss diese realen Zahlen nennen, um die Situation richtig einschätzen zu können.

Wir haben stattdessen rot-grüne Nachhaltigkeitsparolen und im Haushaltsentwurf 2002 eine geplante Investitionsquote von offiziell 9,3 %. Es wird aber noch schlimmer: Jetzt tritt offensichtlich auch der Wirtschaftsminister dieses Landes, jedenfalls auf Bundesebene, für die gesetzliche **Festschreibung der Tarif-treue im Bau** ein. Das kann man natürlich tun, um die Bauwirtschaft kurzfristig zu beruhigen. Herr Minister, der Professor der Freiburger Schule wird sich hoffentlich der Folgen bewusst sein. Dafür spricht auch Ihre Eierei zu sagen: „Wir warten lieber auf ein Bundesgesetz“, während der Sprecher der SPD-Fraktion hier deutlich sagt: „Wir wollen ein Landesvergabegesetz so schnell wie möglich.“

Nachdem ich diese Zahlen genau nachgeprüft habe, sind wir der Auffassung, dass das Handwerk in Schleswig-Holstein nichts zu hoffen hat, jedenfalls nichts zu hoffen hat, wenn es auf Rot-Grün hofft. Ansonsten ist das Handwerk hier stark wie immer und wird sich selbst weiterhin aus der Patsche ziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat einen differenzierten Bericht vorgelegt, der deutlich macht, welche Bedeutung das Handwerk für Schleswig-Holstein hat. Jeder fünfte Arbeitsplatz und jeder dritte Ausbildungsplatz in Schleswig-Holstein wird vom Handwerk bereitgestellt. Dafür danken wir den Aktiven in diesem Bereich, weil dies eine wichtige Leistung für Schleswig-Holstein ist.

Wir sehen aber auch, dass es im **Handwerk** erhebliche **Strukturprobleme** gibt. Diese Strukturprobleme müssen genau analysiert werden. Die Strukturprobleme betreffen nämlich nicht alle Handwerksbereiche, sondern sie liegen in einem bestimmten Wirtschaftszweig, der im Handwerk jedoch den größten Bereich ausmacht. Das ist die Bauwirtschaft.

Die Situation der Bauwirtschaft wurde in den letzten Jahren im Wirtschaftsausschuss genügend behandelt. Die **Bauwirtschaft** ist dadurch geprägt, dass nach 1990 in Ostdeutschland riesige Abschreibungsmodelle finanziert worden sind. Dies geschah durch Steuerabzüge der Bundesregierung, also durch den Steuerzahler. Im Ergebnis wurde die Bauwirtschaft aufgebläht. Der Anteil der Bauwirtschaft am Bruttosozialprodukt ist in Ostdeutschland dreimal so hoch wie in Westdeutschland. Man hat eine Bauwirtschaft aufgebaut, die niemals zukunftsfähig sein konnte.

Selbst in Schleswig-Holstein ist als Folge dieser Entwicklung die Bauwirtschaft um über 30 % gewachsen. Lag die Anzahl der Beschäftigten Anfang der 90er-Jahre noch bei 30.000, so ist sie Mitte der 90er-Jahre auf 45.000 angestiegen. Die Subventionen wurden dann Schritt für Schritt wieder abgebaut. Das Ergebnis war der Zusammenbruch der Bauwirtschaft. Wir haben in Schleswig-Holstein bei der Anzahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft heute genau den Stand erreicht, den wir vor der deutschen Einheit hatten. Das heißt, dass genau die 15.000 Beschäftigten, die hinzugekommen sind, jetzt wieder fehlen. Die Situation

(Karl-Martin Hentschel)

heute ist jedoch viel schlimmer als 1990, weil in Mecklenburg-Vorpommern immer noch erhebliche Überhänge vorhanden sind. Dort sind die Leute bereit, für jeden Lohn zu arbeiten, um Beschäftigung zu bekommen. Daher haben wir in der Bauwirtschaft eine Krise. Diese Krise auf den Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins zu projizieren, ist absolut absurd. Das hat nichts mit einer Kenntnis der Situation zu tun. Das tut mir Leid!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Trotzdem sind wir gefordert, das Notwendige zu tun, um dem Handwerk insgesamt zu helfen, und zwar sowohl qualitativ stützend als auch investiv. Daher werde ich auf einige Punkte eingehen: Der **große Befähigungsnachweis** der Handwerksmeister ist auch vonseiten meiner Partei in die Diskussion geraten, weil es auf europäischer Ebene keinen Meisterbrief gibt. Es ist eindeutig, dass im Rahmen der europäischen Einigung die Beschränkung der Selbstständigkeit im Handwerk auf Meister nicht aufrechterhalten werden kann. Das wissen wir alle. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Wir müssen uns fragen, wie wir damit umgehen.

Die von Herrn Neugebauer gern gemachte Aussage, dass der **Meisterbrief** ein Hemmnis für die Selbstständigkeit ist, kann ich global nicht teilen. In Einzelfällen mag das der Fall sein. Für mich ergibt sich folgende Konsequenz: Der Meisterbrief ist in seiner bisherigen Form nicht europafähig. Ich halte den Meisterbrief als Qualitätsmerkmal für Arbeit aber für eine ausgezeichnete Angelegenheit. Die Kunden verlassen sich darauf.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Handwerk fertigt keine Massenproduktion. Das heißt, dass Handwerk nur dann eine Chance hat, wenn Qualität geliefert wird. Deshalb ist ein **Qualitätssiegel** im Handwerk von großer Bedeutung. Meine Überlegungen gehen in die Richtung, dass man im Sinne der Entwicklung der Europäischen Union aus dem Handwerksmeisterbrief ein Qualitätssiegel für die Handwerksbetriebe macht, das den Kunden deutlich macht, dass dies ein qualifizierter Handwerksbetrieb ist, auf den man sich verlassen kann. Darüber haben wir mit den Handwerkskammern auch schon geredet. Dadurch wird eine Form geschaffen, die zukunftsfähig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein weiterer Punkt ist die Ausbildungsbereitschaft. Herr Benker, es ist absolut entscheidend, dass die Ausbildungsbereitschaft des Handwerks erhalten

bleibt. Im Unterschied zu dir sehe ich das Problem nicht, dass sich jetzt die Frage stellt, wie Handwerker zu 30 % Realschüler und Gymnasiasten ausbilden können. Die große Qualität des Handwerks ist viel mehr, dass es zwei Drittel unser Hauptschüler ausbildet. Das ist die ungeheure Leistung.

(Heinz Maurus [CDU]: Richtig! - Beifall im ganzen Haus)

Heute weiß man, dass das Drittel der Bevölkerung, das die Hauptschule abschließt, vor 30 Jahren das Drittel war, das gar keine Ausbildung machte. Heute müssen diese Menschen eine **Ausbildung** absolvieren, weil es die Jobs, die es damals als Hilfsarbeiter, als Schweißer auf der Werft und so weiter gab, heute nicht mehr gibt. Das heißt, dass diejenigen, die früher keine Ausbildung machten, heute eine Ausbildung machen müssen. In der Regel machen diese Menschen das im Handwerk.

Natürlich haben wir die Klagen des Handwerks, dass die Leute nicht qualifiziert genug seien und dass das Handwerk wieder diejenigen Leute haben möchte, die es früher ausgebildet hat. Das sind nämlich die Menschen, die heute den Realschulabschluss machen. Das kann ich auch verstehen. Umso mehr kann ich es aber würdigen. Wir müssen diesen Jugendlichen eine Ausbildung geben. Das Handwerk schafft es, diesen Jugendlichen in großem Umfang tatsächlich einen qualifizierten Berufsabschluss zu geben und wir müssen alles tun, das Handwerk dabei zu unterstützen, um diese Entwicklung zu stabilisieren, weil diese Jugendlichen sonst keine Perspektive haben. Das macht die Landesregierung durch Unterstützung der Berufsbildungsstätten, durch Unterstützung der Beratungsleistungen, insbesondere aber auch durch Unterstützung der Beratung von Abbrechern, um zu verhindern, dass sie zu diesen werden. Gerade die Menschen, die eine Ausbildung abbrechen, rutschen häufig in Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeempfang ab.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Im Bereich der **regenerativen Energien** möchte ich ein Positivum berichten: Wie mir auf der Husumer Windmesse gesagt wurde, gibt es an der Westküste eine dramatische Nachfrage in diesem Bereich. Es gibt Absprachen mit den Arbeitsämtern, dass in den nächsten Jahren jährlich 120 arbeitslose Elektriker und Metallschlosser zu Mechatronikern umgeschult werden. Es soll ein neuer Berufszweig aufgebaut werden, der in Meldorf angesiedelt wird. Das zeigt, dass es wichtige neue Entwicklungen gibt und dass die Windenergie auch in diesem Bereich - nicht nur im Bereich von Ingenieuren, sondern auch im Bereich des Hand-

**(Karl-Martin Hentschel)**

werks - in der Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung leisten wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Eines der zentralen Probleme des Handwerks sind die **Lohnnebenkosten**, weil das Handwerk nun einmal ein Bereich ist, in dem die Personalkosten überwiegen. In den meisten Betrieben liegt der Anteil der Personalkosten zwischen 50 und 100 %. Das heißt, dass ein sehr hoher Anteil der Kosten eines Handwerksbetriebs Personalkosten sind. In dieser Situation ist die Senkung von Lohnnebenkosten eines der entscheidendsten Momente überhaupt für das Handwerk. Die Einführung der Ökosteuern, um die Rentenversicherungsbeiträge zu senken, war ein wichtiger Schritt. Er ist aber - wie wir feststellen - keineswegs ausreichend.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Entwicklung der Krankenkassenkosten konterkariert dies leider. Das muss man sagen. Ich bin ziemlich sauer darüber, was in diesem Bereich passiert. Es wird ein zentraler Punkt sein, Modelle zu finden, wie die Krankenkassenkosten stabilisiert werden können. Ich begrüße den Vorschlag des Wirtschaftsministers, den er in den letzten Tagen gemacht hat. Er hat wieder einmal das Thema Sozialversicherungen angesprochen und gesagt, dass wir eine steuerfinanzierte Grundversorgung in den Sozialversicherungen brauchen, weil wir für die unteren Einkommensschichten nur damit eine wesentliche Entlastung von den Lohnnebenkosten bekommen können.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein Punkt, den ich seit Jahren regelmäßig anspreche.

(Roswitha Strauß [CDU]: Sie haben in Berlin jede Möglichkeit, das durchzusetzen!)

- Ich arbeite in meiner Partei daran. Tun Sie das auch in Ihrer Partei, damit Sie da Mehrheiten bekommen. Bisher habe ich nur ein einziges Mal gehört, dass dies jemand unterstützt hat. Das war der jetzige Ministerpräsident von Sachsen, Herr Biedenkopf. Der hat damals ein Modell vorgelegt.

(Roswitha Strauß [CDU]: Sie haben die Macht!)

- Entschuldigung Frau Strauß, Sie sind nicht dran!  
- Herr Biedenkopf hat damals im CDU-Bundesausschuss - außer seiner eigenen - keine einzige Stimme bekommen. Leider, sage ich. Wir diskutieren dies bei uns heftig und es steht in unserem neuen Grundsatz-

programm. Das heißt, dass wir hier weiter sind als die CDU. Wir sind auch weiter als andere Parteien.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich begrüße aber jeden Weggefährten, der diese Diskussion mit vorantreibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir kommen zum Vergabegesetz.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Frau Aschmoneit-Lücke, ich bin etwas erstaunt über das, was Sie sagen. Wenn die gesamte Bauwirtschaft Schleswig-Holsteins in sämtlichen Branchen im Wirtschaftsausschuss vertreten ist und sagt, dass sie ein **Vergabegesetz** fordern, und Sie dann sagen, das sei wirtschaftsfeindlich, dann frage ich mich, welche Wirtschaft Sie eigentlich vertreten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Worüber ich zum Nachdenken anregen möchte, ist die Streichung der im Haushalt zur **Beratung des Handwerks** bereitgestellten Mittel. Ich weiß, dass wir Schwierigkeiten mit der Finanzierung haben. Das ist nicht die Schuld des Finanzministers; denn er muss sparen. Dazu ist er verpflichtet. Gleichwohl müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir in Bezug auf diese Fördermittel verfahren; denn daraus wird die Beratung von Existenzgründern sowie die Beratung in den Fällen, in denen eine Übergabe vom Altbesitzer an junge Handwerker stattfindet, finanziert. In den nächsten Jahren werden Tausende von Handwerkern ihren Betrieb an einen Nachfolger übergeben. Daher ist das ein Thema, das besondere Bedeutung hat. Wenn es stimmt - ich habe mir die Zahlen noch einmal angeschaut und die Briefe gelesen -, dass die Beratungsleistungen dann eingestellt werden, so wäre das schmerzlich. Daher sollten wir im Zuge der Haushaltsberatungen - wir werden ohnehin über einige Dinge zu sprechen haben - darüber noch einmal reden.

Zur **Schwarzarbeit** ist noch zu erwähnen, dass auf Bundesebene die Bauabzugsbesteuerung beschlossen worden ist. Die Regelung tritt zum 1. Januar 2002 in Kraft. Danach ist der Bauunternehmer verpflichtet, von den Rechnungen des Subunternehmers 15 % einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen. Dies hat zur Folge, dass die Praxis, Subunternehmer aus Osteuropa zu beschäftigen, die in keiner Weise Steuern oder Abgaben zahlen, weitgehend unterbunden wird. Das ist ein wichtiger Schritt.

(Karl-Martin Hentschel)

Abschließend möchte ich noch etwas zur **New Economy** sagen. Mich hat die Debatte über die New Economy, die gestern losgetreten worden ist, entsetzt; das muss ich wirklich sagen. Wer in neues Gelände segelt, der kann nicht, sobald der erste Windhauch weht, die Segel streichen und wieder zurückrudern. So kann man doch nicht Wirtschaftspolitik machen. Wenn wir nach vorne wollen, wenn wir einen Strukturwandel wollen, dann müssen wir auch riskieren, dass es mal Schwierigkeiten gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt im Moment Schwierigkeiten bei der New Economy. Aber es ist doch absurd, deswegen zu glauben, die New Economy sei falsch. Jeder, der sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, weiß das. Das kann doch nur jemand sagen, der Polemik verbreitet.

Der Wirtschaftsminister hat es geschafft, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich vorne ist. Die Situation in Bezug auf den NEMAX ist zurzeit kritisch. Wenn man sich allerdings die Historie der letzten 100 Jahre bei der Entwicklung neuer Technologien ansieht, so stellt man fest, dass jede neue Technologie zu einem bestimmten Zeitpunkt in Schwierigkeiten gerät, dass das bei neuen Technologien normal ist. Deshalb bin ich sicher, dass letztlich diejenigen gewinnen werden, die auf neue Technologien setzen und nicht auf alte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zwei Zitate aus dem Bericht voranstellen:

„Das Handwerk in Schleswig-Holstein war in den letzten fünf Jahren von einem kontinuierlichen Personalabbau gekennzeichnet.“

Und:

„Das Handwerk in Schleswig-Holstein entwickelte sich deutlich schlechter als die Gesamtwirtschaft.“

Beide Zitate zeigen, in welcher schwieriger Situation wir uns befinden. Da gibt es nichts zu beschönigen. Ich will aber auch nicht darin verfallen, Schuldzuweisungen zu machen, sondern versuchen, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Vor einiger Zeit haben wir eine Anhörung des Baugewerbes durchgeführt, in der deutlich wurde, was das **Baugewerbe** fordert, nämlich erstens gleiche Marktbedingungen für alle Marktteilnehmer und zweitens mehr öffentliche Aufträge.

Wie das mit den öffentlichen Aufträgen ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Einmal im Jahr, bei den Etatberatungen drehen wir die Mark mehrfach um, bevor wir sie verplanen. Sämtliche Kreise und Kommunen tun es uns gleich. Die öffentlichen Haushalte haben kaum Geld und die öffentlichen Aufträge sind daher bei den Baumaßnahmen auch zurückgegangen. Dies ist zu bedauern, wird sich aber - da bin ich Realist - wohl auf längere Zeit nicht gravierend ändern.

Hinsichtlich der gleichen Marktbedingungen kann ich sagen, dass dies in der Tat die alles entscheidende Frage ist. Wenn es uns nicht gelingt, die gesetzlichen Grundlagen so zu gestalten, dass alle Marktteilnehmer zu den gleichen Bedingungen antreten, gibt es keinen echten **Wettbewerb**. Das heißt aber nicht zwangsläufig, dass man zum Erhalt der Konkurrenzfähigkeit unbedingt die Löhne senken muss.

In Deutschland und in ganz Europa wird dieses Thema heiß diskutiert. Als Stichwort nenne ich nur die gesetzliche Verpflichtung zu Tarifreueerklärungen und die Diskussionen über Vergabegesetze. Diese Diskussionen sind in vollem Gange und auch wir als SSW haben mit einem Vorschlag für ein **Landesvergabegesetz** konkret gehandelt. Wenn ich richtig informiert bin, ist man auch im Lande Niedersachsen dabei, ein solches Gesetz zu formulieren.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Niedriglohngebiete und regionale Sondertarife sind in jedem Fall nicht der richtige Weg. Regional niedrigere Tarife sind nichts anderes als Lohndumping mit anderen Mitteln. Lohndumping kann nicht das Mittel zur Problemlösung sein, sondern gleicher Lohn für alle ist der Weg hin zu einem einheitlichen Wettbewerb. Dieses Ziel gilt es zu verfolgen. Das gilt es in Gesetzesform zu gießen, und zwar sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Es wird auch zu Recht immer wieder darauf hingewiesen - der Bericht geht ebenfalls darauf ein -, dass die hohen **Lohnnebenkosten** eine der Ursachen sind, die die Entwicklung des Handwerks behindern. Das ist richtig. Ich glaube, man hat dies allerorts erkannt. Eine Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt reicht da nicht aus. Was wir brauchen, ist eine Änderung des Systems hin zu einer steuerfinanzierten so-



(Lars Harms)

zialen Absicherung, wie wir es zum Beispiel in Dänemark haben, allerdings - das möchte ich betonen - auf hohem sozialen Niveau. Dies würde aber das komplette System in Deutschland umkrempeln. Ich glaube, es ist unrealistisch, dass das in absehbarer Zeit geschieht. Es wird ja auch noch nicht einmal in Ansätzen ernsthaft politisch diskutiert. Ich verweise auf die Ausführungen meiner Vorredner. Daher sollten wir uns nicht von dem Argument der Lohnnebenkosten blenden lassen. Das, was im Rahmen unseres heutigen Systems erreicht werden kann, wird uns nicht besonders weit voranhelfen, wie auch die letzten Bemühungen der Bundesregierung deutlich gezeigt haben.

Ein besonderes Problem, das sich gerade dem Handwerk stellt, ist aber die Frage der Nachfolge. Kollege Hentschel hat es eben schon erwähnt. Bei unseren kleinen und kleinsten Unternehmen mit oft weniger als zehn Beschäftigten wird sich dies aufgrund des anstehenden Generationenwechsels noch verstärken. Die Anforderungen an die Unternehmensführung sind enorm gestiegen.

Das Ganze lässt sich nicht mehr nebenher erledigen. Fehler im Management, auch bei kleinen Unternehmen, werden gnadenlos bestraft. Diese Entwicklungen können zusätzlich zu erheblichen Problemen für das Handwerk auch in Schleswig-Holstein führen.

Die Landesregierung hat in ihrem Haushaltsplanentwurf für 2002 die Zuschüsse für die **Existenz- und Nachfolgeberatung** im Handwerk komplett gestrichen. Ich glaube, das ist der falsche Weg, der uns im Nachhinein teurer kommen wird, als im ersten Moment gedacht.

Einen Erfolg stellen hingegen die regionalen **Weiterbildungsverbände** dar. Diese Weiterbildungsverbände bekommen Lob von allen Seiten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug  
[FDP])

Die Zusammenfassung der Weiterbildungsinstitutionen hat Vorteile für Anbieter und Nachfrager von Bildungsleistungen. Bezogen auf das Handwerk kann man klar feststellen, dass viele ergänzende Qualifikationen erreicht werden können. Diese Qualifikationen, zum Beispiel im Bereich Unternehmensführung und neue Technologien, sind dringend notwendig.

Damit ich nicht missverstanden werde: Die Ausbildung in den Handwerksbetrieben ist gut, Sie ist sogar sehr gut. Aber die Anforderungen steigen ständig und es kommen immer neue Herausforderungen auf das Handwerk zu. All diese notwendigen Kenntnisse können nicht nur in der Ausbildung vermittelt werden, sondern müssen in späteren Weiterbildungen erworben werden. Genau an dieser Stelle setzen die Weiterbil-

dungsverbände an und stützen so unsere regionale Wirtschaftsstruktur.

Ein Hauptproblem des Handwerks ist aber auch, dass die Lehrberufe im Handwerk nicht als sehr attraktiv gelten. „Handwerk hat goldenen Boden“ ist schon lange nicht mehr das Motto, nach dem sich die jungen Leute ihre zukünftigen Berufe aussuchen. Es gibt einen immer größeren Drang in die Berufe außerhalb des Handwerks. Vor allem Jugendliche mit guten Schulabschlüssen und höherer Bildung werden kaum vom Handwerk angelockt. Dies ist teilweise auch ein hausgemachtes Problem. Wer immer nur hört, die Zukunftsperspektiven im Handwerk seien schlecht und - noch schlimmer - das Handwerk hätte vor allem eine soziale Funktion, was die Berufsausbildung angeht, der überlegt sich dreimal, ob er wirklich einen Beruf im Handwerk lernen soll.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dabei ist das Handwerk durchaus attraktiv. Die Attraktivität des Handwerks muss aber auch nach außen dargestellt werden. Da sind auch wir gefordert.

Aber insbesondere die Handwerksverbände müssen versuchen, das **Image** des Handwerks zu verbessern. Nur dann, wenn man junge Leute für eine Ausbildung im **Handwerk** gewinnen kann, hat man die Chance, dass die gut qualifizierten jungen Menschen dem Handwerk den Schub geben können, den es braucht.

Ein Wort zu guter Letzt auch zum Thema **Konkurrenz** durch dänische Unternehmen, die in Schleswig-Holstein tätig sind! Im Europaausschuss wurde uns kürzlich - im Zusammenhang mit Informationen zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt - deutlich gemacht, dass dänische Unternehmen den deutschen Markt oft noch scheuen, weil die bürokratischen Hürden immer noch sehr hoch sind. Für deutsche Unternehmen, die in **Dänemark** tätig werden wollten, hat sich vor allem die Sprachbarriere als hinderlich erwiesen, wurde uns dort gesagt.

Die Tarifstrukturen sind auf beiden Seiten der Grenze ungefähr gleich, wobei aber das steuerfinanzierte Sozialsystem in Dänemark dazu führt, dass die dänischen Handwerker um einiges billiger sind, als die deutschen anbieten können.

Ich glaube dennoch, wir sollten die Konkurrenz aus dem Norden nicht überbewerten, wenn es darum geht, strukturelle Lösungen für unser Handwerk in unserem Land zu suchen. Die Probleme, vor denen wir stehen, liegen sicherlich an anderer Stelle, wie ich auch versucht habe deutlich zu machen. Hier gibt es Hand-

(Lars Harms)

lungsmöglichkeiten für das Land Schleswig-Holstein, die wir dann auch gemeinsam angehen sollten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Bitte erlauben Sie mir den Hinweis, dass es außerhalb der Plenarsitzungen für Besuchergruppen und selbst für Minister gestattet ist, auf den Abgeordnetenbänken Platz zu nehmen, aber nicht während der Plenarsitzungen. Ich bitte das künftig zu beherzigen.

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Abgeordnete Müller.

**Klaus-Dieter Müller [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Strauß, mein Kollege Benker hat als Sprecher für Handwerksfragen meine Haltung auf der Nordbau sehr eindeutig bestätigt. Heute Morgen hatten wir eine Sitzung des Arbeitskreises Wirtschaft der SPD-Fraktion und der Minister hat dort ebenfalls unsere Auffassung mitgetragen. Wir werden nicht wie Sie bedingungslos abwarten, bis der Bund handelt. Der Bund hat angekündigt, dass er in diesem Herbst - Herbst haben wir jetzt; das merken Sie, wenn Sie aus dem Fenster sehen -

(Martin Kayenburg [CDU]: Typisch Schröder!)

reagieren wird. Wenn der Bund nicht reagieren wird, weil zum Beispiel diese schwierige Opposition - schwierig im Sinne von nicht handlungsfähig - im Deutschen Bundestag das verzögern will,

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

werden wir nicht warten, sondern dann werden wir ein **Landesvergabegesetz** auf den Weg bringen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wunderbar!)

Was aber, Frau Strauß, noch viel schwerer wiegt - deshalb möchte ich das hier noch einmal deutlich machen -, ist, dass Sie offensichtlich beratungsresistent sind.

(Lachen der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Wir waren auf der Nordbau und Sie haben dort sehr eindeutig den Widerspruch aller beteiligten Bauwirtschaftler erfahren, als Sie gesagt haben, die VOB reicht, wir brauchen kein neues Gesetz. Alle haben

Ihnen deutlich widersprochen und dennoch bleiben Sie bei Ihrer Haltung - wider besseres Wissen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Frau Strauß, es reicht nicht, dass man so tut, als würde man für das Handwerk etwas tun. Man muss es auch tun!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Die Regierungskoalition wird es tun.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Trutz Graf Kerssenbrock das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja schon ein seltsamer Vorgang, dass der Kollege Müller offensichtlich die Opposition dafür verantwortlich macht, dass die Bundesregierung in Berlin nicht handelt. Das halte ich schon für einen ganz bemerkenswerten Vorgang.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Kollege Benker - er hat mich überhaupt zu diesem Beitrag veranlasst - hat ja eben gesagt, die Stimmung sei besser als die Lage. Herr Kollege Benker, ich weiß gar nicht, in welcher Welt Sie leben. Die Lage ist so schlecht, dass die Stimmung dagegen noch bemerkenswerte Kontenance aufweist und bemerkenswerten Gleichmut. Das ist die wahre Lage. In welcher Welt leben Sie, Herr Kollege Benker?

(Beifall bei CDU und FDP - Hermann Benker [SPD]: Das frage ich Sie!)

Nun werden wohlfeile Konzepte angeboten. Ich will diesen Kurzbeitrag dazu nutzen, um auch einmal ein Stückchen Skepsis anzudeuten. Wissen Sie, strikte Einhaltung der VOB, neues Vergabegesetz - ob auf Landes- oder auf Bundesebene -, strikte Einhaltung der Tariftreue: Wir könnten um alle möglichen Industriezweige Schutzzäune bauen,

(Beifall bei der FDP)

aber die europäische Erweiterung, die EU-Erweiterung kommt auf uns alle zu. Sie wissen, ich habe im Wirtschaftsausschuss die Frage gestellt, wer denn eigentlich die Tarifverträge macht und wer die Wettbewerbsverzerrungen schafft, die dann auch zulasten der

**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft gehen. Auch diese Frage muss erlaubt sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage dann noch etwas: Auch wenn Sie jetzt das Thema Schwarzarbeit so seltsam behandelt haben, nicht die gesellschaftliche Akzeptanz ist das Problem, sondern es sind nun einmal wirklich die **Lohnnebenkosten**. Da können Sie fragen, wen Sie wollen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das ist das entscheidende Problem.

Wir müssen uns in diesem Bereich schon grundsätzlich entscheiden: Wollen wir mehr Regulierung, immer noch mehr Regulierung und Protektion - Protektionismus war immer ein schlechter Ratgeber für jede Volkswirtschaft - oder wollen wir nicht doch grundsätzlich Stück für Stück mehr **Wettbewerb** und mehr Strukturanpassungsprozesse fördern? - Dann wird es nicht anders gehen - das will ich hier auch zum Kollegen Hentschel sehr grundsätzlich sagen - als durch eine sehr tief greifende Reform des Sozialversicherungsrechts. Nur, dann nutzen die paar Zehntelprozentpunkte, die man bisher in Berlin geschafft hat, und vor allem die Rückgängigmachung wichtiger Reformen leider überhaupt nichts. Sie sind da auf dem falschen Weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt Frau Abgeordnete Strauß.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Kollege Müller, wenn Sie bei mir geortet haben, dass ich für Symbolpolitik nicht zu haben bin, dann haben Sie das richtig geortet. Meine Familie verdient seit mehr als 25 Jahren ihren Lebensunterhalt in der **Bauwirtschaft**.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie können sicher sein, dass ich sehr wohl weiß, worüber ich rede.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Symbolpolitik hilft der Bauwirtschaft nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Deftigkeit, mit der Sie hier Ihren Vortrag ins Plenum geschmettert haben, soll doch wohl nur verdek-

ken, Herr Kollege Müller, wie unwohl Sie sich selber fühlen.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Überhaupt nicht!)

Sie wissen ganz genau, dass das, was hier jetzt auf den Weg gebracht werden soll, mit den tatsächlichen Fragen, mit den tatsächlichen Problemen nichts zu tun hat.

Es stimmt auch nicht, dass alle Verbände damit einverstanden sind. Es gab auch durchaus andere Einlassungen dazu. Soll zum Beispiel ein Bauunternehmen, das im norddeutschen Raum arbeitet und seine Mitarbeiter weit über Tarif oder nach dem Höchsttarif bezahlt, wenn es eine Baustelle in einem Niedriglohngelände bekommt, seine Mitarbeiter geringer bezahlen? Haben Sie sich einmal vorgestellt, was das für die Betriebe und für die Mitarbeiter bedeutet? - Das ist nur eine Frage neben vielen anderen Dingen, die noch dazukommen.

Sie wissen ganz genau, dass auch die Frage der Verfassungsmäßigkeit im Raum steht und dass auch die Europakompatibilität eine Frage ist. Das muss auf Bundesebene geregelt werden.

Übrigens sieht der Gesetzentwurf des SSW auch eine Bundesratsinitiative in Richtung Europakompatibilität vor.

Ich warte ganz gespannt auf die tief schürfenden Anträge, die hier kommen werden.

Noch ein Satz: Herr Kollege Müller, Bauverbände dürfen alles, als Gesetzgeber haben wir andere Aufgaben. Daran möchte ich Sie erinnern.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich möchte jetzt zunächst auf der Tribüne neue Gästegruppen begrüßen. Es sind Gäste der Landeszentrale für politische Bildung mit Schulsprecherinnen und -sprechern aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

(Beifall)

und Gäste der Altenpflegeschule in Preetz.

(Beifall)

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir geraten hier an dem Punkt **Vergabegesetz** und der Frage, wie man das Handwerk oder die Bauwirtschaft unterstützen soll, in eine Ideologiedebatte. Wie immer bei solchen Ideologiedebatten haben beide Seiten Recht: Die einen haben Recht, die sagen, wir brauchen Marktliberalismus, die Marktvereinigungsprozesse müssen ablaufen, die darf man nicht willkürlich stoppen - das wird auf Dauer nichts nützen -, die andere Seite sagt, es gibt eine dramatische Lage in der Bauwirtschaft und sie wird sich in diesem Winter zuspitzen und man muss sehen, ob man gegensteuern kann.

Beide Seiten haben doch Recht. Das ist auch das Problem. Wir werden Strukturen, die auf lange Zeit nicht gebraucht werden, nicht aufrechterhalten können. Darüber müssen wir uns klar sein. Das heißt, wir werden einen Bereinigungsprozess in der Bauwirtschaft nicht aufhalten können. Das ist völlig klar. Aber wenn wir in diesem Winter die Situation haben, dass Tausende von Handwerksbetrieben kurzfristig über den Jordan gehen, die wir langfristig durchaus gebrauchen können, die aber erst einmal weg sind, die neu aufgebaut werden müssen, bei denen Arbeitsplätze verloren gehen, wo Kaufkraft verloren geht, macht es Sinn, kurzfristig gegenzusteuern und zu versuchen, in dieser Situation zu helfen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist der entscheidende Punkt.

Das ist auch der Punkt, wo ich Folgendes sage. Die **Bauwirtschaft** kommt und trägt uns das vor. Das sind nicht alles die Blöden, sondern das sind die Spitzenleute des gesamten Wirtschaftsverbandes. Es sind auch nicht Einzelne, sondern es ist einhellig die gesamte Bauwirtschaft, angefangen bei den Ingenieuren über die großen Baubetriebe bis hin zu den kleinen Baubetrieben und dem Bauhandwerk. Sie alle sind einhellig und sagen, es müsse etwas passieren, sonst laufe es ganz dramatisch. Wenn das so ist, muss man sachlich und pragmatisch gucken, wie man helfen kann, und dann pragmatisch helfen, wohl wissend, dass die große Strukturbereinigung nicht aufzuhalten ist.

Der Zusammenbruch von vielen kleinen Handwerksbetrieben, die, wenn wir sie halten, möglicherweise eine neue Perspektive finden können, ist aufzuhalten. Von daher plädiere ich dafür, hier nicht einfach zu sagen: „Ideologie siegt, wir machen nichts“, sondern die notwendigen Dinge zu tun.

Noch ein Punkt. Man muss unterscheiden zwischen kleinen und großen Firmen. Wir haben in der **Marktwirtschaft** immer die Situation, dass sie nur lebt,

wenn es viele kleine Firmen gibt, die in Konkurrenz zueinander stehen. Oligopole allein machen die Marktwirtschaft nicht aus. Also müssen wir die kleinen Firmen unterstützen. In einer Marktwirtschaft ist es nun einmal so, dass es eine ordnungspolitische Aufgabe ist, kleine Firmen zu unterstützen, damit sie auf dem Markt eine Chance haben, weil wir den Markt brauchen und weil diese Art der Wirtschaftsordnung nur lebt, wenn tatsächlich Konkurrenz herrscht. Von daher bitte ich, den Wirtschaftsliberalismus nicht zur puren Ideologie zu erheben, sondern sich die konkrete Situation pragmatisch anzugucken und darauf zu reagieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Uwe Eichelberg [CDU]: Das EU-Recht haben wir noch!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Abgeordnete Benker das Wort; ihm folgt der Herr Abgeordnete Harms.

**Hermann Benker** [SPD]:

Nur ein paar kurze Bemerkungen zu Herrn Kerssenbrocks Bemerkungen zu mir!

In welcher Welt leben wir? - Nun, in der Welt, in der wir Gespräche nicht nur mit Verbänden, sondern mit den Auftragnehmern, also den Handwerkern selber, führen, wie Herr Harms das auch angeführt hat. Deshalb komme ich auch zu dieser Aussage.

Herr Kayenburg hat gestern die Forderung erhoben, zu den traditionellen Fähigkeiten des Landes zurückzukehren. Er hat ausgeführt, dazu gehörten Werften und Bauwirtschaft. Für mich gehört auch das Handwerk zu den traditionellen Fähigkeiten. Deshalb ist es bei uns auch gut aufgehoben.

Sie haben gefragt, wie ich zu der Aussage komme, die Stimmung sei schlechter als die Lage. - Ich gebe gern zu, dass diese Aussage nicht von mir stammt, sondern vom Präsidenten des Unternehmensverbandes. Insofern ist das eine qualifizierte Aussage, die ich übernommen habe.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag.

**Lars Harms** [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Graf Kerksenbrock, Sie haben von Projektionismus gesprochen. Bei dem Gesetzentwurf geht es um gleiche Marktbedingungen, um Rechtssicherheit für die Betriebe. Das ist die Zielsetzung. Sie sollen am Markt die gleichen Chancen haben. Das ist es, was wir durchzusetzen versuchen. Das ist es, was wir durchsetzen werden, wenn wir den Gesetzentwurf zu einem Gesetz machen.

Frau Strauß sprach von Symbolpolitik. Ich habe eben deutlich gemacht, dass es keine Symbole sind, sondern konkrete Maßnahmen. Wir bewegen uns. Wir tun tatsächlich etwas. Wir fabulieren nicht nur, sondern sagen, was wir tun wollen, und ziehen es durch. Dabei erhalten wir auch noch Unterstützung aus der freien Wirtschaft. Das macht mich unheimlich stolz.

(Beifall beim SSW - Lachen der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Frau Strauß, Sie haben auch noch gesagt, dass könne alles auf Bundesebene geregelt werden. Dann frage ich mich: Warum haben wir gestern hier gegessen und über Föderalismus geredet?

(Anke Spoorendonk [SSW]: Sehr gut!)

Wir haben die ganze Zeit darüber geredet, dass wir selber gern etwas tun wollen. Nun können wir selber etwas tun. Bitte schön, dann mal in Gange damit! Dann sollten wir es eben auch tun.

Ich bin froh, dass sich die Sozialdemokratie von guten Argumenten von Gewerkschaften, von ÖPNV-Unternehmen, von Bauunternehmen, von all den Menschen, die wir angehört haben, die wir um Rat gebeten haben, hat leiten lassen und zu der Erkenntnis gekommen ist: Wenn bis Ende Oktober auf Bundesebene nichts geschieht, dann machen eben wir etwas. Das ist etwas Vernünftiges. Das freut mich. Das ist Demokratie pur. Ich freue mich jetzt schon auf die gemeinsame Zusammenarbeit an dem Gesetzentwurf.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist kein Antrag gestellt. Ich frage dennoch: Soll der Bericht zur abschließenden Beratung in die Ausschüsse überwiesen werden? - Ja. Dann bitte ich um Handzeichen, wer dafür ist, den Bericht der Landesregierung federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ehe ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Tribüne eine weitere Besuchergruppe begrüßen, und zwar Mitglieder der Fachgruppe Forstwirtschaft der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

### **Sicherheit des Schiffsverkehrs in der westlichen Ostsee**

Landtagsbeschluss vom 22. Februar 2001  
Drucksachen 15/718 und 15/909

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1067

Ich erteile zunächst dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Dr. Rohwer, das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sicherheit des Schiffsverkehrs auf der Nord- und Ostsee bleibt für unser Land ein existenzielles Thema. Wir haben diesem hohen Haus daher gern den aktuellen Bericht vorgelegt. Die wichtigste und positivste Botschaft: Endlich geht es in Sachen Sicherheit des Schiffsverkehrs deutlich voran.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Die beiden wichtigsten Veränderungen: Erstens. Es wird ein Havariekommando eingerichtet. Zweitens. Es wird ein verbessertes Notschleppkonzept für Nord- und Ostsee eingerichtet.

Damit werden zwei Hauptforderungen der Landesregierung und - wie ich glaube - auch dieses hohen Hauses erfüllt, die nunmehr zügig zwischen den Küstenländern und dem Bund in die Praxis umzusetzen sind.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das **Havariekommando** wird voraussichtlich ab Anfang 2002 erstmals eine einheitliche Führungsstruktur für das Notfallmanagement in den deutschen Gewässern mit Zugriff auf alle Eingreifmittel des Bundes und der Küstenländer etablieren. Damit liegt die Bewältigung einer Unfallsituation künftig in einer Hand - eine der Kernforderungen, die wir immer erhoben haben.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Der entsprechende Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern ist in Arbeit. Die Leitungsposition für dieses

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

Kommando ist ausgeschrieben. Ich erwarte, dass die positiven Erfahrungen mit dem Havariekommando die nachfolgenden Verhandlungen zur Einrichtung einer einheitlichen Küstenwache insgesamt wesentlich erleichtern werden, auch wenn es noch Widerstände gibt.

Das neue **Notschleppkonzept** für Nord- und Ostsee mit je drei beziehungsweise fünf Schleppern ist geeignet, auf **Schiffsunfälle** frühzeitig zu reagieren, um größere Schäden möglichst zu verhindern. Auch hier laufen bereits die Ausschreibungen. Mit den entsprechenden Vertragsabschlüssen ist demnächst zu rechnen. Dieses Konzept ist so ausgelegt, dass drei Schlepper in der Nordsee und Schlepper in der Ostsee die deutschen Küsten abdecken und in Kooperation mit den Nachbarstaaten auch Schiffsunfällen außerhalb der deutschen Hoheitsgewässer begegnen können.

Noch während wir an dem Bericht gearbeitet haben, gab es neue ernste Unfälle in der Ostsee, die die Bedeutung des Themas erneut verdeutlicht haben. Der Ölunfall der „Baltic Carrier“ östlich der Kadettrinne mit 2.700 t ausgelaufenem Öl machte erneut das hohe Risiko für unsere Küsten und für den Fremdenverkehr deutlich. Mehrere Zwischenfälle im Fährverkehr verliefen Gott sei Dank glimpflich, zeigen aber, dass jederzeit etwas passieren kann und dass wir unsere Vorsorge noch verstärken müssen.

Ich danke deshalb auch den Fraktionen für ihre verschiedenen Initiativen und Anträge. Wir haben gemeinsam viel Druck gemacht. Inzwischen zeigt sich, dass wir damit erste Erfolge erreicht haben.

Der Berichts Antrag zielt vor allem auf die westliche Ostsee und damit im Wesentlichen auf die Kadettrinne. Auch dort sind die Dinge in Bewegung gekommen. Aus meiner Sicht ist der vom Bundesverkehrsminister angekündigte Aufbau eines landgestützten Automatic Identification System, AIS, der entscheidende Schritt zu mehr Sicherheit in diesem schwierigen Fahrwasser.

Mit diesem System können alle Schiffe, die die Kadettrinne passieren, von Land aus richtig identifiziert und angesprochen werden.

Ein weiterer Meilenstein war die Sonderverkehrskonferenz der Ostseestaaten am 10. September in Kopenhagen. Dort ist ein 16-Punkte-Katalog verabschiedet worden, der den Rahmen für ein abgestimmtes Vorgehen aller Ostseestaaten in der IMO, in der Europäischen Union und bei der nationalen Gesetzgebung absteckt. Leider - das muss ich sagen - ist die von uns geforderte Lotsenannahmepflicht in der Kadettrinne in Kopenhagen noch nicht zu einem Ergebnis gekommen. Wir müssen weiter gemeinsam an allen Stellen, wo das möglich ist, dafür kämpfen.

Eine weitere Ebene, in der Entscheidungen anstehen, ist die EU. Hier sind bekanntlich die beiden Pakete „Erika I“ und „Erika II“ zur Entscheidungsreife gelangt. Bestandteile dieser Pakete sind die beschleunigte Einführung der Doppelhülle für Tanker, die Verbesserung der Hafenstaatenkontrolle und die Verschärfung der Aufsicht über die Klassifikationsgesellschaften. Ich glaube, dass wir alle aufgefordert sind, die Verabschiedung dieser beiden Pakete mit allem Druck, den wir machen können, zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An dieser Stelle noch ein Wort zur Schaffung einer Europäischen Agentur für Schiffssicherheit - kurz EMSA -: Ich unterstütze die Bemühungen sehr, diese Agentur in Lübeck anzusiedeln, nicht nur weil wir eine Ansiedlung in Lübeck gebrauchen können, sondern vor allen Dingen deshalb, weil wir damit auch in Schleswig-Holstein ein Zeichen setzen, wie wichtig uns dieses Thema ist. Ich bitte Sie, auch diese Initiative mit den Möglichkeiten, die Sie haben, zu unterstützen.

Ich fasse zusammen: Schleswig-Holstein ist ein vom Tourismus und von den Küsten abhängiges Land. Wir sind gut beraten, wenn wir bei diesem Thema zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern weiter die Vorreiter bleiben. Ich glaube, wir haben erste wichtige Schritte erreicht, und es sind, glaube ich, gemeinsame Dinge, über die wir hier reden. Ich bitte Sie, uns an dieser Stelle weiterhin zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Behm das Wort.

**Joachim Behm [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen mit einem Dank an alle Beteiligten für den ausführlichen Bericht beginnen. Besonders gefreut hat es mich, dass die Landesregierung als die Überbringerin der frohen Botschaft fungieren durfte, dass sich der Bund und die Küstenländer bereits am 21. Mai auf eine einheitliche Einsatzleitung für schwerwiegende Seeunfälle einigen konnten. Eine zentrale Forderung der FDP-Fraktion aus der „Pallas“-Havarie wurde damit in die Wirklichkeit umgesetzt.

Noch erfreuter bin ich darüber, dass der Bericht - das würde ich unter anderen Umständen immer heftig kritisieren - unvollständig ist, genauer gesagt, dass

(Joachim Behm)

sich seit der Vorlage des Berichts schon wieder sehr viel getan hat. Ich nehme damit Bezug auf die jüngsten Ereignisse der Parlamentarischen Konferenz über die **Zusammenarbeit im Ostseeraum** Anfang dieses Monats in Greifswald. Mit der einstimmig verabschiedeten Resolution zur Schiffssicherheit ist ein gutes Fundament geschaffen worden, dass der Schiffsverkehr in der Ostsee sicherer und der Schutz des Meeres größer wird.

Insgesamt gibt der Bericht einen guten Überblick über die derzeitige sowie die zu erwartende Verkehrssituation auf der Ostsee und die damit einhergehenden Gefährdungen.

Das gilt auch für die Maßnahmen und Aktivitäten zur Schiffssicherheit, die bislang geleistet worden sind beziehungsweise noch zu leisten sein werden. Hier werden zwangsläufig nicht nur Neuigkeiten präsentiert, aber für die weitere Arbeit auf diesem Gebiet ist die Zusammenstellung sicherlich hilfreich. Dafür - wie gesagt - den Dank der FDP-Fraktion.

Bei allen Bemühungen um eine runde Darstellung weist der Bericht allerdings auch noch einige Ecken und Kanten auf, die ich hier nur andeuten kann und über die wir in den Ausschüssen weiter beraten müssen.

Das betrifft zunächst die **Kadetrinne**. Wir alle sind uns der Bedeutung einer Lotsenpflicht in der Kadetrinne bewusst. Auch auf der Ostseeparlamentarierkonferenz waren ihre Notwendigkeit, aber auch die damit verbundenen Kosten sowie mögliche Wettbewerbsnachteile ein wesentliches Thema. Ich habe aber auch schon darauf hingewiesen, dass wir den Ruf nach einer **Lotsenpflicht**, also nach einer Verpflichtung, einen Lotsen an Bord nehmen zu müssen, nicht überbewerten dürfen. Nach sachverständiger Auskunft aus dem Bundesverkehrsministerium folgen bereits heute 95 % aller großen Schiffe im Bereich der Kadetrinne der von der IMO ausgesprochenen Empfehlung zur freiwilligen Annahme eines Lotsen. Der Effekt, den eine gesetzliche Verpflichtung haben könnte, könnte daher im Ergebnis eher gering ausfallen.

Immer wieder bemerkenswert ist auch die Auflistung der Maßnahmen, mit denen die Landesregierung für die Schiffssicherheit mehr tun will - bemerkenswert deshalb, weil nach meiner Ansicht Selbstverständlichkeiten erst jetzt geregelt, gleichwohl aber als Errungenschaften gefeiert werden, seien es die Einberufung des interministeriellen Leitungsstabes, die Öffentlichkeitsarbeit oder die Erstellung von Gefahrenabwehrplänen. Andererseits steckt die Landesregierung in Sachen Küstenwache immer noch in den Kinderschuhen. Aber wir hörten ja aus den Ausführungen von Herrn Minister Rohwer, dass hier wohl demnächst

Fortschritte eintreten werden. Hier sollten Sie Ihre Bemühungen um eine einheitliche Kommandostruktur weiterhin unbedingt beibehalten.

Auf Bundesebene sieht es nicht besser aus. Im Gegenteil, entgegen allen vollmundigen Ankündigungen, endlich einen Hochseeschlepper dauerhaft zu stationieren, hat Rot-Grün erneut den Vertrag mit der „Oceanic“ mit Wirkung vom 15. Oktober befristet. Allerdings möchte ich ergänzen, dass Minister Rohwer in Aussicht gestellt hat, dass sich auch das demnächst ändern wird.

Schließlich noch ein Wort zu den **Doppelhüllentankern**. Ohne Frage ist ihre schrittweise Einführung bis zum Jahre 2015 ein ebenso geeigneter wie wichtiger Schritt, um das Umweltrisiko eines Unglücksfalls zu verringern. Wir sollten aber im Auge behalten, dass die deutsche Ostseeküste mit etwa 6 % der Unfälle relativ wenig betroffen ist. Schäden und Gefahren gehen in weit größerem Maße von den vielen illegalen **Öl- und Schadstoffeinleitungen** aus, die das Meer und die Küsten bedrohen. Hier muss unbedingt ange-setzt werden, beispielsweise auch durch die Übernahme von Entsorgungskosten in den Häfen.

(Beifall bei der FDP)

Auch hierüber werden wir weiterhin beraten müssen.

Insgesamt bin ich optimistisch, weil zum Beispiel Innenminister Buß keine Gelegenheit ausgelassen hat, diese Probleme zu thematisieren. Das trifft für den Wirtschaftsminister sicherlich auch zu.

Eine gemeinsame Küstenschutzalarmübung hat kürzlich auch schon stattgefunden - auch ein bedeutender Fortschritt, um Gefahren abzuwehren. Also, gut so! Lassen Sie weitere Taten folgen!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt dem Geburtstagskind, dem Herrn Abgeordneten Malerius.

(Beifall des Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Behm, die „Oceanic“ ist nicht in der westlichen Ostsee, sondern in der Nordsee stationiert. Ich sage das nur, damit Sie es wissen.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und SSW)

(Wilhelm-Karl Malerius)

Die Seeschifffahrt beruht auf dem Grundsatz der Freiheit der Meere. Dadurch konnte sich ein Weltmarkt für Transportdienstleistungen entwickeln, auf dem ein freier Wettbewerb herrscht, der nur durch wenige Rechtsvorschriften geregelt ist. Diese Freiheit hat die Entwicklung des Welthandels und der europäischen Wirtschaft gefördert. Dennoch darf die **Freiheit der Meere** nicht als Vorwand dafür dienen, dass Staaten, vor deren Küste Schiffe mit besonders umweltschädlichen Gütern kreuzen, das Recht verweigert wird, diese Schiffe zu identifizieren und intensiver zu überwachen sowie auch an Bord einzugreifen, wenn ihren Küsten ernsthaft Gefahr droht.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Lars Harms [SSW])

Der vorliegende umfassende, sehr gute Bericht der Landesregierung, für den ich mich im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich bedanke, enthält zum einen eine Bestandsaufnahme, zum anderen beschreibt er die Maßnahmen und Aktivitäten in der Zusammenarbeit zwischen den Küstenländern und dem Bund zur Verbesserung der Schiffssicherheit und des Seeverkehrs, die bis jetzt geleistet worden sind.

Meine Damen und Herren, die zur Verfügung stehenden Daten belegen, dass im deutschen Küstenvorfeld als einem der am meisten befahrenen Gebiete grundsätzlich ein hohes Maß an Sicherheit besteht. Diese Ausgangsposition gilt es zu sichern und weiter zu optimieren.

Bei der **Unfallrisikobetrachtung** in der westlichen Ostsee steht die Kadetrinne eindeutig im Mittelpunkt der Diskussion. Im Seegebiet der Mecklenburger Bucht ist die internationale Schifffahrt auf die Durchfahrt in der **Kadetrinne** angewiesen. Tief gehenden Schiffen wird empfohlen, sich genau an den Tiefwasserweg, die 17-Meter-Linie, sowie im anschließenden Verkehrstrennungsgebiet South of Gedser dicht an der Trennzone zu halten und so lange auf Südwestkurs zu bleiben, bis das Gedser-Riff in sicherem Abstand passiert ist. Sowohl der Tiefwasserweg als auch das Verkehrstrennungsgebiet sind von der IMO angenommen. Der Tiefwasserweg, die Trennzone und die Einbahnwege des Verkehrstrennungsgebietes sind durch Leuchttonnen bezeichnet.

Trotzdem gab es in den Jahren 1991 bis 2000 mindestens 16 Grundberührungen. Ursächlich für das Fortkommen waren eine fehlerhafte Navigation und die Nichteinhaltung der in den amtlichen Seekarten ausgewiesenen Tiefwasserrinnen.

Aufgrund dieser Vorfälle hat die dänische Schifffahrtsverwaltung die Fahrwassertonnen in der Kadetrinne aus ihrer ursprünglichen Position herausgenom-

men, neu bezeichnet sowie zusätzliche Tonnen verlegt. Ob dies aber ausreicht, ist fraglich. Eine Leuchtradar- tonne im kritischen Bereich des „Gedser Rev“ reicht nicht aus.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Hier ist sowohl die dänische als auch die deutsche Regierung gefordert, ein sicheres Navigationskonzept vorzulegen und durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Die Torbefeuerng und die Einfädelung durch die Verlängerung des Tiefwasserweges in der Kadetrinne sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dieses zu erarbeitende Konzept sollte schnellstens dem Unterausschuss der IMO „Sicherung der Seefahrt“ zur Anerkennung vorgelegt werden.

Für die Kadetrinne besteht keine Lotsenannahmepflicht. Die IMO empfiehlt lediglich, für Schiffe mit mehr als 13 m Tiefgang einen **Lotsen** an Bord zu nehmen. Eine Lotsenannahmepflicht setzt eine von der IMO beschlossene Meldepflicht voraus. Eine allgemeine Meldepflicht für Seeschiffe besteht nicht. Fremde Schiffe im Transit zu den Häfen der mittleren und östlichen Ostsee werden in der Regel überhaupt nicht registriert, da es sich um internationale Schifffahrt im Rahmen der Meeresfreiheit handelt. Zur Umsetzung einer Lotsenannahmepflicht auf hoher See müssen die Regierungen der Ostseestaaten mit einer Stimme sprechen, bei der IMO eine Lotsenannahmepflicht beantragen und diesen Antrag in den Gremien durchsetzen.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Die Verkehrsministerkonferenz der Ostseestaaten am 10. September in Kopenhagen hat dieses Meinungsbild nicht herbeigeführt. Zum Beispiel stimmte Dänemark, Frau Sporendonk, einer Lotsenannahmepflicht nicht zu.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Hier ist die Landesregierung und speziell die Bundesregierung aufgefordert, viel stärker tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

Bund und Länder wollen das **Notfallmanagement** in den deutschen Küstengewässern verbessern. Dafür soll ein seit langem von den Küstenländern gefordertes Havariekommando im Jahr 2002 eingerichtet und erstmals sollen Schlepper in der Ostsee stationiert werden. Die „Scharhörn“ wird zu einem Mehrzweckschiff umgebaut, ein schneller Schlepper soll in Warnemünde stationiert und zwei seegängige Hafenschlepper sollen in Kiel und Usedom langfristig ge-



(Wilhelm-Karl Malerius)

chartert werden. Auch für das Notfallmanagement an der Westküste ist ein Hafenkaptän mit einem AG-Patent notwendig.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Landesregierung hat den Begriff der „besonderen Lage“ präzisiert und die Gefahrenabwehrpläne und die Melde- und Alarmierungspläne überarbeitet und erprobt.

Auch die Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich im Rahmen der 10. parlamentarischen Jahreskonferenz am 3. und 4. September 2001 in Greifswald mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, dass die Vorbeugung und Bekämpfung von Schiffsunfällen, die Schiffssicherheit, die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich - insbesondere auf der Ostsee - weiter verbessert werden.

Wir sind auf einem guten Weg, dürfen aber vor allen Dingen gegenüber der Bundesregierung nicht nachlassen. Wir stimmen der Überweisung an den Umwelt- und den Wirtschaftsausschuss zu.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geißler.

(Konrad Nabel [SPD]: Der hat doch keine Ahnung!)

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits die Debatte vom 22. Februar dieses Jahres über den Antrag, der zu der Vorlage des heute zu behandelnden Berichtes der Landesregierung führte, machte deutlich, dass alle Fraktionen dieses Landtages, wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen, eine Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen gegen Schiffsunfälle in der westlichen Ostsee für erforderlich halten. Ebenso erforderlich ist es, überzeugende Konzepte vorzulegen für ein Unfall- beziehungsweise Krisenmanagement, die die Folgen solcher Unfälle mildern beziehungsweise ihre schnelle Beseitigung gewährleisten.

Der Bericht der Landesregierung enthält eine Bestandsaufnahme und er enthält Prognosen der verkehrlichen Situation in der westlichen Ostsee. Gleichzeitig macht er deutlich, dass noch an zahlreichen Stellen Handlungsbedarf besteht, dass es weiterhin **Sicherheitsdefizite** gibt. Ebenso wird herausgestellt, dass sich das Gefährdungspotenzial erheblich erhöhen wird, wenn diese Defizite nicht bereits in Kürze beseitigt

werden. Denn vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Zusammenwachsens der Ostseeregion mit den Staaten Zentraleuropas ist nicht nur mit einem allgemeinen Wachstum der Ostseeverkehre, sondern auch mit einer weiteren Steigerung des Güterumschlagsvolumens in den Häfen Schleswig-Holsteins zu rechnen. Während im Jahre 2000 rund 227.000 Schiffsbewegungen in der **Ostsee** zu verzeichnen waren, werden für das Jahr 2010 bereits annähernd 260.000 prognostiziert. Zudem ist ein Wachstum der durchschnittlichen Schiffsgröße, vor allem im Bereich der Containerschifffahrt, zu erwarten. Statistisch gesehen entfallen auf 100.000 Schiffsbewegungen drei bis vier Unfälle, daneben gibt es eine ganze Reihe so genannter Beinahe-Unfälle. Jährlich werden im Durchschnitt für die deutschen Küsten 44 Zwischenfälle ermittelt. Da in zunehmendem Maß Öl beziehungsweise Ölprodukte und andere Gefahrstoffe transportiert werden, besteht ein erhebliches Risikopotenzial. Die Auswirkungen einer Havarie eines Großtankers vor der deutschen Küsten könnten verheerend sein.

Bei der Risikobetrachtung steht die **Kadetrinne** wegen der Häufigkeit der Zwischenfälle derzeit eindeutig im Mittelpunkt der Diskussion. Hier hat es bereits zahlreiche Zwischenfälle gegeben. Sie ist wegen ihrer geringen Tiefe, aber auch durch die Tatsache, dass sie auf halber Länge eine Kurve von zirka 80 Grad beschreibt, besonders risikoträchtig. Da die internationale Schifffahrt auf die Durchfahrt in der Kadetrinne angewiesen ist, gibt es hier zahlreiche Schiffsbewegungen - jährlich etwa 60.000. Von den täglich durchschnittlich 150 Schiffen, die die Kadetrinne passieren, sind vier bis fünf Großtanker und fünf Massengutschiffe. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in der Kadetrinne sind unzureichend. Zwar hat die dänische Schifffahrtsverwaltung im Jahre 2000 die Fahrwassertonnen neu verlegt und bezeichnet, aber - das bedauere ich ausdrücklich - es gibt immer noch keine **Lotsenannahmepflicht**. Die Vorredner haben darauf hingewiesen. Es gibt ausweislich des Berichts noch nicht einmal Untersuchungen über die Kosten, eine mögliche Finanzierung und den Baggergutverbleib bei einer Ausbaggerung der Kadetrinne. Ich hoffe, dass die Zeitpläne für den Aufbau des **AIS-Überwachungssystems** überarbeitet werden; denn die bisherigen Pläne der Bundesregierung sehen eine Fertigstellung erst im Jahre 2008 vor und das ist eindeutig zu spät.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zu Recht erhebt auch die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste die Forderung eines umfassenden Sicherheitskonzeptes für Nord- und Ostsee. Auch der Bericht der Landesregierung räumt ja Schwachstellen

(Thorsten Geißler)

ein, beispielsweise dass die Einsatzmittel, also die Notschleppkapazitäten, die Feuerlöschschiffe und die Staukapazitäten ungleichmäßig in der Ostsee verteilt sind. Wörtlich heißt es in dem Bericht, es gibt unterversorgte Gebiete auch in der westlichen Ostsee. Beispielsweise fehlen zwischen Kiel und Bornholm stärkere Schlepper und die Brandbekämpfung durch Feuerlöschschiffe kann als unbefriedigend bezeichnet werden.

Es ist auch eine Tatsache, dass viele der Vorschläge der so genannten Grobecker-Kommission immer noch nicht umgesetzt sind.

Ich möchte nicht versäumen, ausdrücklich die Beschlüsse der jüngsten **Parlamentarierkonferenz** der Ostseeanrainerstaaten zu begrüßen. In ihrer zum Abschluss einstimmig verabschiedeten Resolution zur Schiffssicherheit werden präzise Forderungen aufgestellt, die es nun umzusetzen gilt. Der Präsident des Mecklenburg-Vorpommerschen Landtages, Küstner, hatte Recht, als er hierzu erklärte, der Druck auf die Regierung, endlich im Interesse der Schiffssicherheit auf der Ostsee zu handeln, sei gewachsen. Es ist daher auch zu begrüßen, wenn auf einer Konferenz der Umwelt- und Verkehrsminister der neuen Ostseeanrainerstaaten erste völkerrechtlich verbindliche Beschlüsse gefasst worden sind, die den Schiffsverkehr in der Ostsee sicherer machen sollen und gleichzeitig dem Schutz des Meeres dienen, auch wenn ich ausdrücklich bedauern muss, dass nicht in allen streitigen Punkten Lösungen gefunden werden konnten, die eine wirkliche, nachhaltige Verbesserung zur Folge haben.

Wir erwarten daher von der Landesregierung, dass weiterhin bestehende Sicherheitsdefizite ungeschminkt dargestellt werden. Wir brauchen eine umfassende Neukonzeption der **maritimen Notfallvorsorge** und wir sind alle in diesem hohen Hause einig, wie ich glaube, dass dies ein Thema ist, dem hohe Priorität eingeräumt werden muss.

Ich darf noch einmal darauf verweisen: Ein Unglück wie das der „Pallas“ darf sich nicht wiederholen. Angesichts der wachsenden Schiffsbewegungen wächst das Risikopotenzial und daher, Herr Minister, kann ich Sie nur herzlich bitten und auffordern, an einer Neukonzeption der maritimen Notfallvorsorge weiter zu arbeiten. Wir werden weitere Verbesserungen anmahnen und im Ausschuss sehr sorgfältig zu diskutieren haben, welche Maßnahmen kurzfristig umzusetzen sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns vergleichsweise einig bei diesem Thema. Das ist auch sinnvoll, weil wir mit gesammelter Kraft die Dinge besser auf den Weg bringen können. Die Parlamentarierkonferenz hat gezeigt, dass die Parlamentarier dieses Thema sehr verantwortlich und auch wiederum sehr einig in ihre Hände genommen haben. Das ist zu begrüßen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Danke für die Zustimmung.

Die **Sicherheit** in der Nordsee ist wie die in der Ostsee von größter Bedeutung für die Küstenländer. Das ist unbestritten. Die Zahl der Schiffe nimmt ständig zu. Das hat Herr Geißler mit den Zahlen aufgezeigt. Das ist im Grunde erfreulich, da das Schiff nicht nur das umweltfreundlichste, sondern auch das preisgünstigste Verkehrsmittel im Ostseeraum ist. Es ist erheblich billiger als der LKW.

Aber jeder größere Schiffsunfall - die Unfälle und die gefährlichen Begegnungen werden natürlich bei einer zunehmenden Zahl von Möglichkeiten steigen; das ist keine Frage -, der mit Ölaustritten verbunden ist, hat dramatische Auswirkungen auf den Naturhaushalt. Das gilt für Algen und Plankton ebenso wie für Vögel und Fische. Bei großen Teilen der Ostseeküste handelt es sich sogar noch um empfindliche und schützenswerte Natura 2000-Räume.

Selbst der Tourismus kann davon berührt werden. Die Verschmutzung der Strände in Form von riesigen oder auch kleineren Teerklumpen kann zum Teil noch Jahre später erfolgen. Wenn man den Unfall vielleicht schon lange vergessen hat, werden immer noch Teerklumpen herangespült.

Wir dürfen uns die Verharmlosung der Probleme und die Schonung der schwarzen Schafe unter den Reedereien also nicht länger leisten können, meine Damen und Herren. Dringender Handlungsbedarf besteht darin, die Sicherheit in der **Kadetrinne** zu erhöhen. Der Unfall der „Baltic Carrier“ war absehbar, weil insbesondere das Gedser-Riff eine bekannte Gefahrenstelle ist. Deshalb ist es erfreulich, dass Dänemark nun die Betonnung verbessert hat. - Anke, du musst nicht mehr so viel tun, aber noch ein bisschen.

Insbesondere möchte ich begrüßen, dass der **Ostseerat** aufgefordert wird, die Ausweisung der Kadetrinne und weiterer Teile des Ostseeraums als **PSSA**, als besonders empfindliches Seegebiet, zu prüfen. Auch hier stimme ich meinen Parlamentarier-Kollegen voll zu.

(Irene Fröhlich)

Ich finde es schön, dass Sie diese Anregung aufgegriffen und das auch weiter gefördert haben.

Mir scheint dies ebenso wie in der Nordsee notwendig zu sein. Einen entsprechenden Antrag hat meine Fraktion anlässlich der trilateralen Wattenmeerkonferenz in Esbjerg bereits eingebracht. Zurzeit scheint es mir das Mittel der Wahl zu sein. Mit einem PSSA ist es möglich, die Sicherheit auf See wirklich zu erhöhen.

Eine dringende Maßnahme ist dabei auch die Einführung der **Lotsenpflicht**, die aber der Genehmigung durch die IMO bedarf. Es ist dazu eine Menge geredet worden. Ich stimme den Vorrednern zu. Ich bin der Meinung, dass auch hier eine Pflicht eingeführt werden müsste. Herr Behm, da stimme ich Ihrer Freiwilligkeitspräferenz nicht zu. Denn, wenn ich das einmal überlege: Eine rote Ampel ist und bleibt für mich als Autofahrerin eine rote Ampel, auch wenn ich nachts um ein Uhr allein auf der Straße stehe. Ich muss trotzdem anhalten.

Das Auto ist in seinem Umfang und seinem Gefährlichkeitspotenzial dann doch geringer als ein Schiff mit seiner gesamten Ladung, Besatzung und so weiter einzuschätzen.

Hier sollten Sie Ihrem Herzen einen Stoß geben. Dann würden wir uns auch an der Stelle einig werden und uns gemeinsam für die Lotsenannahmepflicht aussprechen.

Es ist erfreulich, dass die EU endlich beschlossen hat, in wenigen Jahren - ich finde, 2015 ist beinahe noch zu lang - europäische Häfen nur noch von **Doppelhüllentankern** anlaufen zu lassen.

Auch die Landesregierung hat eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen: Ein neues **Krisenmanagement**, neue Gefahrenabwehrpläne, Notfallübungen, ein Konzept zur Schiffsbrandbekämpfung zusammen mit den Feuerwehren Kiel, Lübeck, Flensburg und Brunsbüttel und abgestimmte Planungen mit Dänemark, Schweden und Mecklenburg-Vorpommern gehören dazu.

Die wichtigste Nachricht ist die Einrichtung einer einheitlichen Einsatzleitung in der **Leitstelle in Cuxhaven** für schwerwiegende Seeunfälle.

Ansonsten hat der Bund zwar Schritte eingeleitet, um endlich zu besseren Regelungen bei den internationalen Haftungsabkommen zu gelangen und den bestehenden Abkommen endlich beizutreten. Aber der Bericht macht auch deutlich, dass der Widerstand des Bundes gegen eine einheitliche Küstenwache weiterhin groß ist. Auch die anderen Küstenländer sperren sich gegen eine entsprechende Grundgesetzänderung. An

dem einheitlichen **Havariekommando** und einem Notschleppkonzept wird immer noch gearbeitet.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das kann uns nicht zufrieden stellen. Ich stelle fest: Es ist etwas in Bewegung gekommen. Aber diese Bewegung hat drei einfache Gründe: „Erika“, „Pallas“ und „Baltic Carrier“. Ohne Unfälle geht alles seinen beschaulichen Gang. Auch für Berlin gilt weiterhin: Die Küste ist weit weg. Das wollen wir verändern. Und: Sparen bei der Sicherheit ist keine Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Jetzt hat der Herr Abgeordnete Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Betrachtet man die statistische Wahrscheinlichkeit eines Unfalls in der Ostsee, so könnte man meinen, das Problem sei zu vernachlässigen. Auf 100.000 Schiffsbewegungen kommen drei bis vier Unfälle.

Aber nicht die Häufigkeit der Unfälle ist das eigentliche Problem, wie wir am eigenen Leibe haben erfahren müssen, sondern die möglichen Auswirkungen, die diese Unfälle haben können, sind das Problem.

Die Einführung des Schiffserkennungs- und Identifikationssystems **AIS** wird uns einen wichtigen Schritt voranbringen. Bundesverkehrsminister Bodewig hat schon mitgeteilt, dass er hierfür Gelder bereitstellen will. Allerdings bin ich mit Herrn Kollegen Geißler einig, dass hier viel schneller gehandelt werden muss.

Eng verbunden hiermit ist die Einrichtung eines Havariekommandos. Bisher ist nur bekannt, dass der Bund bereit ist, eine Art 24-Stunden-Bereitschaft mitzutragen, die grundsätzlich nur im Fall der Fälle tätig wird.

Dem Bericht ist nun zu entnehmen, dass der Bund mit einem **Havariekommando** einverstanden ist und eine Vereinbarung bis Oktober diesen Jahres geschlossen werden soll. Dies wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Unabdingbar bleibt weiterhin, dass ein solches Havariekommando rund um die Uhr tätig ist und nicht nur bei Unfällen eingreift, sondern die Schiffe während der gesamten Passage durch die westliche Ostsee begleitet.

Die Strukturen müssen also völlig verändert werden. Das ist eine große Aufgabe. Ziel muss immer noch die Einrichtung einer Seewache sein, die gemeinsam vom Bund und von den Ländern getragen wird. Die Ein-

(Lars Harms)

richtung eines Havariekommandos darf nur ein erster Schritt hin zu einer umfangreichen Seewache sein.

Endlich scheint es so zu sein, dass man auf Bundesebene erkannt hat, dass die nationale Aufgabe Schiffssicherheit nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die Kapazität an Notschleppern in der Nord- und Ostsee soll ausgebaut werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass nicht nur erstmals in der Ostsee überhaupt solche **Schlepperkapazitäten** staatlicherseits aufgebaut werden sollen, sondern dass auch längerfristige Charterverträge geschlossen werden sollen. Das gibt Planungssicherheit und schafft erst einmal Sicherheit an den Küsten. Hier wird endlich eine wichtige Forderung der Menschen an den Küsten umgesetzt; auch wenn man sagen muss, dass bei den Schlepperkapazitäten immer noch Verbesserungen möglich sind.

Leider ist die **Lotsenannahmepflicht** nicht so leicht umzusetzen. Deutschland und Dänemark können sie nicht selbstständig einführen und freiwillig werden die Lotsendienste so gut wie gar nicht genutzt. Trotzdem setzt sich die Regierung bei der **IMO** nachdrücklich für eine Lotsenpflicht für stark befahrene enge Gewässer, wie der Kadettrinne, ein. Die Einführung der Lotsenpflicht wird möglicherweise noch etwas länger dauern, aber mir scheint es nicht unmöglich, die Lotsenpflicht umzusetzen.

Alle Maßnahmen, die im Bericht genannt worden sind, sind auf den massiven Druck der Küsten-Bundesländer zurückzuführen. Ohne die Überzeugungsarbeit der Küstenländer wären viele der im Bericht genannten positiven Schritte nicht durchgeführt worden. Ich möchte daher ausdrücklich der Landesregierung für ihren Einsatz in der Frage der Schiffssicherheit danken.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Renate Gröpel [SPD])

Wichtigstes politisches Ziel in der Frage der Schiffssicherheit muss allerdings weiterhin die Änderung des **Grundgesetzes** sein, um eine einheitliche Küstenwache einrichten zu können. Der Bericht bestätigt noch einmal die ablehnende Haltung der meisten anderen Bundesländer in dieser Frage. Das haben wir als SSW auch schon immer befürchtet. An der Forderung nach einer **einheitlichen Küstenwache** sollten wir aber weiterhin festhalten, auch wenn die Umsetzung möglicherweise sehr lange dauert.

Alle unter einen Hut zu bekommen und hier Regelungen zu finden, ist nicht nur auf Bundesebene schwierig. Das sind Erfahrungen, die wir mit der Havarie der „Pallas“ gemacht haben. Eine Lösung für den Ostseeraum zu finden, dürfte daher genauso schwierig sein.

Die 10. Parlamentarische Konferenz über Zusammenarbeit im Ostseeraum zeigt, dass die Sicherheit von Schiffen und Seewegen im **Ostseeraum** ein wichtiger Aspekt in der Zusammenarbeit im Ostseeraum darstellt. Der zweite Entschließungsteil der diesjährigen Konferenz macht deutlich, dass es eine Vielzahl von Maßnahmen gibt - auf die auch der Bericht der Landesregierung eingeht -, die es umzusetzen gilt. Daher hoffe ich, dass die Ostseestaaten konkrete Beschlüsse treffen, die sie dann auch gemeinsam und zügig realisieren, und dass sich das, mit Verlaub gesagt, sozialdemokratisch regierte Dänemark an den notwendigen Maßnahmen aktiv beteiligt.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung dem Wirtschaftsausschuss - federführend - und dem Umwelt- und dem Europaausschuss - mitberatend - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1129

Ich erteile das Wort der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Frau Franzen.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Tage legen wir Ihnen die Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes zur ersten Lesung vor. Es ist eine **Reform** für eine **zukunftsfähige Landwirtschaftskammer**. Lassen Sie mich das hier sehr selbstbewusst sagen.

Ich möchte aber genauso offen ansprechen, welche Gründe wir für die Novellierung des Gesetzes haben: Die Landwirtschaftskammer ist durch das bisherige Gesetz nicht ausfinanziert worden, ihre Finanzierung ist jeweils durch Haushaltsgesetze gekürzt worden. Es gab für mich gleich zu Beginn die Alternative, entweder mehr Geld bereitzustellen oder das Gesetz zu ändern. Ich habe immer Letzteres vertreten und dieser

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

Realitätssinn hat mir Recht gegeben, wenn Sie sich die Entwicklung der Finanzen anschauen.

(Beifall bei SPD und SSW - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Ich gebe gern zu, dass die Novellierung dieses Gesetzes zu den schwersten Aufgaben gehört hat, die ich bisher zu bewältigen hatte. Aber nach dem Motto „Ungewöhnliche Aufgaben erfordern ungewöhnliche Lösungen“ haben wir ein besonderes Verfahren mit Arbeits- und Lenkungsgruppen gehabt, mit allen Beteiligten, die in der Kammer zusammengebunden werden, und dabei auch eine Menge Gemeinsamkeiten erarbeiten können. Nie vergessen habe ich dabei selbst, aber auch durch Mahnung nicht, dass ich als Ministerin für das Ressort und das Gesetz verantwortlich bin.

Kurz zum Inhalt! In fünf Minuten kann man nicht viel sagen. Es geht um die **Anpassung der Landwirtschaftskammer** an laufend geänderte Bedingungen ihrer Mitglieder. Das ist ja mehr als die Landwirtschaft. Das sind Landwirtschaft, Fischerei, Gartenbau, Baumschulen, Landfrauen, Imker, Kleingärtner - ich könnte unendlich weitermachen.

Ich nenne ein paar Punkte. Betriebe im Sinne des Kammergesetzes sollen für uns die **aktiv wirtschaftenden Betriebe** sein, nicht die so genannten Sofabauern, die Verpächter. 50 bis 60 % der Landflächen sind inzwischen verpachtet - wie ich finde, eine nicht sehr gesunde Struktur, die man zumindest bei der Kammer berücksichtigen kann.

Wir möchten, dass die **Strukturen der Kammer** effizienter arbeiten können. Ich möchte ein demokratisiertes Wahlverfahren. Wir wollen die Kopplung des Wahlrechts an die Umlagepflicht und die Zuweisung für die Selbstverwaltungsbereiche neu regeln.

Ich kann heute nur kurz auf zwei besonders strittig gebliebene Punkte eingehen - das will ich offen und gern zugeben. Das ist die so genannte **Friedenswahl**, die weder eine Wahl noch friedlich ist. Sie ist vielmehr eine mangels Kandidaten durch Verbände bestimmte Situation. Das ist einfach so.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

- Ja, mir ist bewusst, dass ich da gegen den Rest der Welt argumentiere, weil kein Verband mir zustimmt. Das Parlament ist in seiner Entscheidung frei.

Viel wichtiger unter den strittigen Punkten ist mir die Abschaffung des Globalbudgets.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daran habe ich nie einen Zweifel gelassen. Denn wer daraus nichts gelernt hat, hat nichts aus dem nicht ausfinanzierten Gesetz gelernt. Es entspricht nicht unserem Demokratieverständnis, so ein **Globalbudget** beizubehalten. Wir werden den Zuschuss der Kammer bis 2004 auf 7 Millionen DM abschmelzen und diesen Betrag mittelfristig sichern. Wir werden, um mehrjährige Sicherheit zu geben, mit Zielvereinbarungen arbeiten,

(Beifall bei SPD und SSW)

die wir zwischen Landesregierung und Kammer unter Beteiligung des Parlaments - das sichere ich Ihnen ausdrücklich zu - verabreden werden. Da wird es inhaltliche Vorgaben geben, da wird es Transparenz geben, auch im Verhältnis zum Steuerzahler. Denn 7 Millionen DM sind immer noch eine Menge Geld.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Da wird es auch Gestaltungsspielraum mit der Kammer geben. Da gibt es auch schon Gespräche - trotz all der Aufregung, die öffentlich noch da ist.

Wir stellen uns der Verantwortung beim Personalabbau, die wir wegen der Mittelreduzierung mit zu tragen haben. Ich bin dem Finanzminister außerordentlich dankbar - das hätte ich gern in seiner Anwesenheit gesagt -, dass er in Gänze für einen flexiblen **Abbau im Personalbereich** 5,8 Millionen DM zur Verfügung stellt. Das haben wir für eine außerhäusige Institution noch nie getan. Zusätzlich sind wir bemüht, Personaltransfer bei Ausschreibungen in die eigenen Häuser - nicht nur in mein Ministerium - vorzunehmen. Das läuft auch schon. Wir machen vor dem größten Problem nicht die Augen zu.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und das mit einem Kompliment an den Kammerpräsidenten, Herrn Fruchtenicht, verbinden, der sich dieser Reform in Gänze gestellt hat, die er sich ja nicht aussuchen konnte. Es gibt das Kammerkonzept 2004, das alle wesentlichen Verbände mitgetragen haben: Konzentration auf drei Standorte, Innovation und gleichzeitig noch der Mut zu sagen: Im Gartenbau sind wir nicht gut genug, da trauen wir uns ein Kompetenzzentrum in Thiensen zu. Wir sind dabei zu versuchen, das mitzufinanzieren, auch mit Mitteln aus „ZAL“.

Die Kammer trennt sich mutig von Aufgaben, die sie nicht wahrnehmen muss - LUFITA/ITL -, mit all dem Ärger, den man da natürlich mit den Beschäftigten hat. - Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit)

Sie wissen, dass diese Tendenz in der Kammerhauptversammlung - Entschuldigung, Herr Präsident, ich

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

traue mich auch, Sie das zu bitten, obwohl das schwieriger ist - bei einer Gegenstimme beschlossen worden ist - die ich gern benennen würde, aber es war ja eine öffentliche Sitzung, Sie haben es gesehen -, allerdings unter der Bedingung der Beibehaltung des Globalbudgets, zu dem ich mich geäußert habe.

Lassen Sie mich abschließend eine Bitte an den Agrarausschuss richten: Ich weiß, dass ich mit der ersten Lesung einen Monat zu spät komme. Das hatte mit Anhörungsfristen zu tun. Seien Sie doch so lieb und vereinbaren möglichst noch am Rande dieser Tagung den Anhörungstermin - das ist ja bei der ersten Lesung immer die schwerste Geburt -, sodass wir die Anhörung schnell und zügig durchbekommen. Wir müssen dieses Gesetz im Dezember in zweiter Lesung beraten. Sonst müsste ich wieder per Haushaltsgesetz kürzen und das ist nicht mein Ziel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich eröffne die Grundsatzerberatung und möchte noch einmal daran erinnern, dass unsere Redezeitverordnung eine Höchstzeit-, nicht Mindestzeitverordnung ist. Ich sage das deswegen, weil ich vor der Mittagspause noch einen weiteren Tagesordnungspunkt aufrufen will.

Ich erteile das Wort jetzt Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wir beraten heute in erster Lesung über ein Landwirtschaftskammergesetz, das ein Spiegelbild der Einstellung der Landesregierung zur Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit jedem neuen Kammergesetz rückt das Verfalldatum näher an das Datum des In-Kraft-Tretens. Ich bin seit neun Jahren Mitglied dieses Parlaments und es ist die dritte Änderung des Kammergesetzes, die ich hier miterleben dürfen. Heute Morgen hat Minister Rohwer gesagt, wir sollten lieber in die Zukunft gucken. Frau Ministerin, es ist allerdings auch wichtig, ein Stück in die Vergangenheit zurückzublicken, um zu wissen, was man mit einer erneuten Kammergesetzänderung wirklich beabsichtigt.

Der Kollege Arnold Wilken hat bei der letzten **Änderung des Kammergesetzes**, die hier eine sehr emotionale Debatte geführt worden ist, gesagt:

„Ich sehe die nachdenklichen Gesichter einiger Fraktionskollegen. Heute steht hier ein gut beratenes Gesetz zur Abstimmung.“

Das war nicht gut beraten, das war nicht gut vorbereitet und Sie haben dort entgegen unseren Warnungen Regelungen hineingebracht, die geändert werden mussten und nicht die Zukunft der Kammer beschreiben haben. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Ministerin, Sie waren doch damals Mitglied der Fraktion. Sie haben dem Kammergesetz zugestimmt. Also tragen sie ursächlich Mitverantwortung für das Kammergesetz, das Sie mit verabschiedet haben.

Ich möchte auf einen anderen Punkt hinweisen, um den es in der Tat geht. Der Kollege Arnold Wilken führte weiter aus:

„Warum wird das Kammergesetz geändert? - Ich sage es ganz deutlich: Es ist eine Frage der Macht der CDU und des Bauernverbandes in dieser Landwirtschaftskammer. Diese Gesetzesänderung bedeutet natürlich Machtverlust. Sie soll auch Machtverlust bedeuten.“

Das ist die wahre Motivation und das ist hier immer wieder deutlich gesagt worden, auch von dem Kollegen Günter Fleskes. Das ist wichtig, um zu wissen, was Sie jetzt tun.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, Sie sind doch derjenige, der diese Diskussion angefangen und der das problematisiert hat. Die Ministerin hat gesagt, sie gehe nicht auf den Leim der Neugebauers. Aber sie hat genau das getan.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch ich will mich nicht so sehr mit den Einzelheiten des jetzigen Gesetzentwurfs beschäftigen, weil wir dazu in der Tat eine intensive Anhörung durchführen wollen, Frau Ministerin. Die werden wir Christdemokraten in diesem Parlament führen mit aller Sorgfalt, und zwar ohne Zeitdruck.

Wenn Sie dann unter Zeitdruck geraten, ist das Ihre Verantwortung. Frau Ministerin - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, der Lärmpegel im Haus ist zu hoch.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Ich kann auch leiser reden.

(Beifall der Abgeordneten Peter Lehnert [CDU] und Lars Harms [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das ist auch eine gute Idee.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Frau Ministerin, Sie meinen, die Arbeits- und Lenkungsgruppen hätten gemeinsam Ziele erreicht. Das stimmt nicht. Die Lenkungs- und Arbeitsgruppen haben gemeinsam festgestellt, dass nur der finanzielle Druck, den Sie ausüben, die Kammer letztlich dazu gebracht hat, bestimmte Konzepte vorzulegen. Sie stehen aber überhaupt nicht in Übereinstimmung mit dem von Ihnen vorgelegten Kammergesetz.

Was gestern noch an Änderungen notwendig war, um die **Kammer** nach sozialdemokratischen Vorstellungen zu demokratisieren, gilt jetzt als nicht mehr dem heutigen demokratischen Verständnis entsprechend. **Demokratie** in der Selbstverwaltung ist das, was die Landesregierung jeweils für demokratisch hält. Wie wandelbar das sein kann, wissen wir nun, nachdem Sie diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben. Sie wissen auch, dass die Finanzierung der Kammer seit 1988 nicht nur auf tönernen Füßen steht, sondern schon längst eingebrochen ist. Soll mit der im Entwurf vorgesehenen Neugestaltung Planungssicherheit gewährleistet werden? Die neue Planungssicherheit wird dieselbe Qualität haben wie bisher auch. Die Zuweisung nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes ist bereits jetzt ein Indiz für künftige Kürzungen. Frau Ministerin, ich glaube Ihren Beteuerungen allein nicht.

Es bedarf keiner tief gehenden Kenntnis, um zu sehen, wo die Landesregierung die Hebel ansetzt, um die Selbstverwaltung in das ihr angenehme Korsett zu zwingen. Ich sagte bereits, dass die Mehrheit der Berufsverbände Ihren Gesetzentwurf ablehnt und darüber eine kritische Diskussion wünscht. Frau Ministerin, der Entfall der **Friedenswahl** wird nicht nur zusätzliche Kosten verursachen, sondern darüber hinaus auch erneut Zwietracht säen. Das ist gewollt, weil es von Ihnen immer wieder so in die Wege geleitet wird. Der Einzug über die hinzuzuwählenden Mitglieder ist ein schwacher Trost, da diese Mitglieder der Hauptversammlung eingeschränkte Rechte haben.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Ich komme zum Schluss. - Der Gesetzentwurf verschlechtert die Lage der Kammer weiterhin. Das Vertrauen in die Beteuerungen der Landesregierung ist längst hin. Es ist daher nur logisch, dass die Landesregierung für ihre Vorstellungen keine Zustimmung auf breiter Ebene findet. Wir werden in einer intensiven Beratung die Schwachpunkte dieses Gesetzes herausarbeiten. Wir werden dem Gesetzentwurf so nicht unsere Zustimmung erteilen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Kruse das Wort.

**Maren Kruse** [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der dem Parlament von der Landesregierung nunmehr vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein beinhaltet einige gravierende **Neuerungen** und **Anpassungsmaßnahmen**. Es sind notwendige und dringende Maßnahmen, die zum einen mit der strukturellen Veränderung im Gesamtbereich der Agrarwirtschaft und zum anderen mit der veränderten Situation der öffentlichen Haushalte und damit der Förderung verbunden sind. Auch ich bedaure, dass wir an dieser Stelle nicht mehr Zeit haben, um auf alle Punkte einzugehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ausschuss!)

Wie sich in vielen Verbänden - insbesondere dem Bauernverband - herausgestellt hat, ist die wichtigste Forderung an das Kammergesetz die **finanzielle Planungssicherheit** für alle. Diese finanzielle Planungssicherheit findet im vorgelegten Gesetzentwurf erstmalig ihren Platz.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei der SPD)

Die Zuschüsse für die Selbstverwaltung sollen schrittweise auf 7 Millionen DM abgesenkt werden und die Summe soll nicht mehr - wie bisher - in einem **Globalbudget** zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Vielmehr sollen über Transparenz, die wir an anderer Stelle immer wieder fordern, Zielvereinbarungen mit der Landwirtschaftskammer getroffen werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ehlers?

**Maren Kruse [SPD]:**

Ich sagte gerade, dass wir viel zu wenig Zeit haben.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Keine Worterteilung, Herr Ehlers!

**Maren Kruse [SPD]:**

Dabei werden die Aufgaben und das dafür erforderliche Personal definiert und in Zielen vereinbart. Der vielfach gemachte Vorwurf, die Projekte würden inhaltlich von A bis Z beschrieben, greift hier einfach nicht. Es ist ein praktikabler Vorschlag, wie wir ihn mit den Hochschulen schon durchführen. Die Kammer erhält erstmalig Planungssicherheit in der mittelfristigen Finanzplanung. Herr Kayenburg, bezogen auf Ihre gestrige Rede zum Haushalt: Endlich eine Voraussetzung, wie Sie sie gefordert haben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ein klares Konzept, eine strukturelle Änderung, die dringend erforderlich ist. Es ist kein Kleinklein. Es ist die Kraft zu einer großen Entscheidung mit einer klaren Linie. Somit dürfte die CDU-Fraktion an dieser Stelle keine Probleme haben.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Weisungsaufgaben werden - wie bisher - vom Land getragen und die Beteiligung des Landes an den Kosten der sozialverträglichen Personalkostenreduzierung ist gegeben. Insgesamt wird der Betrag von 5,8 Millionen DM flexibel zur Verfügung gestellt. Das ist angesichts der Haushaltslage eine einmalige Chance, die die Kammer wirklich nutzen sollte.

Ein weiterer Punkt ist die **Friedenswahl**. Hier kann man die Auffassung vertreten, dass die Bestimmungen über die Wahlen zur Hauptversammlung immer noch den Handhabungen entsprechen, die seit 100 Jahren üblich sind.

(Zurufe von der CDU: Sie haben sich auch bewährt!)

Mit Demokratie hat das nicht allzu viel zu tun. Man kann allerdings auch den Standpunkt vertreten, dass

sich diese Friedenswahl nun lange bewährt hat und beibehalten werden kann, sofern sie nicht gegen Grundsätze verstößt. Die vorgestellte Neuregelung stellt deshalb das demokratische Prinzip in den Vordergrund. Damit verbunden ist das Bekenntnis zu einem tatsächlichen Wahlgang, der jedoch auch mit Kosten für die Wahldurchführung verbunden ist.

Ein weiterer Punkt ist die **Umlage**, die sich derzeit am Einheitswert des Grundbesitzes bemisst. Zahlungspflichtig sind die Grundeigentümer - unabhängig von der tatsächlichen Bewirtschaftung. Die Landwirtschaftskammer hat hier in einer umfangreichen Stellungnahme die Umlageregelung im Kammergesetzentwurf als rechtswidrig bezeichnet. Bei der kritisierten Regelung handelt es sich um eine Fassung, die den Verbänden zur Anhörung zugeleitet wurde. Dem Parlament wurde eine geänderte Fassung vorgelegt.

Da sich die Änderung des Bewertungsgesetzes erheblich verzögern wird und die Formulierungen des Gesetzentwurfs somit nicht die Grundlagen für das Kammergesetz sein können, wäre die entsprechende Passage im Kammergesetz nicht rechtmäßig gewesen. Daher wurde die alte Regelung wieder aufgenommen. Die einzige Änderung gegenüber der früheren Regelung ist die zukünftige Umlageerhöhung auf Grundlage des Wirtschaftswertes und nicht, wie bisher, auf Grundlage des Einheitswertes. Ich meine, das ist sachgerecht. Zukünftig sollen die Pächter die Umlage den Schuldnern, also den Eigentümern, erstatten.

So wie Frau Franzen, möchte auch ich an dieser Stelle meinen Dank und den Dank meiner Fraktion an die Landwirtschaftskammer für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Wochen und Monaten zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Fachkonzept Landwirtschaftskammer 2004 hat die Kammer gezeigt, dass sie auch mit schlanken Strukturen ihren Kunden ein kompetenter Gesprächs-, Beratungs- und Dienstleistungspartner sein kann. Sie ist damit dem Ziel der Umorganisation für die Anforderungen an moderne Betriebe und Unternehmen in Schleswig-Holstein ein großes Stück näher gekommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort.



**Dr. Christel Happach-Kasan** [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wesentlichen Anteil am **Erfolg der Landwirtschaft** in Schleswig-Holstein hat die **Landwirtschaftskammer** mit ihren Dienstleistungen. Die Ministerin stellt gern die positiven Ergebnisse unserer Landwirtschaft hier im Lande heraus. Die Landwirtschaftskammer hat sich als Einrichtung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung bewährt. Wir als FDP-Fraktion wollen, dass das so bleibt. Der rot-grünen Landesregierung sind diese Erfolge jedoch ein Dorn im Auge. Seit Jahren lässt Rot-Grün keine Gelegenheit aus, die Selbstverwaltung der Kammer zu schwächen

(Beifall bei FDP und CDU)

und die Wettbewerbsbedingungen für unsere Betriebe zu verschlechtern. Das Programm der Landesregierung seit 1996 heißt „Abwicklung der Kammer“.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Der Kollege Jensen-Nissen hat aus der Rede von Arnold Wilken zitiert. Eingeleitet wurde dies durch die Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes 1996, die rot-grünen Entschließungsanträge zur Landwirtschaftskammer 1998 und zuletzt durch die Ablehnung der Reforminitiative der FDP zur Stärkung der Kammer 1999 durch Rot-Grün. Der Abgeordnete Neugebauer hat sich dabei den zweifelhaften Ruf eines „Kammer-Jägers“ erworben. Er scheint inzwischen erfolgreich zu werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wo bleiben die SPD-Abgeordneten der ländlichen Räume, die genau wissen, dass das unseren ländlichen Räumen schadet und dass damit eine wesentliche Stimme für die ländlichen Räume kaputt geschlagen wird? Dies alles ist geschehen, obwohl offensichtlich ist, dass das Landwirtschaftsministerium nicht in der Lage ist, die entstehende Lücke auszufüllen, und obwohl alle Landwirtschaftsminister in diesem Haus immer wieder erklärt haben, wie sehr sie die Stärkung der Kammer wollen. Es ist alles nur heiße Luft gewesen.

Vor allem aber dokumentiert Rot-Grün seine ablehnende, ja geradezu zerstörerische **Einstellung gegenüber der Landwirtschaftskammer** dadurch, dass die Haushaltsbestimmungen des Landwirtschaftskammergesetzes nun zum fünften Mal in Folge nicht umgesetzt werden. Der ehemalige Staatssekretär von Plüskow hat dies selbst eingeräumt. Angesichts dessen hier zu behaupten, dass mit dem jetzigen Gesetz nun aber Planungssicherheit für die Landwirtschaftskammer kom-

men werde, heißt, Sand in die Augen der Betroffenen zu streuen. Das ist doch unerhört.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben ein geltendes Landwirtschaftskammergesetz, gegen das in jedem Jahr verstoßen wird, wenn das Haushaltsbegleitgesetz verfasst wird. Genauso können Sie es hinterher doch auch machen. Sie verstoßen immer wieder dagegen. Wer soll Vertrauen in diese Landesregierung haben?

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der CDU)

Drei große Naturschutzverbände werden vom Land institutionell gefördert. Bei der Kammer dagegen will sich das Land aus der **institutionellen Förderung** verabschieden; denn dies ist die Folge davon, dass der **Globalhaushalt** abgeschafft werden soll. Das macht deutlich, dass der für Schleswig-Holstein und seine ländlichen Räume wichtige Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft von der Landesregierung konsequent vernachlässigt wird.

Peter Jensen-Nissen hat die politischen Motive für dieses Handeln klar aufgezeigt. Das, was er gesagt hat, stimmt so.

(Beifall bei FDP und CDU)

Mit Landwirtschaft haben Sie nichts am Hut; Herr Kollege Neugebauer, Sie schon gar nicht. Sie verstehen die naturwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen nicht und Sie haben kein Vertrauen in die gewachsenen Strukturen. Mit der **Umstellung auf Projektförderung** geht es Ihnen um politische Einflussnahme.

Da das erforderliche Fachwissen an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums und in einigen Abteilungen fehlt, sind die schlimmsten Auswirkungen zu befürchten. Denn wer soll im Landwirtschaftsministerium beurteilen, welche Projekte und Maßnahmen sinnvoll sind und welche nicht? Oder sollen dafür wieder Gutachterverträge vergeben werden? - Ich kann gern einige Beispiele zu dem mangelnden Fachwissen in diesem Hause anführen.

Die Enquetekommission „Entbürokratisierung“ hatte eine Stärkung der Landwirtschaftskammer empfohlen. Sie haben sich schon lange von den Empfehlungen der Enquetekommission verabschiedet.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [FDP]:

Die Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der vorliegenden Form wird voraussichtlich zu **betriebsbedingten Kündigungen** führen. Die Landesregierung hat sie zu verantworten.

Auch die Auswirkungen des von Rot-Grün geänderten Wahlrechts sind nicht zu Ende gedacht. Sie wollen die **Friedenswahl** abschaffen, weil sie angeblich dem heutigen demokratischen Verständnis widerspricht. Warum soll jedoch die Ministerliste erhalten bleiben, obwohl die institutionelle Förderung aufgegeben wird? Was ist daran demokratisch?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ein Gesetz kann nicht gelingen, wenn schon die Problembeschreibung Fehler enthält. Dort heißt es, die innere Organisation der Kammer habe mit den strukturellen Veränderungen nicht Schritt gehalten. - Falsch! Die Kammer ist in den letzten fünf Jahren stärker modernisiert worden als jedes einzelne Ministerium dieses Landes. Ich frage Sie auch, ob Sie wirklich meinen, dass die konsequente Durchsetzung der Frauenquote eine Lösung dafür ist. Die Mehrheit der Betriebsinhaber in diesem Land sind nun einmal Männer. Das ist so, als wollten Sie den Hebammen eine Männerquote vorschreiben.

Die FDP-Fraktion lehnt dieses Gesetz ab.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Steenblock.

**Rainer Steenblock** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, ich möchte Sie ganz ausdrücklich und sehr herzlich zu diesem Gesetzentwurf beglückwünschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass diese Landesregierung die notwendige Reform in einer Zeit, in der es in der Landwirtschaft durch BSE und andere Veränderungen sehr viel Unruhe und Existenzängste gibt und in der zu Recht die Debatte darüber geführt wird, so konsequent durchzieht, verdient die Anerkennung dieses Hauses.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte mich auch sehr herzlich bei dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer und seinen Mitarbei-

tern bedanken, die dafür gesorgt haben, dass die **Debatte über das Kammergesetz** in einer sachlichen und vernünftigen Weise geführt wird und nicht in der zündelnden Art, Frau Kollegin Happach-Kasan, wie Sie das gerade wieder demonstriert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir sind uns alle darin einig, dass wir ein neues Kammergesetz brauchen - das ist, glaube ich, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition unumstritten -, weil das bisherige Gesetz eine Reihe von Fragen falsch regelt und weil die entsprechende Finanzierung nicht realisiert werden kann.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wer hat das denn beschlossen?)

- Man kann auch aus seinen Fehlern lernen, lieber Kollege. - Deshalb ist es ein konsequenter Weg, der jetzt gegangen wird. Dieser konsequente Weg muss dann allerdings auch zu Ende gegangen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Fehler, die damals gemacht worden sind, nämlich dass Geld - ich will nicht sagen: in schwarzen Koffern - ohne vernünftige **Zielvereinbarungen** in die Kammer gegeben worden ist, werden jetzt beseitigt.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist unglaublich!)

Die Finanzierung von Produkten der Landwirtschaftskammer wird in einer Zielvereinbarung genau festgelegt. Das wird transparent sein. Das wird jeder Bürger und jede Bürgerin, deren Steuergelder wir verwalten, nachvollziehen können. Nur so kann der Weg mit solchen Organisationen wie den Kammern sein, dass Transparenz geschaffen wird und dass an jeder Stelle eine Nachprüfbarkeit, auch durch das Haus, gewährleistet wird. Dafür sollten wir uns weiterhin einsetzen. Das macht auch die Qualität dieses Gesetzentwurfs aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir werden in der Anhörung noch Gelegenheit haben, über viele Punkte zu diskutieren. Da wird sich auch meine Fraktion einmischen.

Ich möchte, weil ich bezüglich der Redezeit von gestern noch etwas gutzumachen habe, jetzt nur noch Folgendes sagen: Was die **Friedenswahl** angeht, über die im Land sehr intensiv diskutiert wird, so kann ich

**(Rainer Steenblock)**

Innen versichern, dass Sie die grüne Fraktion an Ihrer Seite haben werden.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers  
[CDU])

Unserer Auffassung nach brauchen wir, was die Friedenswahl angeht, demokratische Strukturen. Es muss eine Wählbarkeit geben, auch wenn es etwas teurer ist und auch wenn es Auseinandersetzungen bei den Betroffenen gibt. Der Streit, in einer vernünftigen Art und Weise geführt, gehört doch zu einer Demokratie dazu. Warum soll es im Bereich der Kammer nicht auch eine Wählbarkeit mit der Folge geben, dass unterschiedliche Positionen deutlich werden und inhaltliche Auseinandersetzungen geführt werden? Die Friedenswahl halten wir bei der Gestaltung dieser Wahl für ein vernünftiges Prinzip.

Über andere Fragen, wie die der Beiträge oder der Personalunion von Mitgliedern des Vorstandes mit anderen Gesellschaften, werden wir noch zu reden haben. Insgesamt meine ich, dass wir mit diesem Gesetzentwurf auf einem ausgesprochen positiven Weg sind, durch den wir zu vernünftigen und verantwortbaren Strukturen in der Landwirtschaftskammer in diesem Land kommen.

Wenn wir die Zahl der Menschen, die in der Landwirtschaftsverwaltung tätig sind, mit der Zahl der Menschen vergleichen, die in anderen Kammerbereichen, etwa den Industrie- und Handelskammern, bei denen es sich ebenfalls um Selbstverwaltungsbereiche handelt, tätig sind, dann muss man sagen: Es ist ausgesprochen positiv, dass sich die Landesregierung mit einer solchen Intensität um die Transformation dieser Stellen kümmert; denn es ist nicht zu verantworten, im Landwirtschaftsbereich so viele Mitarbeiter mit öffentlichen Mitteln zu bezahlen; das muss man sehr deutlich sagen.

Frau Ministerin, viel Erfolg bei den weiteren Beratungen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Redezeitkonto ist noch nicht ausgeglichen, Herr Abgeordneter. - Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon zu Beginn der Beratungen zur Zukunft der Landwirtschaftskammer haben wir die Auffassung vertreten, dass eine **institutionelle Förderung** in Zu-

kunft nicht mehr aufrechtzuerhalten sein wird. Wie in anderen Bereichen führt man nun auch bei der Landwirtschaftskammer Zielvereinbarungen ein. Dadurch, dass Zielvereinbarungen geschlossen werden sollen, kommt es nicht zu einer übermäßigen Einflussnahme des Landes auf die Landwirtschaftskammer.

Zu einer Vereinbarung gehören immer mindestens zwei Partner und diese müssen sich einigen. Das wird auch weiterhin zu einer sehr intensiven Zusammenarbeit beitragen, in der beide Partner partnerschaftlich miteinander umgehen. Aber eine Fremdbestimmung der **Landwirtschaftskammer** wird es nicht geben. Davon bin ich überzeugt.

In diesen **Zielvereinbarungen** sollen nicht nur die Ziele und Inhalte beschrieben werden, sondern auch die Höhe der Landesmittel für einen mehrjährigen Zeitraum festgelegt werden. So steht es im Gesetzentwurf. Das zeigt, dass man sich gerade vonseiten der Landesregierung um Planungssicherheit bemüht - Planungssicherheit für die Projekte und Initiativen, für die man eine Vereinbarung geschlossen hat.

Was es in Zukunft nicht mehr geben soll, ist, dass der Staat die Landesvertretung eines Wirtschaftszweiges unterstützt. Die Finanzierung der Landesvertretung muss der jeweilige Wirtschaftszweig schon selber sicherstellen. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Weg.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir als SSW immer noch der Meinung sind - und es auch bleiben -, dass Zwangsmitgliedschaften in Kammern nicht der richtige Weg sind.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau  
[SPD])

Wir meinen, dass die jeweiligen Kammern und Verbände durch ihre Leistung überzeugen müssen und so ihre Mitglieder aus Überzeugung gewinnen sollten. Aber das ist ein strukturelles Problem, das das gesamte Kammerwesen angeht.

Immer wieder ist zu hören, dass die Übertragung von **Weisungsaufgaben** auf die Landwirtschaftskammer problematisch sei. Das mag im ersten Moment so aussehen. Staatliche Aufgaben sollten im Grundsatz vom Staat selber erledigt werden. In der Landwirtschaft haben sich aber über Jahre Strukturen ergeben, die dies schwer machen. Solcherlei Aufgaben sind in der Vergangenheit durch die Landwirtschaftskammer erledigt worden, was dazu geführt hat, dass in der Landwirtschaftskammer entsprechend kompetente Mitarbeiter vorhanden sind. Inhaltlich wäre es also ein Fehler, die Weisungsaufgaben ans Land zurückzuverlagern.

(Lars Harms)

Darüber hinaus muss man sagen, dass die Landwirtschaftskammer durch die ständig wiederkehrenden Aufgaben und wegen der damit verbundenen Bereitstellung von Finanzmitteln sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht Planungssicherheit erhält. Die Weisungsaufgaben können den Grundstock an Planungssicherheit ergeben, den sich die Landwirtschaftskammer auch wünscht.

Bei der Zusammensetzung der **Hauptversammlung** hat man sich darum bemüht, alle Interessengruppen in der Landwirtschaftskammer mit einzubinden. Vor dem Hintergrund der Vielfalt der Mitgliedergruppen ist dies meiner Meinung nach auch vonnöten. Es sollte in der Zusammensetzung der Hauptversammlung nicht nur nach dem normalen Mehrheitsprinzip gehen, sondern es sollten alle Gruppen, die für die Meinungsbildung wichtig sind, mit berücksichtigt werden. Dies gilt in hohem Maße für eine berufliche Interessenvertretung. Möglicherweise gibt es an den Wahlmodalitäten noch das eine oder andere zu ändern, aber das Grundprinzip stimmt, nämlich die Hauptversammlung so vielfältig wie möglich zu gestalten.

Alles in allem halten wir das neue Landwirtschaftskammergesetz für einen Schritt in die richtige Richtung hin zu mehr Selbstverantwortung und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Wir beglückwünschen die Landesregierung zu diesem Schritt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Ehlers.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade die linke, die rot-grüne Seite steht Minderheiten immer sehr nahe gegenüber.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das behaupten die nur!)

Wenn wir jetzt die Friedenswahl ändern, wird es keinen Minderheitenschutz geben, dann werden Landfrauen, Landjugend, Fischer, Waldbesitzer überhaupt nicht mehr in der Kammerversammlung vertreten sein. Das kann ich Ihnen sagen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Insofern bitte ich, dies noch einmal bei den Beratungen zu überdenken. Das wird auch im Rahmen der Anhörung einen breiten Raum einnehmen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Joachim Behm [FDP] und Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Es gibt auch einen gewissen Vertrauensschutz. Wir haben die **Budgetierung** eingeführt und Sie sind hier permanent jedes Jahr wieder vertragsbrüchig geworden.

Ich vermisste in der ersten Lesung auch ganz klare Aussagen dazu, was mit den 7 Millionen DM nach 2004 wird, wer die Pensionslasten übernimmt. Daran, meine Damen und Herren, wird sich entscheiden, ob wir in Zukunft noch eine Landwirtschaftskammer haben werden oder nicht.

Insofern übernehmen Sie in diesen Fragen hier im Land Schleswig-Holstein eine sehr große Verantwortung.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Doch!)

- Kurzbeitrag, Herr Abgeordneter Jensen-Nissen!

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Herr Kollege Steenblock, auch wenn Sie etwas nicht sagen wollten, haben Sie es doch gesagt und damit bewusst den Eindruck erweckt, als seien in der Landwirtschaftskammer unter der Führung des Ehrenamtes oder unter Beteiligung vieler hauptamtlicher Beschäftigter Gelder möglicherweise nicht sachgerecht verwendet worden. Ich weise dies mit Empörung zurück.

Dies wollte ich in diesem Hause doch ganz eindeutig festgestellt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Kruse.

**Maren Kruse [SPD]:**

Frau Happach-Kasan, ich war von Ihrem Beitrag ziemlich enttäuscht. Sie haben mir gar nicht zugehört.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Erste, was ich hier wirklich sagen möchte.

Ich denke, **Zielvereinbarungen**, die woanders eingehalten worden sind - das wissen Sie selber auch -, wollen wir hier und die werden hier genauso einge-

(Maren Kruse)

halten. Ich glaube, Sie haben einfach nicht zugehört. Das können Sie nicht anzweifeln.

Dann würde ich ganz gern noch einmal etwas zu unserem „Kammerjäger“ sagen, den Sie hier immer wieder zitieren.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja! - Claus Ehlers [CDU]: Das war einmal ein ehrenvolles Amt!)

- Ja, wissen Sie, Kollege Ehlers und Kollege Jensen-Nissen, dann würde ich Sie hier auch ganz gern zu „Bauernvorkämpfern“ erklären. Das steht auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU)

So hat jede Seite ihre Lobby. Ich denke, die Diskussion, die wir im Ausschuss noch führen werden, wird sicherlich interessant werden.

Zu dem, was Herr Steenblock hier gesagt hat, möchte ich dann auch noch einmal kurz Stellung nehmen. Herr Steenblock hat gesagt, er steht für die Friedenswahl. Wer mir bei meiner Rede genau zugehört hat - ich habe die Vor- und die Nachteile dargelegt -

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

dem würde ich an dieser Stelle auch gern sagen: Unsere Fraktion steht für die Friedenswahl.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag hat jetzt die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Frau Kollegin Kruse, ich möchte Ihnen gern zugestehen, dass es Zielvereinbarungen gibt, die die Landesregierung eingehalten hat. Ich muss gleichzeitig aber sagen, dass das 1996 in Kraft getretene neue **Landwirtschaftskammergesetz** eben in seinen haushaltspolitischen Bestimmungen nur ein einziges Mal eingehalten worden ist. Ich meine, dass dies keine gute Grundlage ist, dass landwirtschaftliche Organisationen Vertrauen in Gesetze haben, die vom Landtag beschlossen werden.

Ich vermisse auf der linken Seite, die diese Haushalte ja alle auch mitbeschlossen hat, ein ganz klein bisschen Selbstkritik zu sagen, das war dann vielleicht doch nicht so ganz in Ordnung, wie wir dieses Gesetz 1996 beschlossen haben. Es ist offensichtlich, dass sich die Landwirtschaftskammer auf die damals ge-

troffenen gesetzlichen Regelungen nicht hat verlassen können, sondern dass sie sukzessive immer wieder durch Haushaltsbegleitgesetze einkassiert worden sind. Das ist rechtlich richtig, das stimmt so, aber ich meine, wenn Sie um Vertrauen für die jetzigen Positionen werben, dann sollten Sie auch zugestehen, dass die Landwirtschaftskammer vorher Vertrauen nicht haben konnte. Von daher meine ich, dass man auch ein bisschen Rückbesinnung in den eigenen Reihen üben könnte.

Ich finde, in einer Selbstverwaltungseinrichtung, wie es die Landwirtschaftskammer ist - wir haben viel von Ehrenamt und so weiter gesprochen; Selbstverwaltung hat immer auch mit ehrenamtlicher Tätigkeit zu tun -, sollten wir dies auch im Bereich der Landwirtschaft einmal anerkennen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Agrarausschuss zu überweisen. Wer so entscheiden will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 25 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Zukunft der Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1149

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1206

**b) Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1190

Das Wort zur Begründung der Anträge wird nicht gewünscht. Ich erteile deshalb zum Bericht der Landesregierung dem Minister für Umwelt, Natur und Forsten, Herrn Klaus Müller, das Wort.

**Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Was die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit ihrem Berichtsantrag zur laufenden Organisations- und Rechtsformprüfung in

**(Minister Klaus Müller)**

der Forstwirtschaft produziert hat, würde man im Sport als klassischen Fehlstart bezeichnen.

(Widerspruch des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Der Berichtsantrag kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Landesregierung mitten in ihren sorgfältigen Prüfungsverfahren ist, in Prüfverfahren mit einem sehr knappen Zeitbudget.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Keine Vernebelung!)

Entsprechend muss zum jetzigen Zeitpunkt die Antwort ausfallen. Es ist eben ein Statusbericht. Mehr ist im Augenblick nicht drin.

Wir lassen uns im Übrigen von Ihnen und Ihren ungeduligen Äußerungen nicht davon abbringen, gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sowohl draußen vor der Tür als auch hier im Saal vertreten sind, und unter Hinzuziehung externen Sachverständigen ein für alle transparentes Verfahren bis zum Oktober dieses Jahres abzuschließen. Der CDU-Fraktion rate ich deshalb an dieser Stelle an, zunächst einmal Selbstklärung zu betreiben. Ich finde es schon erstaunlich, dass einige der Kolleginnen und Kollegen nicht müde werden, bei ihren Auftritten im Land den Förstern kräftig Waldhonig um den Bart zu schmieren. Im Kreis der Fraktion dann, wenn Programme und Papiere geschrieben werden, zieht der Wolf seinen Schafspelz aus und es kommt Erstaunliches dabei heraus.

Ich möchte Ihnen nur zwei Beispiele für Ihre forstpolitischen Forderungen nennen. Zum Ersten: „Mut zur Zukunft“ waren Ihre finanzpolitischen Leitlinien für das Jahr 2000 und danach betitelt. Was findet der erstaunte Leser unter den mittelfristigen haushaltswirksamen Maßnahmen der CDU? - Ich zitiere wörtlich: „Privatisierung der staatlichen Forstwirtschaft“. Im Weiteren: „Privatisierung des Erlebniswaldes Trappenkamp“. So weit die Herren Rühle, Kayenburg und Stritzl!

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kollege Hopp, Frau Kollegin Todsens-Reese, hier sollten Sie mit Ihrer Überzeugungsarbeit einmal ansetzen. Schlagworte allein nützen nichts. Sie sind meines Erachtens sogar schädlich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Zum Zweiten: „Weniger Staat in Schleswig-Holstein“, ein weiteres Positionspapier Ihrer Partei mit dem Vor-

wort des Kollegen Schlie, der dieser Debatte klugerweise ferngeblieben ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

Auch hier betreiben Sie forstpolitische Standortbestimmung. Die in diesem Papier vorgeschlagene Kommunalisierung der Dienstleistungen für den ländlichen Raum mit vier Regionalämtern sieht als zusätzliche Aufgabe die Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben der **Forstverwaltung** vor. Ihr Vorschlag geht dabei - das wissen Sie ganz genau - von einer privatrechtlichen Rechtsform für die Wirtschaftsbereiche der Forstämter aus. Das ist die forstpolitische Wirklichkeit der CDU Schleswig-Holstein und ihrer Landtagsfraktion.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sie haben das nicht verstanden, Herr Minister!)

Auch jenseits der Grenzen in diesem Land schreibt die CDU nur merkwürdige forstpolitische Ruhmesblätter. Hier im Land kämpfen Sie zurzeit - zumindest einige von Ihnen nach außen - gegen eine Umorganisation der Forstwirtschaft. Ihre Ministerpräsidenten Müller im Saarland und Koch in Hessen waren die Ersten in Deutschland, die eine Verselbstständigung der Forsten in Landesbetrieben vorgenommen haben. Auch das ist die Realität der CDU Schleswig-Holsteins!

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

So viel zur Forstpolitik der CDU in diesem Haus!

Sie haben in erster Linie nicht ein forstpolitisches Problem, Sie haben ein Glaubwürdigkeitsproblem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hopp?

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ich spare mir Zeit auf, um im Nachhinein, im zweiten Durchgang darauf zu antworten.

Ich komme nun zum Antrag der FDP-Fraktion, Frau Happach-Kasan. Leitlinien sind immer etwas Schönes. Ich darf Sie daran erinnern. Zur **Forstpolitik** und zur **Neuwaldbildung** gibt es eine vorzügliche Resolution, die Waldresolution des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom Februar 1996. Man muss in der praktischen Alltagspolitik allerdings auch dazu stehen. Es

**(Minister Klaus Müller)**

darf dann nicht so kommen wie am 13. Juli diesen Jahres im Finanzausschuss. Da haben Sie die waldfreundliche Linie verlassen.

FDP und CDU haben in schöner Eintracht gegen den Flächenankauf der Landesforstverwaltung für ein bedeutsames Aufforstungsprojekt gestimmt. Der Kollege Arp hat es damals auf den Punkt gebracht: Bauernland gehört in Bauernhand.

(Claus Ehlers [CDU]: Genauso ist es!)

Ich sage Ihnen dazu: Mit dieser Einstellung werden Sie den von Ihnen erneut eingeforderten Waldanteil von 12 % der Fläche in Schleswig-Holstein am Sankt-Nimmerleins-Tag erleben und keinen Deut früher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine konsequente Vermehrung des Waldes in Schleswig-Holstein ist nur zu erreichen, wenn staatliche, kommunale und private Neuwaldbildung nebeneinander Beiträge dazu leisten.

Frau Happach-Kasan, ich staune über Ihre wirtschaftlichen Ziele für die Landesforstverwaltung. Sie fordern in Ihrem Antrag die schwarze Null nach dem Motto: Was die Kreisforsten in Lauenburg können, muss die Landesforstverwaltung auch können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Besser eine schwarze als eine grüne Null!)

Die Kreisforsten haben im Jahre 2000 immerhin 160.000 DM an forstlicher Förderung aus dem Landeshaushalt erhalten. Haben Sie im Übrigen einmal die unterschiedlichen Holzvorräte, erntefähigen Sortimente und Holzerlöse miteinander verglichen?

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

In Lauenburg stehen auf einem Hektar 247 m<sup>3</sup> Holz. In der Landesforstverwaltung sind es im Durchschnitt gerade einmal 200 m<sup>3</sup>. Das Fließband der biologischen Produktion läuft nun einmal standort- und altersbedingt langsamer. Trotzdem wollen Sie den gleich Output erzeugen. Das müssen Sie erst einmal erklären.

Oder steht etwas anderes hinter der schwarzen Null? Könnte es sein, dass Sie die Landesforstverwaltung mit ihren 70 % Personalkosten personell und organisatorisch gesundschrumpfen wollen? - Dann sollten Sie ehrlich sein und dies auch vor unseren Försterinnen und Förstern, den Waldarbeiterinnen und Waldarbeitern im Lande sagen. Stattdessen streuen Sie Sand in die Augen, indem Sie in Ihrem Antrag sogar noch einen Einstellungskorridor und Ausbildungsmöglichkeiten für den Nachwuchs fordern. Sie spitzen die

Dinge derart zu, dass sich Gewinnorientierung und Gemeinwohlorientierung ausschließen.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Mein Credo - ich glaube auch das Credo von Rot-Grün - lautet: Gemeinwohlorientierung innerhalb des gegebenen finanzpolitischen Rahmens! Auf dieser Grundlage führen wir unsere Forstpolitik fort.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist eine Nullaussage!)

Die laufende Organisationsprüfung soll dabei helfen, mögliche Optimierungspotenziale erkennbar zu machen. Das öffentliche Forum „Zukunftsfähige Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein“ mit 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war eine wichtige Station auf dem von uns gewählten transparenten Weg der Meinungsbildung. In dem Sinn werden wir unsere Arbeit fortsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war kein Bericht! - Weitere Zurufe von der CDU: Das war kein Bericht! - Martin Kayenburg [CDU]: Auf den Bericht warten wir noch!)

- Die Zurufe kommen hier vorn nicht an. - Ich eröffne die Aussprache. Ist das korrekt? - Okay.

Dann hat Herr Abgeordneter Hopp jetzt das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Rück das gerade!)

**Claus Hopp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie sind ja neu im Land.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Es gehört zur parlamentarischen Gepflogenheit, dass, wenn der Minister die Ehre hat, dem Parlament einen Bericht abzugeben, er es auch macht.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Was Sie hier gemacht haben, war Polemik billigster Art und hat uns überhaupt nicht beeindruckt.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Claus Hopp)

Übrigens auch nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der **Landesforstverwaltung**, die dort oben sitzen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, die täglich gute Arbeit leisten. Die wollen nicht solche Sprüche, die wollen Taten, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Präsident, das musste leider sein. De Minuut mutt du nich opschrieven.

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist das waldärmste Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Drittel unserer Waldflächen befindet sich im Eigentum des Landes und wird von der Landesforstverwaltung betreut. Der Staatswald hat eine unersetzliche Funktion für Natur und Landschaftsschutz. Die Erholung für Bürger und Touristen sowie die nachhaltige Bewirtschaftung durch qualifizierte Forstleute und Forstwirte muss gewährleistet sein. Wir befürchten, dass jetzt die Axt an die Wurzel des Staatswaldes gelegt werden soll. Denn als eine Maßnahme der Haushaltskonsolidierung hat die Ministerpräsidentin die Durchführung der Forstwirtschaft in alternativen Organisationsformen angekündigt. Darüber sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also alle Forstleute in Schleswig-Holstein und besonders die Industriegewerkschaft Bau, Agrar, Umwelt, im Land sehr beunruhigt. Wir wehren uns gegen einen drohenden Ausverkauf der Landesforsten.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

Jede Rechtsformänderung gefährdet eine nachhaltige Waldnutzung und geht zulasten der Natur und der Arbeitsplätze. Dabei ist es keineswegs so, dass in der Vergangenheit seitens der Landesforstverwaltung nicht alles getan wurde, auch organisatorisch und finanziell, um Einsparungen durchzusetzen. Aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von mir, die ich für die Fraktion am 5. September gestellt habe, geht eindeutig hervor, dass die Zahl der Forstämter von elf auf sieben reduziert wurde - das bedeutet einen Abbau von 36 % -, die Zahl der Förstereien von 59 auf 49 reduziert wurde - das ist ein Abbau von 17 % - und sich die Zahl der Beschäftigten von 260 auf 187 verringert hat.

Also zu sagen, es seien in der Vergangenheit hier keine Einsparungen vorgenommen worden, wäre nicht richtig. Das ist sehr wohl geschehen. Es handelt sich um einen Personalabbau von 28 %.

Jede weitere Personaleinsparung bedeutet, dass die Forstämter die gestellten Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. In den letzten Jahren sind aber im Gegenteil ständig neue Aufgaben auf unsere Forstver-

waltungen zugekommen. Ich nenne als Beispiel die Waldpädagogik. Jeder Kindergarten, der etwas auf sich hält, möchte wenigstens eine Gruppe als Waldkindergarten anerkannt haben. Diese Gruppen müssen betreut werden.

Die Forstbetriebsgemeinschaften erfreuen sich größter Beliebtheit, zumal sie auch die Kommunalforsten mit betreuen.

Dies alles läuft einher mit einer Situation der Landwirtschaftskammer, bei der heute keiner mit Gewissheit sagen kann, wohin dort die Entwicklung geht. Wir haben die Diskussion dazu im vorigen Tagesordnungspunkt gehört.

Aber auch die Waldbesitzer sind in erheblicher Unruhe - ich begrüße aus diesem Grunde ganz besonders Graf Rantzau -, laufen sie doch Gefahr, dass sämtliche Mittel für die Zukunft gestrichen werden, da die Mischfinanzierung möglicherweise nicht mehr aufrechterhalten werden kann, weil Bundesmittel und Mittel der EU dann nicht mehr fließen, wenn die nötigen Eigenmittel des Landes nicht zur Verfügung gestellt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist das Problem!)

Dies ist umso unverständlicher, weil dadurch mögliche Steuereinnahmen nicht fließen, die die Eigenmittel des Landes wieder voll in den Landeshaushalt einfließen lassen würden. Der Finanzminister ist jetzt nicht anwesend, aber es ist wirklich nicht zu verstehen, dass das nicht gemacht wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

In dem Bericht weist der Minister darauf hin, dass er eine Arbeitsgruppe eingesetzt habe - Sie erwähnten das -, die mehrmals getagt hat.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen!

**Claus Hopp [CDU]:**

Auch ein eigens einberufenes öffentliches Forum zum Thema „Zukunftsfähige Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein“ hat stattgefunden. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe hatten allerdings nicht den Eindruck, dass der von ihnen eingebrachte Sachverstand bei der Landesregierung auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Das Forum am 3. September, an dem ich teilgenommen habe, ist ganz ähnlich verlaufen.

(Glocke des Präsidenten)



**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Hopp, hören Sie mir doch bitte einmal zu. Sie haben noch die Möglichkeit, einen Schlusssatz zu formulieren.

**Claus Hopp [CDU]:**

Jawohl. - Sie, Herr Minister, kamen um 10 Uhr, machten flotte Sprüche genau wie heute und haben dann die Veranstaltung ganz schnell wieder verlassen, obwohl 400 Leute da waren. Herr Minister, Sie wollten nur die Show. Es ging Ihnen nicht um die Sache.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU -  
Beifall bei der FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um gleich das Letzte vom Kollegen Hopp aufzugreifen: Es wäre schön gewesen, wenn auch die CDU-Abgeordneten bis zum Schluss geblieben wären. Es handelte sich keineswegs um eine große Show. Das, was Sie hier von sich gegeben haben, war ziemlich unfair. Das Ministerium war bis zum Schluss vertreten. Der Minister war bis zur Mittagspause da und danach war die Staatssekretärin anwesend. Vielleicht ist Ihnen das entgangen, weil Sie selber nicht ganz da waren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin  
Kayenburg [CDU]: Das ist unverschämt!)

- Ja, so unverschämt muss man da nicht auftreten.

(Glocke des Präsidenten)

So wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kayenburg, vielleicht könnten wir alle wieder zur Sache kommen. Das gilt auch für Herrn Abgeordneten Wodarz.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann soll er auch  
fair sein!)

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Auch wenn wir eine Walddebatte haben, muss man hier nicht so herumpöbeln.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst auf den CDU-Antrag eingehen. Die CDU versucht wieder einmal in alter Manier, mit Unsicherheiten und

Halbinformationen Politik zu machen. Sie springen konzeptionslos auf jeden Zug, der Ihnen opportun zu sein scheint, ganz egal, in welche Richtung er fährt.

Ich denke an das, was der Herr Minister vorhin genüsslich zitiert hat. Ich kann mich sehr gut an diese Veranstaltung erinnern. Es war dem Kollegen Hopp ausgesprochen peinlich, als er gegen dieses Wahlkampfpapier rudern musste. Immer wieder musste er seine persönliche Position darstellen, die keineswegs damit übereinstimmte. Sie haben klipp und klar eine Privatisierung und den Verkauf der **Landesforsten** gefordert. Hier wie da versuchen Sie - den Vergleich fand ich sehr gut -, Honig um den Bart zu schmieren - das tut er in der Tat, aber ich muss sagen, das ist guter Honig, den er manchmal mitbringt - und von Ihren eigentlichen Zielvorstellungen völlig abzulenken, weil es einfach so hineinpasst und weil wir vor dem Hause gerade eine Demonstration haben.

Natürlich muss man sich über effizientere Führung der Landesverwaltung und des Landeswaldes unterhalten. Aber im Gegensatz zur CDU, die nur auf scheinbare Unzufriedenheiten hin taktiert, geht die Landesregierung konzeptionell vor.

Im Jahre 1998 wurden von der GMO Management Consulting die Landesforsten ausführlich untersucht. Es wurden konkrete Vorschläge gemacht und wir befinden uns bereits in der Phase ihrer Umsetzung. Diesbezüglich war Ihre Darstellung richtig. Der Erlebniswald Trappenkamp wird als Landesbetrieb geführt. Wir erhalten hier wertvolle Informationen und Erfahrungen, die uns zukünftig hoffentlich vor Fehlern bewahren. Der uns schriftlich vorliegende Bericht gibt ja auch schon eine Richtung an. Dabei sollte man auch betonen, dass eine Variante bereits ausgeschlossen wird, nämlich der Verkauf oder die Privatisierung der Landesforsten. Alles andere ist Stimmungsmache.

Gemäß unserer bisherigen **Forstpolitik** wird die SPD-Fraktion daran festhalten, dass ein Landeswald nicht allein betriebswirtschaftlichen Fragestellungen unterworfen werden darf. Ein **Privatwald** ist angelegt, um Erlöse zu erzielen, und das ist auch richtig so. Auch ein **Staatwald** muss und soll kostenbewusst arbeiten,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-  
pach-Kasan [FDP])

doch hat er auch andere Unternehmensziele. Ich meine damit die so genannte Gemeinwohlleistung des Waldes, also Umweltschutz und so weiter. Ich erspare Ihnen die Aufzählung; Sie haben das heute schon mehrmals gehört.

Diese Zielsetzungen sind mit einer allein ökonomisch organisierten Wirtschafts- oder auch Gesellschaftsform nicht zu gewährleisten. Auf diesen Satz lasse ich

(Friedrich-Carl Wodarz)

mich auch festlegen. Daher scheint mir eine GmbH-Lösung aus unserer Sicht als unwahrscheinlich.

Verfolgen wir die Diskussion um die Waldpolitik in den letzten Jahren, so ergibt sich abgesehen von den Wahlkampfnebelkerzen ein relativ einheitliches Bild. Deshalb finde ich es schade, dass unsere Waldpolitik heute hier in dieser Art und Weise demonstriert wird. Wir wollen alle mehr Wald und wir wollen eine naturnahe Waldbildung. Das drückt sich in verschiedenen Resolutionen, Initiativen und Richtlinien aus. Man möchte meinen, es sei alles gesagt und geschrieben. Und so haben Sie, Frau Happach-Kasan, das alles wieder aufgenommen, abgeschrieben und uns als neue forstpolitische Ideen der FDP präsentiert. Allerdings schieben Sie, liebe Kollegin, uns hin und wieder ein paar neue Positionen unter, die wir natürlich nicht übernehmen werden.

Auch die SPD will die **Neuwaldbildung** auf Privatflächen, doch keineswegs mit Ihrem Vorrangsvorbehalt. Dass wir die Gemeinwohlleistung der Landeswälder nicht infrage stellen, habe ich gesagt. Auch die Vorbildfunktion unserer Forsten - das schreiben Sie auch, hört, hört! - ist von unserer Seite immer wieder hervorgehoben worden. Dass Sie so strikt formulieren, erstaunt mich allerdings, wenn ich an Ihre Diskussionsbeiträge zur FSC-Zertifizierung denke.

Ein isolierter Satz wie bei Ihnen in Punkt 5, der da heißt: „Die Waldflächen des Landes werden gewinnorientiert bewirtschaftet“, stellt doch, liebe Kollegin, den Gemeinwohlvorbehalt infrage.

(Beifall der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Nein, das ist nicht so!)

Über die Betriebsformen habe ich mich bereits geäußert. Warten wir also den endgültigen Bericht der Landesregierung ab. Wir werden uns keiner Organisationsform verschließen. Allerdings scheint mir - ich sagte es - die GmbH-Lösung unwahrscheinlich.

Ein letzter Satz bitte, Herr Präsident, da auch Waldbesitzer in der Loge sitzen: Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass wir über die Kürzungsvorschläge auch nicht glücklich sind. Aber wer ist schon über Kürzungsvorschläge glücklich? Im Gegensatz zur CDU stellen wir uns aber diesen Herausforderungen und ich kann Ihnen versichern, dass die SPD-Fraktion zusammen mit den Grünen über Wege nachdenken wird, wie wir abgesehen vom Agrarhaushalt in irgendeiner Weise zu einer Finanzierung unserer Mittel kommen. In welcher Höhe, das kann und will ich hier nicht sagen.

(Zurufe von CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt kommen Sie bitte zum Schluss!

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Aber ich sage Ihnen, dass uns dieses Thema bewusst ist und dass wir an diesem Thema arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr verehrter Minister, in Show und Polemik erteile ich Ihnen eine glatte Eins. Andere beurteilungsfähige Leistungen liegen nicht vor und können daher auch nicht in die Bewertung einbezogen werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Ministerpräsidentin hat in dem vom Gemeindegtag herausgegebenen Heft „Neuer Wald für unsere Gemeinde“ geschrieben: „Wald hilft der Natur und er macht Freude - Jung und Alt und dies dauerhaft.“

In diesem Punkt können wir der Ministerpräsidentin voll und ganz zustimmen. Die meisten Menschen in Deutschland gehen lieber im Wald spazieren als durch Wiesen und Wälder - so das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage. Ich glaube, auch damit, Herr Kollege Wodarz, wären Sie noch einverstanden. Deswegen haben wir uns im Laufe der letzten Jahre immer wieder für **Neuwaldbildung** eingesetzt.

Oftmals sind seltene Dinge begehrt; nicht so in Schleswig-Holstein. Wir haben wenig Wald und Regierung und Behörden tun alles, damit es nicht mehr wird. Das ist nicht zu verstehen. Mit der Verlagerung der **Forstverwaltung** ins Umweltministerium geht die Verminderung der Neuwaldbildung einher. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die vielen Umweltwirkungen des Waldes vom behördlichen als auch dem verbandlichen Naturschutz nicht anerkannt werden. Das neue Modell des Naturschutzes, die halb offene Weidenschaft in Hölftigbaum, mit enormem Mittelaufwand installiert, führt doch das Land zurück ins 18. Jahrhundert.

Damals hat man mit der Verkoppelung die Trennung von Viehweiden und Wäldern beschlossen und Wirtschaftswälder geschaffen, die inzwischen wesentliche Beiträge zur Holzproduktion und zum Naturschutz

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

leisten. Sie wollen mit Ihrem Naturschutz zurück ins 18. Jahrhundert!

Im **Privatwald** wurde in den Jahren 1994 bis 1996 ein durchschnittlicher Reinertrag von 74 DM pro Jahr und Hektar erwirtschaftet, davon eine Förderung von 14 DM durch das Land. Die reine Bewirtschaftung des **Landeswaldes**, die reine Bewirtschaftung der Flächen, kostete 1995 etwa 100 DM pro Hektar. Unter diesen Bedingungen bedeutet jede Mehrung des Landeswaldes höhere Kosten. Aus dem Grund verweigern Sie sich auch konsequent einer Mehrung des Landeswaldes.

Der Privatwald und auch die Kreisforsten im Herzogtum Lauenburg zeigen, dass es auch anders geht. Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg werden die Wälder im Schnitt der Jahre kostendeckend bewirtschaftet. Dies sind entgegen Ihren Behauptungen, Frau Fröhlich, keine Holzacker. Die Landesregierung - Minister Steenblock hat das damals gemacht - hat ein Drittel der Kreisforsten als „FFH-Gebiete“ ausgewiesen. Damit ist doch deutlich, dass Gewinnorientierung und naturgemäße Waldbewirtschaftung kein Widerspruch sind, sondern sich zum Nutzen des Landes ergänzen. Genau auf diesen Weg möchte ich die Landesforsten weisen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Diffamierung von Privatwäldern, Herr Minister, geht an der Realität vorbei. Sie dienen dem Gemeinwohl in gleicher Weise wie Landesforsten. Eine Eiche ist eine Eiche, ganz egal, wem sie gehört. Sie hat die gleichen Wirkungen für den Wasserhaushalt und den Klimaschutz wie eine Eiche in den Landesforsten. Von daher kann ich nicht ganz verstehen, Herr Kollege Wodarz, warum Sie den Vorrang für den Privatwald ablehnen wollen. Wir können uns als Land bei den Kosten, die wir haben - 100 DM pro Hektar -, doch gar nicht mehr Wald leisten. Aber die Privaten machen es uns vor und dann sollen wir auf diesem Wege investieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eine gewinnorientierte Bewirtschaftung der Wälder kann nur langfristig angelegt werden. Die Betriebsziele sind entsprechend festzulegen, Vergleichsparameter müssen entwickelt werden, um einen Leistungsvergleich zu ermöglichen, Leistungen für Dritte müssen entgolten werden.

Bei gewinnorientierter Bewirtschaftung wird sich das Land seinen Waldbesitz und auch mehr Wald wieder leisten können. Es kann ja nicht sein, dass das Landesblindengeld gekürzt wird und im Gegenzug der Umweltminister Urwaldkonzepte durchsetzt, statt hieb-reife Bäume zu ernten. Wer Holzmöbel schätzt, PVC-

Fenster durch Holzfenster ersetzen will, der muss sich doch auch für die Holzproduktion einsetzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das öffentliche Forum Anfang September „Zukunftsfähige Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein“ hat deutlich gemacht, dass diejenigen Bundesländer, die viel Wald haben, diesen auch besonders effizient bewirtschaften. Sie könnten ihn sich sonst nämlich nicht leisten. Daher ist es nicht erstaunlich, dass das bayerische Organisationsmodell - zumindest mich von der FDP-Fraktion - am meisten überzeugte.

In der Neuwaldbildung setzen wir auf den Privat- und Kommunalwald. Ich habe dies begründet. Daher wollen wir die Förderung vorbildlicher Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe aufrechterhalten. Dies ist effektiv, denn es werden in erheblichem Maß Komplementärmittel gebunden. Sie alle haben die Aufstellung des Waldbesitzerverbandes gelesen, der dies zutreffend begründet.

Dies ist auch möglich, wenn es denn gewollt ist. Der Haushalt des Umweltministeriums lässt eine Menge Spielraum für die Förderung forstlicher Maßnahmen. Nicht knappe Kassen diktieren daher den Ausstieg aus dieser Förderung, sondern ausschließlich und allein der politische Wille der Landesregierung.

Es war wohl auch nicht Zufall, dass ein Abteilungsleiter des Landesamtes für Natur- und Umweltschutz auf dem Forum im September sagte: „Nur der schlafende Förster ist ein guter Förster.“ Bei so viel Ignoranz sind keine guten Entscheidungen zu erwarten.

(Beifall bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Es ist ein bemerkenswertes Beispiel für die herausragende Pressearbeit des Umweltministers, nun auch im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler aufgeführt zu werden. Sie haben das Beispiel angeführt, dem wir uns im Ausschuss widersetzt haben: 43,5 Hektar Aufforstung bei Kosten in Höhe von 1,5 Millionen DM. Das sind mehr als 30.000 DM pro Hektar. Das können Private wesentlich günstiger.

(Glocke des Präsidenten)

Wir fordern von der Landesregierung ein Umdenken in der Frage der Neuwaldbildung. Dies müssen wir aber im Sinne der Agenda 21 effizient, betriebswirtschaft-

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

lich sinnvoll und ökologisch ausgewogen erreichen. Dafür ist unser Konzept schlüssig.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass hier inzwischen eine ziemliche Verwirrung entstanden ist. Also: Die CDU hat einen Antrag zur künftigen Struktur der **Forstpolitik** gestellt. Die FDP hat einen Antrag zum Thema Waldleitlinien in Schleswig-Holstein gestellt. Der Ältestenrat hat in seiner großen Weisheit gesagt: „Das machen wir beides zusammen“, nachdem der Minister - wie die CDU das gefordert hat - einen schriftlichen Zwischenbericht vorgelegt hatte.

Die Debatte hat mit einer flammenden Waldrede des Ministers gestartet, weil der Bericht - das nehme ich einmal an - schriftlich vorlag und man sich darauf berufen konnte. Der erste Redner der CDU hat dann aber nicht auf den schriftlich vorliegenden Bericht geantwortet, sondern hat hier eine Haushaltsrede gehalten. Das konnte nur zur Verwirrung führen. Ich habe versucht, das ein wenig aufzudröseln.

Ich will einmal sagen, was ich von der ganzen Sache halte, wenn Sie gestatten. Die FDP hat ausnahmsweise Recht - zumindest mit der Einleitung ihres Antrages: Schleswig-Holstein ist ein waldarmes Land. Richtig ist: Umso höher ist daher auch der Druck. Es sind vielfältige Ansprüche, die nicht nur von den Naturschützern, sondern auch von den Bürgerinnen und Eigentümern an unsere Wälder gestellt werden.

Unsere **Wälder** sollen der ganzen Vielfalt der waldspezifischen einheimischen Tier- und Pflanzenart ein Überleben ermöglichen. Dies wird nur mit standortgerechten, also boden- und klimagemäßen Wäldern aus einheimischen Baumarten möglich sein. Darüber hinaus ist eine Bewirtschaftung erforderlich, die die Bedingungen unbewirtschafteter Urwälder möglichst gut nachahmt, zum Beispiel durch den Verbleib von Totholz im Wald oder durch Einzelstammentnahme beziehungsweise Femelwirtschaft anstelle von Kahlschlägen.

Unsere Wälder sollen den Bürgerinnen und Bürgern zur Erholung dienen. Sie sollen gut zugänglich und erlebnisreich sein. Sie sollen geruhsame Entspannung genauso ermöglichen wie sportliche Betätigung, und zwar alle Wälder, sowohl die privaten Wälder als auch die des Landes und der Kommunen.

Aber unsere Wälder sind ganz klar auch, mit wenigen Ausnahmen, Wirtschaftsflächen. Ihre Eigentümer haben ein berechtigtes Interesse an guten Erträgen aus Holzeinschlag und jagdlicher Nutzung.

(Beifall der Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Claus Ehlers [CDU])

Schließlich haben unsere Wälder noch weitere Funktionen, zum Beispiel als Wasserspeicher, auf die ich gar nicht weiter eingehen will.

Eines will ich allerdings noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Unsere Wälder tragen immer noch Kriegslasten und die Folgen eines Raubbaus und Kahlschlags aus der Verdoppelung der Einwohnerschaft von Schleswig-Holstein unmittelbar nach dem Krieg.

(Beifall der Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Claus Ehlers [CDU])

Auch das ist eine Gemeinlast, die auf dem Wald liegt. Auch sie muss mitfinanziert werden. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU] - Unruhe )

Alle diese Ansprüche gilt es mit einer nachhaltigen Waldpolitik unter einen Hut zu bringen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielleicht können wir alle zusammen ein bisschen konzentrierter zuhören.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer schleswig-holsteinischen Waldpolitik in den letzten Jahren ein gutes Stück von diesem Spagat - von ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ansprüchen - vorangekommen sind. Als Beispiel nenne ich nur die Zertifizierung von fast 50.000 Hektar Landesforsten mit dem FSC-Siegel für nachhaltige Femelwirtschaft. Damit hat Schleswig-Holstein eine bundesweit führende Rolle eingenommen.

Ich würde mir jetzt wünschen, dass ich die Zeit hätte, an dieser Stelle noch detaillierter auf die Strukturdebatte einzugehen. Ich will mir das jetzt lieber ersparen, denn darüber ist schon breit diskutiert worden und wir werden die Diskussion im Ausschuss sicherlich weiterführen.

(Irene Fröhlich)

Ich glaube, dass man bei einer naturnahen Waldnutzung langfristig mit deutlich niedrigeren Personalkosten zurechtkommt, weil man deutlich niedrigere Pflegearbeiten benötigt, und dann langfristig eine ökonomisch tragende Lösung hinkriegen könnte. Problematisch ist allerdings die Frage des Übergangs, in dem wir uns zurzeit befinden, und daher werden wir uns in den Haushaltsverhandlungen intensiv mit der Forstförderung, auch mit der Erstaufforstungsförderung, gerade auch im Privatwald, beschäftigen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ein Schwerpunkt meiner Fraktion.

(Claus Ehlers [CDU]: Kehrt noch einmal in euch!)

Ich habe leider nicht mehr Zeit. Wir haben uns selber die Zeit genommen, weil wir zwei unterschiedliche Probleme in einen Pott gepackt haben. Ich will noch einmal sagen: Aus grüner Sicht macht es überhaupt keinen Sinn - Frau Happach-Kasan, da rennen Sie bei uns absolut offene Türen ein -, über die Bedeutung der Eiche im Privatwald und im Landeswald zu sprechen. Wohl aber macht es Sinn, über die Bedeutung der Eiche in Nordfriesland und in Lauenburg zu sprechen. Da haben wir sehr unterschiedliche Bedingungen, die Sie nicht über einen Kamm scheren und wo Sie nicht sagen können: Der **Privatwald** in Lauenburg kann den und den Ertrag erwirtschaften, der **Landeswald** kann nur den und den Ertrag erwirtschaften, warum erwirtschaftet der Landeswald nicht mindestens so viel Ertrag wie der Privatwald?

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Sie wissen doch, dass es diese Standortunterschiede gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

- Ich rede jetzt zu Ende. - Frau Happach-Kasan, Sie wissen sehr wohl, dass der Landeswald zum Beispiel Rücksicht auf Sturmschäden nimmt und den Holzmarkt sehr vorsichtig bedient, um der Privatwirtschaft an der Stelle den Vorrang zu lassen. Auch damit leistet der Landeswald einen Beitrag zum Gemeinwohl.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete Fröhlich, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin fertig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

**Lars Harms** [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Vorschlag, über die Struktur der Landesforstverwaltung nachdenken zu wollen, hat die Landesregierung wilde Spekulationen ins Kraut schießen lassen. Bis heute weiß niemand, was bei diesen Überlegungen herauskommen soll oder kann.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das wissen sie selber nicht!)

Nach meinem Empfinden ist die Diskussion etwas aus dem Ruder gelaufen und das zeigt ja auch die heutige Debatte.

(Claus Ehlers [CDU]: Dafür hat der Minister gesorgt!)

- Da gebe ich Ihnen Recht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das liegt vor allem darin begründet, dass man, obwohl die **Forstverwaltung** bereits seit Jahren in der Diskussion steht, bis heute herzlich wenig Konkretes von der Landesregierung gehört hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

„Man will prüfen“ war bisher das Einzige, was die Beschäftigten der Forstverwaltung gehört haben. Wir haben nun heute von Ihnen wieder nichts gehört, Herr Minister Müller.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich stelle Ihnen noch einmal konkret die Frage: Wird es eine private GmbH, wird es eine gemeinnützige GmbH oder vielleicht doch ein Regiebetrieb und wie wird das Ganze aussehen? Ich finde, die Beschäftigten haben ein Recht zu wissen, was die Landesregierung plant.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Für den SSW kann ich sagen, dass wir die Forstwirtschaft nicht nur unter rein ökonomischen Gesichtspunkte betrachten, sondern vielmehr die Erholungs- und Umweltfunktion der Forstwirtschaft sehen. Daher ist es für uns klar, dass die reine Orientierung am Gewinn nicht das Ziel sein darf.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

(Lars Harms)

Somit schließt sich eine private GmbH oder auch ein Verkauf von Forstflächen von vornherein aus. Dies beinhaltet natürlich, dass man die Forstflächen trotzdem zusätzlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewirtschaftet, um einen möglichst hohen Deckungsbeitrag zu erreichen, aber ohne dass dies im Widerspruch zu der sozialen und ökologischen Funktion unserer Forsten steht. Alle Beteiligten sind bereit, ihres dazu zu tun, und das haben sie längst bewiesen. In Projektgruppen hat man sich entsprechende Gedanken gemacht und Lösungsansätze gefunden. Ich glaube, man muss die Mitarbeiter jetzt dabei unterstützen, diese Vorschläge umzusetzen, und darf nicht mit der Keule der Privatisierung drohen.

Wir freuen uns, dass im Antrag der FDP ebenfalls deutlich wird, dass auch Naturschutz und Umweltbildung wichtige Elemente sind, die im Aufgabenbereich der Forstverwaltung liegen. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Zielrichtung des Antrages und wir sehen ihn als eine Grundlage, um zu einer gemeinsamen Haltung des Parlaments zu kommen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Voraussetzung allerdings ist, dass die Passagen, die ein wenig nach Privatisierung und rein ökonomischer Betrachtung riechen, ersatzlos gestrichen werden; aber darüber lässt sich wohl reden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dem parteiübergreifenden Ziel, einen Waldanteil von 12 % der Landesfläche zu erreichen, sollten wir weiterhin festhalten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu verstehen, dass gerade die forstliche Förderung ab 2002 empfindlich eingeschränkt werden soll. Wenn es so kommt, wie es im Haushaltsentwurf 2002 angekündigt ist, verabschieden wir uns von der **Neuwaldbildung** und von der Wiederaufforstung. Hier fällt die Landesregierung ihre forstpolitischen Ziele mit der Haushaltsaxt. Die Landesregierung hat ökologische Ziele, die sie umsetzen will, unter anderem soll die Vielfalt der heimischen Gehölze erhöht werden. Wenn man nun aber die Förderung für Neuwaldbildung im bisherigen Umfang nicht mehr aufrechterhalten will, stellt sich die Frage: Wer soll aus reiner Nächstenliebe die Wünsche der Landesregierung noch erfüllen?

Die Privatwaldbesitzer brauchen Einnahmen, um ihre Waldfläche bewirtschaften zu können. Ohne eine öffentliche Förderung werden die Waldbesitzer auf die Baumarten zurückgreifen müssen, die ihnen einen möglichst hohen Ertrag in kürzester Zeit versprechen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auf die Zielsetzung des Landes kann ein privater Waldbesitzer dann nicht mehr Rücksicht nehmen. Wenn wir ehrlich sind, lässt sich die Landesregierung im Rahmen der Überlegungen der Neustrukturierung der Landesforstverwaltung von den gleichen Gedanken leiten.

Wir müssen also die Neuwaldbildung und Wiederaufforstung mit finanziellen Mitteln unterstützen und dies selbstverständlich mit den ökologischen und landschaftspflegerischen Interessen des Landes verbinden. Tun wir das nicht, so bricht uns ein Bereich weg, von dem wir alle einmal meinten, dass dies ein wichtiger Teil des Naturschutzes sei.

Daher möchte ich die Landesregierung eindringlich auffordern, ihre Kürzungsvorschläge im Bereich der Forstwirtschaft noch einmal genau zu überdenken

(Beifall bei CDU und FDP)

und darüber nachzudenken, ob wir auch hier mit einem System von Zielvereinbarungen arbeiten können, um unsere forstpolitischen Ziele gemeinsam umsetzen zu können.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP sowie der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Claus Ehlers [CDU]: Guter Beitrag!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Minister Müller.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Lieber Lars Harms, das ist das zweite Mal, dass ich dich auf der falschen Seite des Hauses erwische.

Nur ein Satz! Wenn Sie zu einem Zeitpunkt, wo Sie genau wissen und im Bericht nachlesen können, dass der Kabinettsauftrag an den Minister lautet, bis Ende Oktober dem Kabinett zu berichten, diese Debatte provozieren, wissen Sie ganz genau, dass ich natürlich zuerst dem Kabinett berichte und dann im Landtag das, worüber das Kabinett diskutiert hat, gern zur Diskussion stelle. Wenn man zum falschen Zeitpunkt, zu dem wir noch gar nicht fertig sein können, diesen Antrag provoziert, dann kann eine Debatte natürlich nur so stattfinden, wie das hier geschehen ist. Ich biete Ihnen gern an, sobald wir mit der Prüfung fertig sind, den Landtag zu informieren und Ihnen einen Bericht zu präsentieren.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister Müller, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hopp zulassen?

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein, weil ich sonst Prügel von Holger Astrup bekomme wegen Verlängerung der Debatte.

(Zurufe von der CDU: Peinlich, peinlich!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Dann ist das abgelehnt. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Nabel das Wort zu einem Kurzbeitrag. - Die Wortmeldung ist zurückgezogen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen. Ich habe keinen Geschäftsordnungsantrag zum CDU-Antrag gehört.

(Zurufe: Ausschussüberweisung! - Claus Hopp [CDU]: Herr Präsident, ich bitte, dass der Bericht federführend dem Umweltausschuss und mitberatend dem Agrarausschuss überwiesen wird!)

- Wer zustimmt, dass der Bericht federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Den FDP-Antrag zu den Leitlinien werden wir dem Umweltausschuss federführend und mitberatend dem Agrarausschuss überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:00 Uhr.

(Unterbrechung: 13:20 bis 15:01 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte Sie, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Uns hat in der Mittagspause die tragische Meldung erreicht, dass im Parlament des Kantons Zug in der Schweiz ein Amokläufer mit einer Waffe oder einer Handgranate ein furchtbares Blutbad angerichtet hat. 14 Menschen - darunter auch Mitglieder der Regierung - sind getötet worden. Zahllose Menschen wurden verletzt. Wir trauern um diese Opfer. Wir sind sehr betroffen und wir fühlen mit den Angehörigen.

Ich begrüße als Gäste dieser Plenarsitzung Mitglieder des SPD-Amtsverbandes Haddeby. - Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

**Erster Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 15/1043

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Puls das Wort.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion dankt dem schleswig-holsteinischen Flüchtlingsbeauftragten Helmut Frenz für seinen engagierten und beharrlichen Einsatz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der erste von ihm vorgelegte Bericht belegt, wie notwendig es war, die Stelle des Flüchtlingsbeauftragten einzurichten. Der Bericht macht deutlich, dass wir nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in den Ämtern und Behörden unseres Landes für Fremdenfreundlichkeit und **Integrationsbereitschaft** eintreten müssen. Wir appellieren deshalb an unseren Innenminister und an die Kommunalpolitik vor allem in den Ausländer- und Sozialbehörden der Kreise, Städte und Gemeinden des Landes, konkret und gezielt darauf hinzuwirken, dass interkulturelle Kompetenz und menschenfreundlicher Umgang dort zur Selbstverständlichkeit werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Hinweisen auf teilweise menschenunwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse ausländischer Familien in den Kommunen des Landes werden wir nachgehen. Auch Kommunalpolitik muss begreifen, dass Ausländer und Ausländerinnen nicht in erster Linie Kostenfaktoren, sondern Mitmenschen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorschläge des Flüchtlingsbeauftragten für ein humanes und ausländerfreundliches Zuwanderungs- und Integrationsrecht unterstützen wir auch und gerade nach den schrecklichen Ereignissen in New York und Washington. Alle Moslems, alle Araber und alle Ausländer zu potenziell verdächtigen Kriminellen abzu-

(Klaus-Peter Puls)

stempeln, wäre innenpolitisch und ausländerrechtlich gleichermaßen unanständig.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir ermuntern die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die geplante **Zuwanderungsgesetzgebung** zügig verabschiedet werden kann. Wir begrüßen, dass in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung wesentliche Neuerungen vorgesehen sind, mit denen der Einstieg in eine moderne Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik endlich gelingen könnte. Dazu zählen die Vereinfachung der Regelungsmaterie, die Zusammenfassung wesentlicher Bestimmungen des Arbeitserlaubnis- und des Aufenthaltsrechts und die Schaffung eines Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit einem Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration.

Begrüßenswert sind auch die vorgesehenen Regelungen zur Arbeitsmigration nach differenzierten Gesichtspunkten und zur Bestimmung staatlicher Angebote zur Integrations- und insbesondere Sprachförderung. Wir hoffen, dass die Anregungen des Flüchtlingsbeauftragten in die Verhandlungen auf Bundesebene einbezogen werden. Wir sind sicher, dass die Landesregierung dort die auch aus unserer Sicht erforderlichen Änderungen des vorliegenden Bundesgesetzentwurfs mit Nachdruck vertreten wird. Wir brauchen erstens endlich eine **Härtefallregelung** als Rechtsgrundlage für unsere Härtefallkommission und den Eingabenausschuss.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir treten zweitens für die Aufnahme nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Gründe für **Schutzgewährung** ein. Geregelt werden muss drittens die Beteiligung der Bundesländer an der Ausgestaltung der Arbeitsmigration. Erforderlich ist viertens eine Festlegung der Kostenteilung zwischen Bund und Ländern, insbesondere bei der Integrationsförderung und bei der Gewährung vorübergehenden Schutzes. Fünftens lehnen wir eine Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes ab. Wenn Sozialhilfe das Existenzminimum sichern soll, dann muss das für deutsche und ausländische Menschen gleichermaßen gelten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Landtagsfraktion bleibt bei ihren drei Grundpositionen: Erstens. Wir sind und bleiben der Auffassung, dass das **Grundrecht auf Asyl** ein Grundrecht bleiben muss. Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge dürfen nicht unter ein Einwande-

rungsgesetz fallen, das nach ökonomischen Kriterien den Zuzug quotiert. Zweitens. Deutschland muss sich auch weiterhin seiner humanitären Verantwortung stellen und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen, Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten aufzunehmen. Nationalegoistische Abschottung - auch und gerade gegenüber Not- und Elendsflüchtlingen - ist verantwortungslos. Drittens. Zuwanderung aus humanitären und aus ökonomischen Gründen liegt im Interesse aller in der Bundesrepublik Deutschland Lebenden. Auf diese Einsicht in den Köpfen und Herzen der Menschen hinzuwirken, ist Aufgabe aller demokratischen Parteien.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme zum Schluss. Wir freuen uns, dass alle Fraktionen dieses Hauses in der Integrationsdebatte kurz vor der Sommerpause - mit verschiedenen Worten, aber im selben Sinn - ihre Überzeugung kundgetan haben, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sind, dass Zuwanderung eine Chance und Integration eine Notwendigkeit ist. Auch die Auffassung, dass Integration ohne Aufgabe der eigenen kulturellen Identität erfolgen muss, taucht bei allen Fraktionen des Hauses in allen Erklärungen auf. Wir können gemeinsam - auch angesichts des Wahlergebnisses in Hamburg - mit unseren öffentlichen Erklärungen darauf hinwirken,

(Glocke des Präsidenten)

dass sich Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Fremdenangst in unserer Gesellschaft nicht weiter ausbreiten. Es wäre schön, wenn wir das auch mit der heutigen Debatte schaffen könnten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich zwei Begrüßungen vornehmen. Aus gegebenem Anlass begrüße ich ganz besonders herzlich den Verfasser dieses ersten Tätigkeitsberichtes, unseren Flüchtlingsbeauftragten Herrn Frenz, in der Besucherloge.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ebenfalls in der Besucherloge begrüße ich unseren ehemaligen Kollegen, den ehemaligen Abgeordneten Herrn Solterbeck. - Herzlich Willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)



**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul das Wort.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Grunde kann man den Kommentar zu diesem Bericht in einen Satz fassen: Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass das Amt des Flüchtlingsbeauftragten überflüssig ist, dann ist es der vorliegende Bericht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit, Herr Pastor Frenz - das habe ich Ihnen eben vor dem Plenarsaal schon gesagt -, will ich Ihre persönliche Lebensleistung, Ihr Engagement - auch bei Amnesty International - für Menschen, die aufgrund ihrer politischen und religiösen Überzeugung verfolgt werden, überhaupt nicht infrage stellen. Aber es hat sich vieles von dem bewahrheitet, was wir, die Freien Demokraten und auch die Öffentlichkeit vorher zu diesem neuen Amt gesagt haben.

Ich will die Sache noch nicht einmal auf das liebe Geld verengen. Es ist aber festzustellen - auch vor dem Hintergrund der Finanzdebatte, die wir gestern miteinander geführt haben -, dass der Satz der „Lübecker Nachrichten“ zu dem Amt des Flüchtlingsbeauftragten, es handele sich um teuren Unfug, absolut richtig ist. Wir müssen uns angesichts der angespannten Haushaltslage genau überlegen, für was wir Geld ausgeben. Es gibt, wenn wir etwas für die betroffenen Menschen tun wollen, manch bessere Stelle als das Amt des Flüchtlingsbeauftragten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bedanke mich für den umfänglichen Bericht. Ich wundere mich allerdings darüber, dass wir in diesem Bericht noch einmal zahlreiche Pressemitteilungen des Flüchtlingsbeauftragten nachlesen können. Wir hatten diese alle schon in unseren Fächern. Dafür muss ein solch teurer Bericht nicht gefertigt werden.

Ich habe an dieser Stelle das zu wiederholen, was wir im Wahlkampf 2000 in Bezug auf die Arbeit des Flüchtlingsbeauftragten kritisiert haben. **Öffentlichkeitsarbeit** ist schon von Gesetzes wegen eines der Aufgabenfelder des Flüchtlingsbeauftragten. Aber es muss sich um eine überparteiliche Öffentlichkeitsarbeit handeln, weil der Flüchtlingsbeauftragte beim Präsidenten des gesamten Landtages angesiedelt ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Öffentlichkeitsarbeit im Jahre 2000 wurde eng mit einer parteinahen Stiftung abgestimmt. Ich bitte darum, das Amt des Flüchtlingsbeauftragten, wenn die Mehrheit es schon beibehalten will, künftig so auszugestalt-

ten, dass mit diesem Amt kein Wahlkampf zulasten einzelner Parteien in diesem Hause gemacht wird; denn wir alle tragen dieses Amt funktional mit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Den Appell des Kollegen Puls an den Herrn Innenminister halte ich an dieser Stelle für völlig überflüssig. Ich muss das Innenministerium, die zuständige Abteilung und auch den Minister, in Schutz nehmen. Es ist nicht notwendig, irgendeinen Beamten, Angestellten oder Mitarbeiter dieses Landes - sei es im Innenministerium, sei es in den Kommunalverwaltungen - zu einem bestimmten Verhalten anzuhalten, Herr Kollege Puls, und damit so zu tun, als seien sie quasi ausländerfeindlich, als würden sie den Belangen der Menschen, um die sie sich nach dem Gesetz kümmern müssen, nicht ordnungsgemäß Rechnung tragen. So etwas gibt es in Schleswig-Holstein nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich muss den Herrn Innenminister aber auf Seite 43 des Berichtes hinweisen, auf der der Flüchtlingsbeauftragte **Diskriminierungen** feststellt; denn immerhin ist das ein Bericht, der von den zuständigen Ministerien ernst genommen werden muss. Da wird behauptet, es gebe Diskriminierungen durch die schleswig-holsteinische **Landespolizei**. Der Flüchtlingsbeauftragte schreibt dort - ich zitiere, Herr Präsident -:

„Auffällig ist, dass Polizei und BGS bewusst oder unbewusst Personen möglicher afrikanischer Abstammung bevorzugt einer solchen Kontrolle unterziehen.“

Wenn es solche Diskriminierungen durch Polizeibeamte oder Polizeibeamtinnen unseres Landes gäbe, wäre das ein Skandal. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass irgendein Beamter unseres Landes in dieser Art und Weise gesetzeswidrig arbeitet. Das zeigt wieder einmal, dass dieser Bericht uns nicht weiterführt, sondern mehr Irritationen als Klarheit schafft.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Schließlich benutzt der Flüchtlingsbeauftragte seinen Bericht zu umfänglichen Ausführungen über die Ausgestaltung des Zuwanderungsrechts und des Asylrechts. Es besteht - darauf ist hingewiesen worden - große Übereinstimmung in Fragen der Integration. Dafür brauchen wir Geld und dafür werden wir Anträge stellen. Aber es ist nicht die Aufgabe eines Beauftragten, Politik zu machen und darüber zu entscheiden, welches die richtige Flüchtlings- oder Asylpolitik ist. Das machen wir.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Dr. Johann Wadehul)

Der Hinweis auf die lange Dauer von **Asylverfahren**, den Herr Frenz an dieser Stelle gibt, ist zwar richtig. Es muss aber im Deutschen Bundestag - der Schily-Entwurf führt noch weiter - und im Landesparlament über folgende Fragen diskutiert werden: Wie können wir die Zuwanderung richtig regeln? Wie können wir das Asylverfahren verkürzen? Wie können wir die Integration in Deutschland verbessern? - All dies sind originäre Aufgaben des Parlaments. An dieser Stelle zeigt sich wieder einmal: Der Flüchtlingsbeauftragte ist ein Beauftragter zu viel.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich eingangs sagen: Die FDP ist für Integration. Sie ist für das bestehende Asylrecht. Sie ist auch für Zuwanderung, weil wir de facto ein Einwanderungsland sind. Wenn man für diese Dinge ist, muss man jedoch nicht automatisch den Bericht des Flüchtlingsbeauftragten gutheißen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zunächst einmal möchte ich dem Flüchtlingsbeauftragten für diesen ersten Bericht danken. Er zeigt das Bemühen des Beauftragten, seine Arbeit umfangreich darzustellen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Bericht ist allerdings extrem parteiisch, ich kann auch sagen: einseitig. Das ist, wie im Bericht zu lesen ist, auch die Absicht des Verfassers. Damit handelt es sich bei diesem Bericht nicht um eine ausgewogene Diskussionsgrundlage.

So scharf, wie auf mögliche Ungerechtigkeiten hingewiesen wird, so unverbindlich bleibt er bei den Schilderungen konkreter Fälle. Wir lesen Attribute wie „oftmals“ oder „nicht selten“, ohne dass erkennbar ist, in welcher Häufigkeit und wo genau die aufgeführten Missstände herrschen. Die auf diesem Sachverhalt beruhenden Schlussfolgerungen verlieren damit leider an Wert. Wenn der Bericht die Realität widerspiegelt, dann ist er eine schallende Ohrfeige für den Gesetzgeber, der - wie zu lesen ist - Unbarmherzigkeit und Unmenschlichkeit legalisiert.

Dem Außenministerium wird ein unüberwindbares Misstrauen bescheinigt. Frau Fröhlich, Sie müssen unbedingt einmal mit Joschka sprechen.

Ich warne auch vor dem Bild, welches Sie von den Mitarbeitern der Landesbehörden malen. Beim Studium Ihres Berichts kommt man zu dem Eindruck, die Mitarbeiter der hiesigen **Ausländerbehörden** seien latent ausländerfeindlich und würden ständig gegen geltendes Recht verstoßen. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Fragen von Behördenmitarbeitern an ein Ehepaar mit einer ausländischen Person wegen des Misstrauens gegenüber Missbrauch des Familiennachzugsrechts gehen nicht selten derart in die Privatsphäre/Intimsphäre, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt wird.“

Wenn das so ist, dann muss der Beauftragte die Beispiele konkret benennen.

Der Bundesregierung wird beim gleichen Punkt unterstellt, bei der **Greencard-Initiative** habe man deshalb eine Aufenthaltsfrist von maximal fünf Jahren geschaffen, weil man in dem Glauben sei, bei den Bewerbern handele es sich um hochintelligente, aber ansonsten unterentwickelte Menschen, die nichts Besseres zu tun hätten, als dem Ruf der deutschen Wirtschaft zu folgen.

(Zuruf von der FDP: Unmöglich!)

Ich bin erstaunt, welches Bild von den politisch Verantwortlichen gemalt wird, die die Greencard-Regelung beschlossen haben. Es wird ihnen ein Chauvinismus gegenüber Menschen aus nicht so wohlhabenden Regionen dieser Welt unterstellt, wie ich es in dieser Form in einem Bericht noch nie gelesen habe.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dabei bin ich nicht verdächtig, ein ausgesprochener Anhänger der rot-grünen Bundesregierung zu sein.

Ein Großteil der Ausführungen ist unangemessen und unangebracht und schadet den Menschen, die der Beauftragte vorgibt, schützen zu wollen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Er will die Diskriminierung von Flüchtlingen, Zuwanderern und Asylsuchenden beseitigen und diskriminiert gleichzeitig Politikerinnen und Politiker sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Behörden.

Der Beauftragte bezeichnet sich als Anwalt der Ausländer in Schleswig-Holstein. Als guter Anwalt sollte er die vermeintlichen Parteien zusammenführen, anstatt einseitige Schuldzuweisungen auszusprechen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Ausblick führt der Beauftragte aus, dass eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre die

**(Günther Hildebrand)**

notwendige **Integration** der auf Dauer in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sein wird. Das ist richtig. Danach definiert er auch, was er unter Integration versteht. Er lässt aber nicht erkennen, welche konkreten Tätigkeiten er als Flüchtlingsbeauftragter für die Umsetzung dieser Aufgaben in den nächsten Jahren geplant hat.

Unbestritten ist die Integration von Zugewanderten eine gesellschaftliche Hauptaufgabe. Gerade die FDP hat sich immer für Integration, die doppelte Staatsbürgerschaft und ein Zuwanderungsgesetz eingesetzt. Bereits vor dem Bericht der Süßmuth-Kommission hatte die Bundestagsfraktion der FDP bekanntlich im Sommer 2000 ein eigenes Zuwanderungsgesetz vorgelegt.

Meine Damen und Herren, noch ein letztes Wort! Als die Landesregierung vorgestern ihr Maßnahmenpaket zur inneren Sicherheit geschnürt und unter anderem restriktivere Visaerteilungen und Regelanfragen beim Verfassungsschutz vor Einbürgerungen beschlossen hat, hat der Beauftragte geschwiegen. Warum eigentlich?

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass, aus dem wir hier eben zusammen geschwiegen haben, macht es aus meiner Sicht erforderlich, dass ich eine Vorbemerkung zu meiner geplanten Rede zum ersten Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages mache. Gestatten Sie mir also eine Vorbemerkung, so ist - glaube ich - immer die gängige Redewendung.

Ich möchte Ihnen aus der dpa-Meldung zitieren:

„Bei dem Täter handelt es sich um einen im Raum Zürich wohnenden Schweizer. Vor dem Gebäude entdeckte die Polizei ein Auto mit weiteren Waffen. Ebenso wurde ein Brief gefunden, in dem von einem Tag des Zorns für die Zuger Mafia die Rede ist. Offenbar steht die Tat im Zusammenhang mit einer Aufsichtsbeschwerde, die am Donnerstag im Kantonsrat abgewiesen wurde. Bei seiner Tatschreie der Mann zwischen den Schüssen Forderungen nach einer Behandlung seiner Beschwerde.“

Das ist das eine, was ich Ihnen hier zumuten möchte.

Das andere ist, dass ich von einem Vortrag berichten möchte, den der Philosoph und Sozialwissenschaftler Peter Sloterdijk in der Akademie Tutzing unter dem Stichwort „Gott, Geld, Medien“ gehalten hat. In diesem Vortrag, der im Radio III ausschnittsweise gesendet wurde, wies Peter Sloterdijk darauf hin, wie die so genannten offenen Gesellschaften zunehmend anfällig werden für Begrifflichkeiten, die - in die politische Debatte gestreut - gewissermaßen einen Selbstlauf finden und kein Stoppen mehr finden - etwa so, wenn von „mission“ die Rede ist und daraus in der Übersetzung unversehens von einem „Kreuzzug“ die Rede ist. - Das ist jetzt mein Beispiel.

Peter Sloterdijk selber hat am Ende seiner Rede, die sehr zum Nachdenken anregte, gebeten, es ihm zu erlassen, die Ereignisse des 11. September auf das, was er vorgetragen hatte, anzuwenden.

Warum sage ich das? - Ich sage das deswegen, weil nicht nur diese Vorgänge, sondern noch ganz andere Vorgänge - von nicht vergleichbarer Tragweite wie das, was ich gerade zitiert habe - deutlich machen, dass Politiker immer nur einen Teil dessen auch vermitteln können, immer nur einen Teil dessen herüberbringen und erklären und verstehbar machen können von dem, was sie beabsichtigen, was sie wollen - manchmal in bestem Willen, manchmal vielleicht auch nicht informiert genug.

Deswegen braucht es weitere Menschen, von denen zum Beispiel Begrifflichkeiten abgebremst werden - das ist die Formulierung von dem von mir zitierten Peter Sloterdijk -, indem ein durchlaufender, selbstlaufender Begriff in dem Kopf eines Menschen, der entweder wissenschaftlich, genau und präzise oder aber von seiner Berufung her parteiisch für eine bestimmte Sache, für ein bestimmtes Thema steht, zum Stocken kommt, zum Halten kommt, um diesem Selbstlauf dieser Begrifflichkeit, die zu Panik führen kann und zu ganz merkwürdigen Verwerfungen in der Gesellschaft, etwas entgegenzusetzen.

Aus meiner Sicht ist dies genau eine Bestätigung dafür, dass wir so etwas wie einen Flüchtlingsbeauftragten beim Landtag brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich würde mir wünschen, dass wir die Beauftragten alle unter einem Dach beim Landtag angesiedelt hätten, weil dann nämlich ihre größtmögliche Unabhängigkeit gewährleistet wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Irene Fröhlich)**

Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Landtag endlich von der billigen Polemik und auch von dem Wegreden von Realitäten wegkommen würden, Herr Wadephul, wie Sie das hier leider an den Tag gelegt haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die Realitäten nicht erkannt, Frau Fröhlich! Das ist das Problem! Tun Sie doch nicht so!)

Leider, muss ich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe leider nichts anderes erwartet

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie auch nicht so betroffen sein!)

und meine Erwartungen haben sich leider ein weiteres Mal bestätigt - trotz schöner Reden, die wir beim Stichwort Integration hier miteinander ausgetauscht haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat doch überhaupt nichts miteinander zu tun!)

Ich sage trotzdem, mit der Einrichtung dieser Stelle wurde eine notwendige Anlaufstelle geschaffen, wie wir sie bis Anfang 1999 nur aus anderen Bundesländern kannten. Dass für Schleswig-Holstein ein Bedarf besteht, zeigt, wie hoch die Stelle frequentiert wird. Die hohe Anzahl von schriftlichen und telefonischen Eingaben, der Bedarf an Information in Schulen, Kirchen, bei der Polizei und der Bundeswehr beweist dies.

Hinzu kommt eine hohe Präsenz des Beauftragten, meist in der Funktion des Referenten, die sich aus zahlreichen Einladungen zu Podiumsveranstaltungen im Land ergeben. In vielen Gremien hat der Beauftragte seine Kompetenz inhaltlich eingebracht - und nicht zuletzt seine Parteilichkeit, die nicht parteipolitisch ist. Das möchte ich noch einmal betonen. Sie ist parteilich für die Menschen, denen er zur Seite gestellt worden ist, nämlich für die Migrantinnen und Migranten in unserem Land und für die Ausländer in unserem Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Mit dieser verbesserten Vernetzung ist auch die Effizienz der vom Land geförderten Initiativen, Verbände und Organisationen gestiegen. Sie können hier einfach einmal in die Verbände hineinhören; die werden ihnen das bestätigen. Manchmal ist es ja gut, andere zu fragen, wie das ankommt, was hier passiert. Das wäre ja vielleicht sinnvoll.

Dies sage ich besonders an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, weil sie die Einrichtung dieser Stelle ja immer wieder als Steuerverschwendung bezeichnet haben.

Wenn wir uns die gewaltigen Aufgaben, die mit dieser Stelle verbunden sind, vor Augen führen, und den Mitteleinsatz ins Verhältnis zu den über 140.000 eingewanderten Menschen setzen, dann müssen wir uns darüber klar werden, dass die Einrichtung eher unterbesetzt ist, und dann müssen wir uns darüber klar werden, dass preisgünstiger - wenn denn in diesen Kategorien gesprochen werden soll - eine Parteinahme für Migrantinnen und Migranten in diesem Land, die sonst nur schwer ein Votum für sich erreichen können, nicht zu haben ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich möchte jetzt abweichend von meinem Manuskript auf die Rede von Herrn Wadephul eingehen, möchte besonders diesen von ihm inkriminierten Passus auf Seite 43 aufgreifen. Herr Wadephul, wenn Sie sich mit Polizeidingen ernsthaft auseinander setzen, werden Sie wissen, dass es zum Beispiel die „kritischen Polizistinnen und Polizisten“ gibt, dass es zum Beispiel die Polizeiakademie gibt, dass es Untersuchungen darüber gibt, dass Polizei auch rechtsextremistisches Gedankengut in ihren Reihen kennt, dass es der Polizei nicht fremd ist, dass Beamte gelegentlich - wie ich eben schon sagte - bestimmte gesellschaftliche Bilder, bestimmte gesellschaftliche Wertungen selber teilen, die auf die eine oder andere Weise natürlich in ihrem täglichen und sehr unmittelbaren Handeln zum Tragen kommen. Das ist gar keine Frage.

Wie kaum jemand anders in dieser Gesellschaft sind ja Polizeibeamte dazu berechtigt - dazu brauchen wir sie auch -, auch dazu prädestiniert, in einen direkten, manchmal auch körperlichen Kontakt mit Menschen einzutreten. Nur Polizeibeamte dürfen das. Es ist natürlich klar, dass da eine hohe Emotionalität eine Rolle spielt, die immer abgebremst ist durch gute Ausbildung, durch gutes Training, durch vielfältige Übungen. Das ist gar keine Frage. Dennoch gibt es bei der Polizei Menschen, die manchmal diese hohe Leistung nicht fertig bringen. Deswegen ist die Realität leider nicht so, wie Sie sich das wünschen und sagen, das gebe es einfach nicht. Die Polizisten selber, wenn sie ehrlich mit ihren Kollegen und mit sich selber umgehen, werden Ihnen bestätigen, dass es genau diese Vorfälle bei ihnen gibt.

Wenn es diesen Satz gibt, der uns hier präsentiert

**(Irene Fröhlich)**

wird: „Je dunkler die Hautfarbe, desto geringer der Hang zur Wahrheitsliebe“, wie Herr Frenz das zitiert,

(Martin Kayenburg [CDU]: Was Sie hier erzählen, müssen Sie aber auch beweisen, Frau Fröhlich! - Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

dann gibt es eben einfach eine solche Erscheinung. Das wünschen wir uns alle nicht.

Das ist nicht schön. Wahrscheinlich werden auch betroffene Behördenvertreter es nur gelegentlich zugeben, aber wir müssen es zur Kenntnis nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul?

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:** Ich möchte nachfragen. Sie haben von rechtsextremistischem Potenzial gesprochen. Sind Sie der Auffassung, dass es ein solches Potenzial in der Landespolizei Schleswig-Holstein gibt? Sind Sie der Auffassung, dass es diese Diskriminierungen, von denen Sie gerade gesprochen haben, auch durch Handlungen unserer Polizeibeamter gegeben hat und gibt?

- Herr Wadephul, es geht weniger um meine Auffassung, das habe ich schon gesagt. Ich habe Ihnen etwas wiedergegeben von dem, was in Polizeikreisen diskutiert wird. Die „Kritischen Polizisten“ beispielsweise würden Ihnen Ihre Fragen wahrscheinlich mit Ja beantworten - nehme ich an. Das sind Polizisten, die im Dienst sind, die beschlossen haben, sich in einer besonderen Gruppierung zusammenzuschließen, damit sie solche Dinge in den eigenen Reihen zur Sprache bringen können.

(Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Ich weiß nicht, ob Ihnen allen bekannt ist, dass es diese Arbeitsgemeinschaft „Kritische Polizisten“ gibt. Frau Eisenberg, offensichtlich kennen Sie sie nicht. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der Veröffentlichungen dieser Gruppe.

(Wortmeldung des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Nein, Herr Kalinka, weitere Fragen lasse ich jetzt nicht zu. Ich möchte in meiner Rede fortfahren. Im

Ausschuss können wir sicher vertieft darüber diskutieren. Ich werde dann auch gern Vertreter der „Kritischen Polizisten“ dazubitten.

(Heinz Maurus [CDU]: Was sagt denn der Innenminister dazu?)

- Es geht hier nicht um meine Auffassung!

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Nur meine eigene Auffassung kann Sie so in Bewegung bringen, alles andere würde Sie gar nicht so aufregen.

(Heinz Maurus [CDU]: Herr Buß, dazu müssen Sie doch etwas sagen!)

Ich zitiere gar nicht meine eigene Auffassung, sondern das, was ich aus Polizeikreisen gehört habe. Der Minister mag gern den Kopf schütteln, deswegen habe ich trotzdem meine eigene Wahrnehmung.

(Zurufe von der CDU)

Ich werde mich nicht davon abbringen lassen, meine Wahrnehmung hier darzulegen. Dafür ist dieses Parlament da und das darf ich hier tun.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie so etwas sagen, müssen Sie das doch auch belegen! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, erstens darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten und zweitens muss ich die Rednerin daran erinnern, dass sie jetzt zum Schluss kommen muss.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich kann Ihnen nur sagen, was ich aus den Reihen der Polizisten gehört habe.

Es soll hier in erster Linie aber nicht um die Polizei gehen, sondern es soll darum gehen, was der Beauftragte für Migration und Flüchtlinge in unserem Land für eine Realitätsdarstellung in unsere Kreise hineinbringt. Ganz offensichtlich beunruhigt uns das. Das kann ich gut verstehen. Das muss es auch. Ich glaube, dass es auch ein Teil seiner Aufgabe ist, für Unruhe zu sorgen. Es ist Teil seiner Aufgabe, weiter den Finger in eine Wunde zu legen, in einer Debatte, die in unserem Land gerade erst einmal angefangen hat

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Sieht das der Minister auch so?)

(Irene Fröhlich)

und in der aus meiner Sicht noch immer keine ausreichende Bewegung in Richtung Integration zu erkennen ist.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich werde an dieser Stelle meine Ausführungen beenden. Ich denke, wir werden darüber im Ausschuss noch weiter debattieren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Juni liegt uns der erste Bericht des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen vor. Daher ist es gut, dass wir nun auch den Bericht hier im Plenum debattieren können. Zunächst danken wir dem Beauftragten, seiner Mitarbeiterin und seinem Mitarbeiter für die bisher geleistete Arbeit.

(Beifall bei SSW und SPD)

Die Arbeit stand am Anfang unter keinem guten Stern. Wer die Debattenbeiträge in diesem Haus von damals nachliest, wird dies ohne weiteres nachvollziehen und bestätigen können. Auch heute klingt das wieder an. Ich will auch nicht verhehlen, dass der SSW sich ein anderes Modell gewünscht hatte. Wir wollten die Beratung von Betroffenen in den Mittelpunkt stellen und den Beauftragten - einige von Ihnen werden das noch wissen - bei der Bürgerbeauftragten ansiedeln. Wir sind immer noch der Überzeugung, dass das ein richtiger Weg gewesen wäre. Dabei hätten wir in Kauf genommen, dass die im Gesetz beschriebenen Aufgaben von anderen Institutionen hätten wahrgenommen werden müssen. Beide Modelle - also unser Modell der **individuellen Beratung** und das letztlich umgesetzte Modell der **Öffentlichkeitsarbeit** - haben Vor- und Nachteile. Damit meine ich nicht, dass wir vom SSW die Arbeit des **Flüchtlingsbeauftragten** infrage stellen wollen. Sein Bericht zeigt, dass es genügend zu tun gibt und dass es richtig war, diese Stelle einzurichten.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir begrüßen, dass sich der Beauftragte in Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art für den Bereich Multiplikatorenbildung eingesetzt hat. Dem Bericht

liegt dazu eine beeindruckende Liste bei. Sein Anliegen ist dabei gewesen - so entnehme ich es dem Bericht -, den **Ermessensspielraum** der Länder in der Flüchtlings- und Asylpolitik so zu erweitern, dass sie nicht nur formelle, sondern immer auch humanitäre Gründe prüfen sollten. Damit unterstützt er die Linie, die der schleswig-holsteinische Innenminister auf Bundesebene vertritt. Das ist gut so.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Dass der Spielraum insgesamt nach dem von uns - damit meine ich den SSW - abgelehnten Asylkompromiss gering ist, sei in diesem Zusammenhang nur am Rande bemerkt.

Die Zeit reicht nicht, um jetzt auf Einzelheiten des Berichtes eingehen zu können. Das werden wir im Ausschuss tun können. Dort werden wir an den Beauftragten auch weitere Fragen stellen können. Zwei Punkte möchte ich dennoch aufgreifen.

Den Aussagen des Berichtes zum **Asylbewerberleistungsgesetz** können wir uns anschließen. Die Variante des Bundessozialhilfegesetzes, die dazu führt, dass es zwei verschiedene Existenzminima in Deutschland gibt, ist nicht nachvollziehbar. Es kann doch nur ein Mindesteinkommen geben, von dem jemand leben kann, und nicht zwei verschiedene.

(Beifall beim SSW, vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hinzu kommt die unwürdige Praxis der **Gutscheingewährung statt Bargeld**. Diese angebliche Forderung des Gesetzgebers - ich sage: angebliche Forderung - führt bedauerlicherweise in Nordfriesland - ich gucke meinen Kollegen Harms und alle anderen aus Nordfriesland an - immer noch dazu, dass es weiterhin Gutscheine statt Bargeld gibt. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich der SSW in Nordfriesland dafür eingesetzt hat, das zu ändern.

(Lars Harms [SSW]: Das ist ein CDU-Landrat!)

Zurzeit ist das noch eine Entscheidung der leitenden Verwaltungsbeamten und leider nicht der jeweiligen Vertretungen. Die meisten Kreise und Städte haben jedoch inzwischen von der Möglichkeit der Bargeldgewährung Gebrauch gemacht, um eine unnötige weitere Diskriminierung zu verhindern.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Wir können den Flüchtlingsbeauftragten nur ermuntern, in dieser Sache weiterhin Überzeugungsarbeit zu leisten. Vielleicht gelingt es ja - wie von ihm ange-regt -, auch das Innenministerium mit ins Boot zu be-kommen.

Im August diesen Jahres legte der **Bundesinnenmi-nister** sein **Zuwanderungskonzept** vor. Auch im Be-richt des Flüchtlingsbeauftragten spielt diese Frage eine Rolle. Wir begrüßen ausdrücklich, dass er sich ausführlich mit konkreten Problemen in diesem Zu-sammenhang auseinander gesetzt hat. Zu Recht heißt es in seinem Bericht:

„Integration ist ein Prozess, bei dem beide Seiten aufeinander zugehen müssen. Dieser Prozess wird erleichtert, wenn von der Politik die notwendigen Rahmenbedingungen ge-schaffen werden.“

Das ist ein wichtiger Punkt. Die sprachliche Integrati-on ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen weiteren Aufenthalt bei uns und dafür, dass die **Inte-gration** gelingt. Unabhängig von Parteizugehörigkeit haben wir uns hier auch schon mit eben diesem Pro-blem beschäftigt. Dabei muss man aber berücksichti-gen - Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss! -, dass es bereits aus den Heimatländern mit-gebrachte Probleme gibt. Mangelnde Schulbildung und Analphabetismus erschweren das Erlernen der deut-schen Sprache. Das muss berücksichtigt und geändert werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Integration würde vor allem erleichtert, wenn die Menschen die Möglichkeit erhielten, hier zu ar-beiten. Es herrscht aber weiterhin das Vorurteil, dass sie anderen die Arbeit wegnehmen. Deshalb können wir gar nicht oft genug unterstreichen:

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Sie denken wirklich an Ihr Versprechen.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

- Ich komme wirklich gleich zum Schluss, Herr Präsi-dent! -

(Heiterkeit)

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

Kurz und gut: Der Bericht des Flüchtlingsbeauftragten ist parteilich, er ist nicht parteipolitisch. Der Beauf-

tragte soll auch parteilich sein, denn er ist zu Recht Anwalt der Flüchtlinge und der Asylbewerber im Land.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Minister Buß das Wort.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den bedeutenden politischen Themen der vergangenen Monate in Deutschland gehört zweifels-ohne die **Zuwanderungsfrage**. Das verdeutlichen die ausführliche politische Diskussion über die angedach-ten Regelungen bei der Zuwanderung und die umfäng-liche Berichterstattung darüber. Rückblickend hat sich die Entscheidung des Landtages vom 28. Ok-tober 1998 zur Schaffung des Amtes eines Beauftrag-ten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen als richtig herausgestellt.

Ich bin - das ergibt sich aus diesem Satz schon, Herr Wadephul - keineswegs der Auffassung, dass dieses Amt überflüssig ist. Genau das Gegenteil ist aus mei-ner Sicht richtig. Die Einsetzung eines solchen **Beauf-tragten** sehe ich als eine ganz wichtige vertrauensbil-dende Maßnahme an, nämlich Vertrauen zu schaffen zwischen den Flüchtlingen und Asylsuchenden auf der einen Seite und uns, den Einheimischen, den Behör-den, auf der anderen Seite.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN und SSW)

Ich selbst - gestatten Sie mir diese persönliche Bemerkung - bin 1945 als Flüchtling in dieses Land gekom-men. Rückblickend hätte ich mir gewünscht, dass wir damals auch einen solchen Beauftragten gehabt hätten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN und SSW)

Herr Wadephul, so ein Appell wie den von Herrn Puls vorhin an das Ministerium und die Ausländerabteilung ist doch lieb gemeint und zeigt nur, dass wir in die richtige Richtung arbeiten.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Haben Sie ihn nötig, Herr Minister? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Man nimmt manchmal auch Unnötiges entgegen, wenn es lieb gemeint ist, Herr Wadephul. Das ist bei Ihnen nicht anders.

(Heiterkeit)

**(Minister Klaus Buß)**

Mit der Berufung von Helmut Frenz konnte eine Persönlichkeit gewonnen werden, die aus meiner Sicht für dieses Amt bestens geeignet ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Welche Wertschätzung der Beauftragte auch als Person erfährt und wie sehr sein Eintreten für die Belange der Flüchtlinge gewürdigt wird, habe ich in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Flüchtlingsorganisationen oft erlebt. Ich möchte deshalb Helmut Frenz und seiner Mitarbeiterin und seinem Mitarbeiter an dieser Stelle für ihren unermüdlichen Einsatz zugunsten der Migrantinnen und Migranten hier in Schleswig-Holstein ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In seinem **Tätigkeitsbericht** stellt der Flüchtlingsbeauftragte unter anderem die gute **Zusammenarbeit** mit dem Innenministerium und dort vor allem der Ausländerabteilung heraus. Darüber freue ich mich selbstverständlich sehr. Ich sehe darin einen Beleg, dass aufgrund der regelmäßig geführten Gespräche mit dem Beauftragten über Grundsatz- und Einzelfragen der Migration im Laufe der Zeit ein Klima des Vertrauens entstanden ist.

Der Beauftragte bezeichnet sich selbst als **Anwalt der Flüchtlinge** und damit als Partei. Der Innenminister handelt nach Gesetz und Recht, ohne Ansehen der Person. Da kann es doch nicht ausbleiben, dass beide trotz vielfachen Einvernehmens gelegentlich unterschiedlicher Meinung sind. Deshalb hat es mich auch nicht erstaunt, dass im Tätigkeitsbericht neben positiven Äußerungen auch kritische Anmerkungen über die Flüchtlingspolitik der Landesregierung und die Haltung der Kommunen bei der Lösung von Problemfällen enthalten sind.

Ich bin nicht der Auffassung, dass bei der **Polizei** unseres Landes ein besonderes **rechtsextremes Potenzial** zu finden ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Das hat Frau Fröhlich auch überhaupt nicht gemeint.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat sie auch nicht gesagt! - Widerspruch bei der CDU)

Unsere Polizei - darüber sind wir auch froh und dankbar - ist in unsere Gesellschaft eingebettet und damit auch ein Spiegel unserer Gesellschaft.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Aber dann muss Frau Fröhlich sagen, was sie meint!)

Natürlich wird es in Einzelfällen Dinge gegeben haben, die nicht in Ordnung sind. Ich weiß zum Beispiel von zwei Ermittlungsverfahren, die gegen Beamte aufgrund solcher Dinge, die hier genannt worden sind, laufen. Aber das sind wirklich Einzelfälle. Diese können natürlich aus der Sicht der betroffenen Gruppe, subjektiv, von der Befindlichkeit her schwerer wiegen oder so betrachtet werden. Deshalb sehe ich es auch als eine wichtige Aufgabe an, darauf hingewiesen zu werden und durch Gespräche hin und zurück vertrauensbildend zu wirken. Auch insofern sehe ich die Arbeit des Flüchtlingsbeauftragten als eine Hilfe an.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist nach Ansicht des Flüchtlingsbeauftragten bundesweit Schlusslicht bei der **Unterbringung von Asylbewerbern**. Fehlende Mindeststandards - so schreibt er - für Unterkünfte seien ein ganz dunkler Fleck auf der Weste des Landes. - Diese Kritik, lieber Herr Frenz, weise ich nun entschieden zurück. Soweit in einigen anderen Bundesländern Mindeststandards für Gemeinschaftsunterkünfte in Verwaltungsvorschriften festgelegt wurden, werden in Schleswig-Holstein entsprechende Anforderungen an die Unterkünfte im Rahmen des Anerkennungsverfahrens als Gemeinschaftsunterkunft durch das Innenministerium und die Fachbehörden der Kreise und kreisfreien Städte vor Ort geprüft. Unabhängig hiervon gehen wir - das wissen Sie auch sehr genau - Beanstandungen konkreter Art genau nach.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Da bimmelt es schon wieder, meine Damen und Herren. Ich hätte Ihnen noch so gern so viel Gutes erzählt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich nur noch einen Schlusssatz sagen. Ich sehe die Arbeit des Flüchtlingsbeauftragten als auch für unsere Arbeit wichtig an. Das möchte ich noch einmal sagen. Sie ist ein Stück **vertrauensbildende Maßnahme**, für die wir dankbar sind, an der wir uns manchmal natürlich auch reiben. Das soll gar nicht verschwiegen werden. Letzten Endes ist sie für uns aber sehr hilfreich.



**(Minister Klaus Buß)**

Ich denke, wir alle gemeinsam - da werden wir den Flüchtlingsbeauftragten einbinden - müssen angesichts der Terroranschläge in den USA prüfen, wie wir unter Einvernahme des gesamten Flüchtlings- und Asylbewerberproblems und der Zuwanderungsfragen in Zukunft sicherstellen können, die Gefahren, die unserer Gesellschaft neuerdings drohen, möglichst zu minimieren. Darüber wird intensiv miteinander zu sprechen sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

(Werner Kalinka [CDU]: Ich ziehe zurück!  
Das hat sich durch den Minister erledigt!)

- Er zieht zurück. - Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul zu einem Kurzbeitrag das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er könnte auch zurückziehen!)

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Frau Kollegin Heinold, es ist nicht Aufgabe der Opposition, die Regierung und die Regierungsmehrheit zu schonen, sondern der Wahrheit ans Licht zu verhelfen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Erstens möchte ich dem Herrn Innenminister sehr herzlich dafür danken, dass er sich hier und heute ausdrücklich dazu bekannt hat, dass er sein Amt nach Recht und Gesetz ausüben möchte. Vorgestern klang das noch anders.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Was?)

Da sollten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung noch ohne rechtliche Grundlage - Originalzitat „Kieler Nachrichten“ - ausgeführt werden.

(Zuruf von Minister Klaus Buß)

- Herr Minister, das haben Sie so gesagt. Ich begrüße, dass Sie heute den Weg zurück in unsere Verfassung gefunden haben.

(Widerspruch bei der SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen die Presseerklärung lesen, nicht die „KN“!)

Zweitens. Dass das **Amt des Flüchtlingsbeauftragten** notwendig ist als **vertrauensbildende Maßnahme**, damit unsere Mitarbeiter in den Ausländerbehörden überhaupt richtig mit den Ausländerinnen und Ausländern, die sich in diesem Land aufhalten, umgehen, das bestreite ich. Unsere Mitarbeiter handeln nicht nur nach Recht und Gesetz, sondern auch mit sehr viel Einfühlungsvermögen gegenüber den betroffenen Ausländern. Ich finde es überhaupt nicht notwendig und halte es auch nicht für eine besondere Aktion der Solidarität, dass Sie sagen, wir brauchten als zusätzliche vertrauensbildende Maßnahme den Flüchtlingsbeauftragten. Den brauchen wir nicht. Wir haben Fachleute dafür.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte in der Tat auf einen Vorgang hinweisen. Herr Minister, nehmen Sie das nicht auf die leichte Schulter. Ich bin schon erschrocken, dass sich ein Mitglied einer die Regierung tragenden Fraktion zu so weit reichenden Äußerungen hat hinreißen lassen. In dem Bericht des Flüchtlingsbeauftragten ist auf Seite 43 - ich habe vorhin zitiert - in fetter Schrift - das ist extra hervorgehoben - von häufiger auftretenden **Diskriminierungen durch Polizeibeamte** und auch durch andere Beamte der Ausländerbehörden die Rede. Ich möchte hier für die größte Oppositionspartei und die CDU-Fraktion an dieser Stelle erklären, dass wir volles Vertrauen in unsere Polizeibeamten haben und dass wir davon ausgehen, dass sie nach Recht und Gesetz handeln und keinen einzigen Ausländer in Schleswig-Holstein diskriminieren. Das ist unsere Auffassung.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu der Auseinandersetzung um die Frage sagen: Brauchen einige Menschen in diesem Lande jemanden, der parteiisch für sie steht? Das ist ja die zentrale Frage. Ich beantworte diese Frage mit Ja.

Das sage ich auch als Mitglied des Eingabenausschusses. Im Eingabenausschuss sind wir uns alle darüber einig, dass Petenten, Leute, Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande, die Probleme mit der Ausübung von Verwaltung haben, Ansprechpartner und -partnerinnen haben sollen, damit es ein sozialer Staat bleibt, in dem es noch gesonderte Vermittlungsorgane gibt. Auch der Eingabenausschuss handelt im Sinne der Petenten. Er

(Monika Heindl)

nimmt ihre Anliegen wahr. Daneben haben wir den Flüchtlingsbeauftragten. Nun könnten wir ja sagen: Auch die Flüchtlinge können zum Eingabenausschuss gehen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Teil - das wissen die Mitglieder des Eingabenausschusses - entscheidet sich für den **Eingabenausschuss** und nicht für den **Flüchtlingsbeauftragten**. Das ist das gute Recht der Betroffenen. Es gibt aber Migranten und Flüchtlinge in unserem Land, die sich beim Flüchtlingsbeauftragten besser aufgehoben fühlen und diese spezielle Vertretung wünschen und brauchen.

Angesichts des Kosten- und des Arbeitsaufwandes in Gegenüberstellung mit den Menschen, die dieses Angebot in Anspruch nehmen, sage ich, dass das eine richtige und sinnvolle Maßnahme ist. Wenn wir das machen, dann muss und kann das nur im Interesse sozusagen der Petenten, also der Flüchtlinge, sein. Anders geht das überhaupt nicht. Wenn das dazu beiträgt, dass unser Staat ein Stück friedlicher ist und wir ein besseres Miteinander haben, dann haben wir sehr viel gewonnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist bereits Überweisung beantragt worden. Ich empfehle, den Bericht zur abschließenden Beratung federführend an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Mitberatung?

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Sozialausschuss!)

- Es ist Überweisung zur Mitberatung an den Sozialausschuss beantragt.

Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 47:

**Erhalt von Sprachheilgrundschulen**

Landtagsbeschluss vom 9. Mai 2001

Drucksachen 15/916 und 15/937

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1170

Ich erteile zunächst der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Redezeit ist kurz, der Bericht allerdings ist dafür umso länger, ausführlicher, tiefer und er stellt ausführlich die wissenschaftlichen und konzeptionellen Grundlagen und die Organisationsformen der sprachheilpädagogischen Förderung in Schleswig-Holstein dar - von der Elternberatung eines sprachlich auffälligen dreijährigen Kindes bis zum 18-jährigen Schüler mit schweren Stotterbehinderungen, der einen Intensivkurs in der Internatsschule in Wentorf besucht.

Daraus ergibt sich - deswegen habe ich diesen Bogen geschlagen - das abgestimmte **Konzept der sprachheilpädagogischen Förderung** unseres Landes, das auf Prävention im vorschulischen Bereich setzt und sich im schulischen Bereich in Integration oder im Unterricht in Sonderschulen fortsetzt. Zentrales Anliegen dabei ist die frühzeitige Prävention von Sprachstörungen und die Bereitstellung von Sprachheillehrkräften und dafür besonders fortgebildeten Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertageseinrichtungen.

Die Zeiten des Sprachheillehrers, an die sich der eine oder andere vielleicht noch erinnert, der sich noch 1960 mit weißem Kittel den Respekt von Eltern verschaffte und diese eher wenig oder gar nicht an seiner Therapie teilnehmen ließ, sind überwunden. Die **Sprachheilpädagogik** bündelt die individuell unterschiedlichen pädagogischen Ressourcen, die die Eltern einbringen, also die Familie, die Kindertageseinrichtungen, die Grundschulen und die Sonderschulen. Sie nutzt gewissermaßen alle Energieströme im Umfeld eines Kindes. Hier kann man wirklich sagen, dass das Stichwort oder Unwort von der Elternkatastrophe in diesem Bereich nicht gilt.

Vor Jahren schon ist begonnen worden, die **Eltern** kontinuierlich in die **Prävention** einzubeziehen. Das ist als Ansatz sehr wichtig. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass Eltern sich ihrer Möglichkeiten, das Kind zu fördern, gerade in diesem Bereich gar nicht bewusst waren.

Die Entwicklung in den letzten Jahren lässt Weiteres erkennen. Diese Förderung kann kaum erfolgreich sein, wenn sie nur von einer Person wahrgenommen wird, auf die sich die Erwartungen der Eltern richten. Grundlage unseres Konzeptes ist daher **Interdisziplinarität**. Dabei ist nicht nur die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Ärztekammer gemeint, die zu einer ganzen Reihe von Fachtagungen geführt hat, sondern dieses Konzept hat auch vor Ort zu kontinuierlicher und verlässlicher Zusammenarbeit der Sprachheileinrichtungen mit den Kindertageseinrichtungen und den ortsansässigen Ärzten und Therapeuten geführt.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Sprachstörungen von Kindern werden nicht mehr wie früher oft als Folge des Versagens von Eltern gesehen, sondern Eltern werden in diesem Konzept als Partner einbezogen. Die Tatsache, dass rein rechnerisch inzwischen jede zweite Kindertageseinrichtung über eine Erzieherin verfügt, die im Rahmen unseres sprachheilpädagogischen Netzwerkes fortgebildet ist, lässt erkennen, dass es sich hier längst nicht mehr um einen begrenzten Modellversuch handelt, sondern um weit reichende Veränderungen sprachheilpädagogischer Förderung.

Ebenso informiert der Bericht darüber, wie wir das in den Kindertageseinrichtungen aufgebaute Netzwerk inzwischen auch für eine dringend erforderliche Förderung der phonologischen Bewusstheit, also der **Sprechbewusstheit**, schon vom Schulanfang an nutzen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Schriftsprache störungsfrei erworben wird und auch Legasthenie vermieden werden kann. Auch hier sind wir das erste Bundesland, das einen flächendeckenden Ausbau der notwendigen Förderung eingeleitet hat. Wir beabsichtigen, in Zusammenarbeit mit der CAU, mit dem Institut für Heilpädagogik eine Evaluation dieses Projekts vornehmen zu lassen.

Ausdrücklich ist den kommunalen und freien Trägern der Kindertageseinrichtungen dafür zu danken, dass sie dieses Präventionskonzept unterstützen, indem sie den Erzieherinnen und Erziehern die Möglichkeit geben, an den ganzjährigen Fortbildungen teilzunehmen, und auch sprachfördernden Material bereitstellen. Das ist angesichts der begrenzten Ressourcen auch in den Kommunen und im Kindertagesstättenbereich nicht selbstverständlich.

Diese **Vielfalt des sprachheilpädagogischen Angebots** ist nur durch die Entwicklung einer flächendeckenden Konzeption der Landeskoordinatoren für Sprachheilpädagogik und durch die engagierte Mitarbeit vieler Sonderschullehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher in den Kreisen und den kreisfreien Städten möglich, die ebenso mit ihrem Engagement Neues gewagt und damit - das können wir, meine Damen und Herren, mit allem Selbstbewusstsein sagen - wirklich auch Erfolg haben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten  
Anke Spoorendonk [SSW])

Dieser Bericht enthält nicht nur die Darstellung der präventiven Förderung vor Schulbeginn, sondern zeigt auch die unterschiedlichen Formen **sprachheilpädagogischer Förderung im Schulbereich** auf. 40 % aller Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich der Sprache werden bereits integrativ im Bereich der örtlichen Grundschulen durch Sonderschullehrkräfte gefördert und die vielfäl-

tigen Gestaltungsmöglichkeiten stationärer sprachheilpädagogischer Förderung werden durch die Sprachheilgrundschulen und die Förderschulen genutzt; aber eben nicht allein durch diese, sondern durch die Vielfalt der Maßnahmen hat sich ein breites Spektrum ergeben, das, regional oder konzeptionell bedingt, unterschiedliche Schwerpunkte aufweist. Gemeinsam ist das Bestreben, eine möglichst schnelle und problemlose Rehabilitation der Schülerinnen und Schüler in die Regelgrundschulen zu verwirklichen.

Um ein Bild auch dieser zum Teil unterschiedlichen Schwerpunktsetzung zu vermitteln, wurden die Sprachheilgrundschulen und Förderschulen mit Sprachheilklassen gebeten, für diesen Bericht die Schwerpunkte und Erfolge ihrer integrativen oder stationären Arbeit auch einmal selbst darzustellen. Aus diesen Berichten ergibt sich ein sehr vielfältiges Bild ihrer Arbeit.

Der Beitrag zu einer professionell angelegten sprachheilpädagogischen Arbeit, der durch die **Lehreraus- und -fortbildung** erfolgt, wurde ebenfalls durch die beiden zuständigen Institutionen, das Institut für Heilpädagogik in Kiel und das Landesseminar für Sonderpädagogik, selbst erstellt. Auch diese bilden einen notwendigen Teil des Gesamtkonzepts der Sprachheilarbeit in Schleswig-Holstein.

Sie können dem Bericht entnehmen - ich bin dankbar, dass das in dieser Form einmal so ausführlich dargestellt werden konnte -, dass es nachrangig - ich betone: nachrangig - um die Frage des Förderortes, also Integration in der Grundschule oder Unterricht in der Sprachheilgrundschule, geht, vorrangig aber darum, wie alle erforderlichen und vorhandenen Ressourcen genutzt werden können, um frühzeitig Probleme in der Schullaufbahn zu vermeiden oder abzubauen.

Ich weiß, dass hier wie auch in anderen Bereichen der sonderpädagogischen Förderung eine gute, engagierte und für die Kinder sehr erfolgreiche Arbeit geleistet wird. Ich nutze die Gelegenheit, mich bei allen Akteurinnen und Akteuren sehr herzlich zu bedanken, die dazu beigetragen haben, nicht nur diesen Bericht zusammenzutragen, sondern auch diese langjährige erfolgreiche Arbeit zu leisten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Eisenberg.

**Sylvia Eisenberg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst gilt mein Dank natürlich den Berichterstatterinnen und Berichterstattern vor allen Dingen für die Zusammenfassung der wissenschaftlichen Erkenntnisse bezogen auf die Notwendigkeit der Frühförderung für Kinder mit sprachheilpädagogischem Förderbedarf. Ich denke, in diesem Punkt herrscht Konsens. Darüber brauchen wir nicht weiter zu reden.

Aber einige Anmerkungen bezogen auf den weiteren Inhalt des Berichtes seien dennoch erlaubt und, ich denke auch, notwendig. Ich will mich in Anbetracht der Kürze der Zeit auf drei Punkte beschränken.

Erstens. 70 % der durch die **Sprachheilambulatorien** betreuten Kinder konnten im Vorfeld der Schule erfasst und gefördert werden, so die Aussage des Berichtes. Allerdings frage ich mich, mit welchem Erfolg? Ist das Ergebnis auch bezogen auf den späteren Schullaufbahnerfolg jemals evaluiert worden? Sie halten ja so viel von Evaluation.

(Zuruf von der SPD: Das ist kein Schimpfwort!)

Und, die weitere Frage: Was geschah mit den anderen 30 %? - Hier fehlen im Bericht die Angaben.

Zweitens liegt nach dem Vorschulalter ein weiterer sprachheilpädagogischer Förderbedarf vor, so der Bericht; das heißt also, wenn die präventiven Maßnahmen nicht zum erwünschten Erfolg geführt haben, entscheidet die Schulaufsicht, wo das Kind unterrichtet wird, entweder integrativ in der Grundschule, in einer Förderschule oder in einer Sprachheilgrundschulklasse, jeweils - so heißt es - nach den in der Region vorhandenen Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, hier liegt ein weiteres Problem: Die Schulaufsicht der Kreise entscheidet „entsprechend den ihr vom Bildungsministerium vorgegebenen Planstellen, die auf alle Arten der Förderschulen“ - also nicht speziell auf die Sprachheilgrundschule bezogen - „zu verteilen sind, und nach den Vorgaben der örtlichen Politik“. Ob diese Entscheidung immer sachgerecht ausfällt, habe ich bereits am 9. Mai bezweifelt. Das war der Anlass für diesen Berichtsantrag.

Haben Sie eigentlich schon einmal überlegt, ob möglicherweise auch die behandelnden Kinderärzte in die Entscheidung, ob integrativ oder im Schonraum der Sprachheilgrundschulen zu fördern ist, einzubeziehen sind, diejenigen nämlich, die die Kinder in der Regel in acht oder neun Vorsorgeuntersuchungen im frühen Stadium betreut haben und die Sie, Frau Erdsiek-Rave,

ja auch sehr gern in die Sprachheilförderung einbezogen haben wollen?

Drittens. Der Bericht weist auch darauf hin - damit kommen wir zum Kernproblem -, dass die Novellierung des Schulgesetzes und die 1992 erlassene „Ordnung für Sonderpädagogik“ zu unterschiedlichen pädagogischen und strukturellen Schwerpunktsetzungen auch in der Frage der Sprachheilpädagogik geführt haben. Die „Landesregierung präferiert“, so der Bericht, „die integrative Förderung“ der sprachheilbedürftigen Kinder in der Grundschule: „Sprachheilgrundschulen sollen sich daher zukünftig noch stärker dem präventiven und integrativen Bereich öffnen.“

Meine Damen und Herren, ich frage mich: Was heißt das eigentlich anderes als ein Herunterfahren der traditionellen Sprachheilgrundschulen?

(Beifall bei der CDU)

Wenn in Kiel innerhalb von drei Jahren ein Drittel der damals 46 **Planstellen** aus den **Sprachheilgrundschulen** abgezogen wird, so stützt das unsere Befürchtung, dass die Sprachheilgrundschulen, zumindest mittelfristig, zum Sterben verdammt sind. Diese Befürchtung, die meiner Auffassung nach dadurch noch verstärkt wird, dass Sie mit sehr fadenscheinigen Argumenten den angeblich geringeren Erfolg der Sprachheilgrundschulen belegen wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Ein Beispiel: Alter des Einstiegs in die Sprachheilgrundschule, Anzahl der Klassenwiederholungen und die Quote der Überweisungen an Förderschulen werden mit denen einer normalen Grundschulklasse verglichen. Sie sollten doch wissen, dass man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen kann, ganz davon abgesehen, dass Sprachheilgrundschüler, wie Ihr Bericht beweist, häufig auch noch Mehrfachbehinderungen aufweisen, die außerdem therapiert werden müssen.

Jetzt komme ich zum Ende, Herr Präsident. Der Minister für Wirtschaft und Verkehr hat sich heute Morgen auch zwei Minuten mehr herausgenommen.

(Heiterkeit)

Wenn Sprachheilgrundschulen - das sagt Ihr Bericht allerdings nicht, Frau Erdsiek-Rave - eine Übergangsquote von 75 bis 80 % auf weiterführende Regelschulen aufweisen, so zeigt das nur, welche Leistungen die Lehrkräfte an Sprachheilgrundschulen mit ihren Schülerinnen und Schülern erbringen. Ich bedanke mich dafür herzlich. Wir halten selbstverständlich unseren Antrag vom 9. Mai aufrecht.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Höppner.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gehört zu den gewohnten Übungen der Oppositionsparteien dieses Hauses, Berichtsansträge im Hinblick auf vermutete Problemfelder, Unterlassungen oder Veränderungsabsichten der Landesregierung zu stellen. Im Nachhinein sind wir Ihnen, Frau Eisenberg - ich denke auch an meine Fraktion - ausgesprochen dankbar, dass Sie für einen solchen Bericht Anlass gegeben haben, der nach Auffassung meiner Fraktion in mehrfacher Hinsicht den Beifall dieses Hauses verdient hat.

Das Lob gilt zuallererst der Qualität dieses Berichtes. Frau Ministerin, ich möchte Ihnen im Namen meiner Fraktion und Ihrem Hause den außerordentlichen Dank für diesen Bericht aussprechen. Er setzt, was die Darstellung des wissenschaftlichen Fundamentes der **Sprachheilpädagogik** in unserem Lande, was Sorgfalt, Verständlichkeit und Aussage betrifft, durchaus Maßstäbe für das Berichtswesen unseres Parlamentes.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das gilt zum Zweiten für die Erkenntnisse, die wir aus diesem Bericht herleiten können. So dürfen wir festhalten, dass sich die Lehrerbildung am Institut für Heilpädagogik der CAU Kiel aufgrund der personellen Voraussetzung, aber auch inhaltlich auf dem aktuellen Stand von Forschung und Lehre befindet. Das gilt genauso für die Lehrerfortbildung und die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher an unseren Kindertagesstätten.

Kern der schleswig-holsteinischen sprachheilpädagogischen Förderung ist das Sprachheilambulatorium, das Teil einer Förderschule mit Sprachheilklassen oder einer Sprachheilgrundschule ist. Sprachheilambulatorien werden in der Breite ihres pädagogischen Auftrages unmittelbar vor Ort tätig. Dieses geschieht im Rahmen der Frühförderung in den Kindertagesstätten mit den Erziehern und Eltern im Sinne präventiver Förderung sowie im schulischen Bereich durch integrative Förderung. Schleswig-Holstein verfügt über ein weit verzweigtes und sehr engmaschiges Netz aus 124 **Sprachambulatorien** an den 13 Sprachheilgrundschulen und 111 Förderschulen.

Rund 70 % der von den Ambulatorien betreuten Kinder werden bereits im Vorfeld der Schule erfasst und gefördert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesem Netzwerk gehört auch die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher an den Kindertagesstätten des Landes. Mittlerweile sind fast 1.500 Erzieherinnen und Erzieher in Kursen über allgemeine sprachfördernde Maßnahmen fortgebildet worden. Das sind mehr als 90 % der an unseren Kindertagesstätten tätigen Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Netzwerk ist bundesweit vorbildlich.

Wir wissen aber, dass es zwischen den Sprachheilpädagogen des Landes durchaus unterschiedliche Auffassungen über die Prinzipien schulischer Arbeit gibt. So unterrichtet die Sprachheilgrundschule des Kreises Rendsburg-Eckernförde ausschließlich integrativ, während andere Sprachheilgrundschulen das Prinzip des Schonraumes betonen. Die Diskussion wird auch bundesweit in beiden Richtungen geführt. Eigentlich hat nur dieser Prinzipienstreit unsere Diskussion am 9. Mai dieses Jahres hier im Hause bestimmt. Um nichts anderes ging es Ihnen auch eben in Ihrem Beitrag, Frau Eisenberg.

Wenn wir feststellen müssen, dass nach dem Bericht 489 Schülerinnen und Schüler Sprachheilgrundschulen, 166 Schülerinnen und Schüler Sprachheilklassen an den Förderschulen und 111 Schülerinnen und Schüler die staatliche Internatsschule in Wentorf besuchen, sind das insgesamt 766, aber insgesamt 6.004 Kinder wurden durch die Ambulatorien sprachheilpädagogisch versorgt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Vorschulbereich!)

So werden auch Sie feststellen müssen, welche Bedeutungsdimension die ambulante, **präventive** und **integrative Sprachheilfe** inzwischens eingenommen hat. Das fordert im Übrigen auch die Wissenschaft so.

Herr Dr. Klug, wenn Sie am 9. Mai dieses Jahres davon gesprochen haben, dass die sprachheilpädagogischen Fördermöglichkeiten in Schleswig-Holstein eingeschränkt würden,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Natürlich!)

und wenn Sie von einem bildungspolitischen Skandal erster Güte und einem wirklichen Schandfleck auf der Weste der Landesregierung gesprochen haben, weiß ich eigentlich gar nicht, wohin Sie im Lande geschaut haben oder wer versucht hat, Sie mit gezielten Informationen nach vorn zu ziehen.

Wenn ein Bericht, den wir als Parlament von der Regierung anfordern, ein Spiegelbild der Wirklichkeit sein soll - und dieser Bericht ist ein Spiegelbild der

**(Dr. Henning Höppner)**

Wirklichkeit -, dann macht er uns deutlich, dass wir in Schleswig-Holstein über eine vorbildliche Struktur der sprachheilpädagogischen Förderung verfügen. Sie werden dies insbesondere dann feststellen müssen, wenn Sie den Vergleich zu anderen Bundesländern anstellen: Es gibt kein anderes Bundesland, das über ein annähernd engmaschiges Fördernetz in der Sprachheilpädagogik verfügt wie das Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Kultusministerium hat zum Thema **sprachheilpädagogische Förderung** in Schleswig-Holstein einen wirklich aufschlussreichen Bericht vorgelegt. Das Papier vermittelt einen Einblick in die unterschiedlichen Strukturen in diesem Schul- und Vorschulbereich. Der Bericht ist mit reichhaltigen Informationen ein guter Ausgangspunkt für die weitere schulpolitische Diskussion, und zwar nicht nur, weil er - wie gesagt - wichtige Informationen bietet, sondern auch deshalb, weil er offene Fragen verdeutlicht und in einzelnen Punkten auch zu kritischen Anmerkungen herausfordert.

Ich möchte jedoch mit dem beginnen, was nach meiner Einschätzung im Landtag unstrittig sein dürfte. Angesichts einer wachsenden Zahl von Kindern, die im Vorschulalter Sprach- und Kommunikationsstörungen aufweisen, ist die Frühförderung im Kindergarten ein besonders wichtiger Ansatzpunkt, wenn wir diesen Kindern für ihre folgende Schulzeit und damit für den weiteren Lebensweg gute Entwicklungschancen geben wollen. Die im Bericht enthaltenen Aussagen zur besonderen Effektivität von Fördermaßnahmen im Vorschulalter schon ab dem dritten Lebensjahr zeigen die Wirksamkeit und Bedeutung dieses Ansatzes. Die präventiven Maßnahmen im **Vorschulbereich** - Stichwort „Sprachheilambulatorium“ - bilden, egal ob sie an Förderschulen oder Sprachheilgrundschulen angesiedelt sind, das Rückgrat für ein erfolgreiches Förderkonzept. Diese Angebote erreichen aber nur jene Kinder, die einen Kindergarten oder eine Spielstube besuchen. Was ist eigentlich mit jenen Kindern, die man dort nicht antrifft? Auf diese Frage habe ich im Bericht keine Antwort gefunden.

Auch wenn über 6.000 Kinder eine Frühförderung im Vorschulalter erhalten, besteht für einen Teil von ihnen - vermutlich für die schwierigeren Fälle - auch nach der Einschulung noch die Notwendigkeit, weiter

sprachheilpädagogisch gefördert zu werden. Dafür gibt es in den einzelnen Teilen unseres Landes ganz unterschiedliche Arten von Schulangeboten: **Sprachheilgrundschulen**, einzelne Sprachheilgrundschulklassen und natürlich die integrative Förderung in der „normalen“ Grundschule. Hier beginnt bekanntlich der Streit zwischen den unterschiedlichen Denkrichtungen und sicherlich auch zwischen unterschiedlichen praktischen Erfahrungen.

Unverkennbar stehen der Bericht und dessen Autoren der traditionellen Sprachheilgrundschule tendenziell eher skeptisch gegenüber. Das ist nicht zu übersehen, wenn man den Bericht liest. Einen Nachweis, dass es sich bei den Sprachheilgrundschulen um überholte oder weniger geeignete Schulangebote handele, kann der Bericht jedoch nicht liefern. Die dazu angeführten Argumente sind nicht stichhaltig. Der Bericht moniert zum Beispiel auf Seite 27 die relative Überalterung der Schülerinnen und Schüler der Sprachheilgrundschulen. Er vergleicht den Anteil der Schüler, die sich dort noch in den Einschulungsjahrgängen befanden, mit den entsprechenden Durchschnittsquoten der regulären Grundschulen. Ein zuverlässiger Vergleich dürfte sich aber nicht auf die Gesamtheit aller Grundschüler beziehen, sondern wäre speziell auf die Gruppe der an „normalen“ Grundschulen integrativ beschulten Kinder mit Sprachstörungen auszurichten und müsste natürlich deren weiteren Bildungsweg betrachten.

Außerdem wird das Argument genannt, die Sprachheilgrundschulen hätten eine wesentlich höhere Übergangsquote an Förderschulen, als dies bei „normalen“ Grundschulen der Fall sei. Dieser Befund ist überhaupt nicht verwunderlich. Dass Kinder mit schwerwiegenden Handicaps, die das Lernen erschweren, zu einem größeren Prozentsatz als der Durchschnitt aller Grundschüler später in der Förderschule landen, ist wirklich nicht erstaunlich. Ein sinnvoller Vergleich müsste sich auch hier auf die Gruppe jener Kinder mit Sprachstörungen beziehen, die in den „normalen“ Grundschulen integrativ beschult werden. Indem der Bericht jedoch die Bildungskarrieren aller Grundschüler zum Vergleichsmaßstab macht, verfährt er in etwa so wie ein Beobachter, der verblüfft feststellt, dass die Schüler von Sportleistungskursen bessere sportliche Leistungen hervorbringen als der Durchschnitt des jeweiligen Schülerjahrganges. Oh Wunder! Das kann nicht weiter erstaunen.

(Zurufe)

Man braucht nicht den Einführungskurs in die Methoden der empirischen Sozialforschung I, den man in einem sozialwissenschaftlichen Studium absolviert, um zu verstehen, dass die Art und Weise des Vergleichs,

(Dr. Ekkehard Klug)

wie sie der Bericht präsentiert, doch etwas sehr schräg ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Da stimmt dieser Bericht hinten und vorne nicht. Wer wirklich etwas über die Leistungsfähigkeit der unterschiedlichen Schulangebote erfahren will, müsste hier präzise wissenschaftliche Vergleichsstudien anstellen, der müsste zumindest mit einbeziehen, wie sich in den Regionen, die ganz unterschiedliche Formen der Sprachheilförderung haben, jeweils der Anteil der Förderschüler entwickelt und in welchem Umfang Kinder mit Sprachstörungen dort am Ende in Förderschulen beschult werden.

Wir werden über das Thema im Ausschuss weiter diskutieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Birk.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer mehr Kinder lernen nicht mehr so einfach sprechen. Die Antwort kann nur heißen: Sprachheilgrundschulen allein sind keine Patentlösungen, sondern die Qualität von Kindertagesstätten und Grundschulen insgesamt ist gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jedes vierte Kind im Kindergartenalter und immerhin noch jedes fünfte bei der Einschulung hat bundesweit - so sagen die Fachleute aus Gesundheit und Pädagogik - im Sprechen Defizite, solche, die sie sogar beim Lernen behindern. Zunehmend stehen diese Probleme nicht mehr allein, sondern die Unterentwicklung des Riech-, Tast- und Gleichgewichtsinns, der Koordinationsfähigkeit und der Kommunikationsfähigkeit insgesamt beschäftigen inzwischen sogar die Krankenkassen.

Einhellige, aber zugegebenermaßen sehr grobschlächtige Ursachenanalyse der Fachleute: zu wenig Bewegung, zu seltene Nutzung der Nahsinne, zu wenig Gespräche, wahrscheinlich zu viel Medienkonsum und eine nicht immer zum Sprechen anregende Atmosphäre im Elternhaus. Schuldzuweisungen sollten wir hier lassen; es ist kein Einzelphänomen der jeweiligen Eltern, sondern es gibt auch Fragezeichen, wie kinderfreundlich das Zusammenleben der Menschen in der modernen Gesellschaft ist.

Was aber tun wir? Es ist richtig, dass in Schleswig-Holstein die Konzeption der pädagogischen und thera-

peutischen Wege zur Abhilfe in den letzten Jahren überarbeitet wurde. Schleswig-Holstein braucht sich nicht zu verstecken. Früh sind hier neue Wege gegangen worden. Die Einrichtung von Sprachheilgrundschulen allein ist nämlich zu wenig. Die Zusammenarbeit von Fachlehrern und Fachlehrerinnen und von Erzieherinnen an Kindertagesstätten, der Förderschulen und der Gesundheitsfachleute ist die Grundlage für ein sich in Schleswig-Holstein immer breiter und dichter ausweitendes Netz von Frühförderangeboten.

Der Bericht macht deutlich, wie weit die Arbeit regional und inhaltlich gediehen ist. Dafür sage ich den Pädagoginnen und Pädagogen, die sich immer wieder neuen Herausforderungen stellen, jedem Kind - egal wie schwer es ihm zunächst fällt - verständliches Sprechen und ein Verständnis des Sprechens beizubringen, herzlichen Dank. Ich begrüße es auch sehr, dass gerade in den letzten Tagen die neuen Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer der **Sonderpädagogik** vom Staatssekretär vorgestellt wurden und dass auch hier ein ganzheitliches neues Verständnis die Grundlage ist. Ich setze allerdings voraus, dass zukünftig allen Fachkräften der Pädagogik, egal, wo und wie sie mit Kindern zusammen sind, bestimmte Grundkenntnisse der Sprechhandicaps bekannt sein müssen. Damit können sie erste Diagnosen abgeben, um erste Abhilfe zu schaffen.

Aber auch ich habe einige Fragen an den Bericht. Welche Sicht der Kinder und der Schulform schwingt in dem Urteil, wenn gesagt wird, dass die Kinder in den **Sprachheilgrundschulen** nicht so gut vorankommen wie an den anderen Schulen? Ich glaube nicht, dass es richtig ist zu sagen, hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Das hat Herr Klug gerade gemacht. Dem kann man nachgehen, aber ich glaube, dass ein anderes Problem dahinter ist. Ich glaube, dass wir folgendes Phänomen haben: Wie auch der Bericht aufzeigt, finden sich an den Sprachheilschulen inzwischen häufig mehrfach behinderte Kinder wieder. Das heißt, dass die Sprachheilgrundschulen unter der Hand zu einer Institution geworden sind, die im Grunde genommen eine sehr umfassende Förderaufgabe haben, die weit über die Förderung der Sprache hinausgeht. Das ist auch das, was wir aus dem eingangs genannten umfassenden Problemfeld erkennen müssen, nämlich, dass Sprachschwierigkeiten nicht isoliert auftreten.

Natürlich ist dann die Frage: Sind diese Schulen für diese Kinder sachgerecht ausgestattet? Was wären die Alternativen? Weiterhin besteht die Frage: Wie funktioniert die **Integration** in der **Grundschule** und in der **Kindertagesstätte** angesichts unserer sehr knap-

(Angelika Birk)

pen Personalressourcen? Das sind Fragen, denen wir im Ausschuss sehr genau nachgehen sollten.

Meine letzten Sekunden möchte ich nutzen, um das Sprechproblem von Kindern in unsere aktuelle bildungspolitische und sozialpolitische Debatte einzubetten: Uns steht die Diskussion über Ganztagschulen, Ganztagsangebote, Integration von Jugendhilfe und Schule und auch die Diskussion über das Gesundheitsdienstgesetz, in dem es um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Gesundheitsvorsorge geht, bevor. Das Gesundheitsamt ist eine Einrichtung, die sehr eng mit dem Thema Sprachheilkunde zu tun hat. Das wird auch in dem Bericht deutlich. Wenn wir über diese Berichte und Gesetze diskutieren, sollten wir uns immer vor Augen halten, dass es darum geht, in die Breite zu wirken. Unser Maßstab für die Beurteilung der in den kommenden Wochen auf uns zu kommenden Entscheidungen ist nicht zuletzt, ob wir mit unseren Entschlüssen die Möglichkeit schaffen, dass Kinder sich tatsächlich die Lust erhalten, mit anderen wirklich sprechen zu lernen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben sich Mitglieder der CDU-Ortsverbände Ascheffel und Quarnbek eingefunden. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich Mitglieder des Verbandes Politischer Jugend, Kreis Rendsburg-Eckernförde. Ebenfalls herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung zur Sprachheilförderung bestätigt, was bereits in der Debatte im Mai angesprochen wurde: Die Wirklichkeit ist komplexer und vielfältiger, als im ursprünglichen CDU-Antrag zum Erhalt der Sprachheilgrundschulen zum Ausdruck kam.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Trotzdem ist es gut, das manchmal festzustellen. Der Bericht macht deutlich, dass die **Sprachheilgrundschulen** ein Element eines vielfältigen Systems der Hilfen für Kinder mit Sprachstörungen sind. Es geht deshalb nicht an, diesen Einrichtungstyp getrennt zu betrachten. Die Schulen müssen im Rahmen dieses

Netzwerks bewertet werden. Es macht ohnehin wenig Sinn, bei der Erörterung der sprachheilpädagogischen Hilfen von Einrichtungen auszugehen. In einer modernen und humanen Bildungspolitik muss der individuelle Bedarf der Kinder im Vordergrund stehen und nicht ein bestimmter Einrichtungstyp. Alles andere ist die Zementierung bestehender Strukturen ohne Sinn und Verstand. Die können wir uns heutzutage schon aus finanzpolitischen Gründen gar nicht mehr leisten.

Der Bericht macht vor allem deutlich, dass als inhaltliche Vorgabe für diesen Bereich zuerst die Devise **Prävention** gelten muss. Ich könnte das auch wiederholen und dreimal Prävention sagen. Die Strukturen haben sich diesem unterzuordnen. Es muss vorbeugend gearbeitet werden, um durch frühzeitige Förderung im Kindergartenalter die Probleme von vornherein zu vermeiden und alle Kinder sprachlich zu stärken.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, es ist etwas zu laut. Der Feierabend ist noch nicht ausgebrochen.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Es muss vorbeugend gearbeitet werden, um bestehende Sprachprobleme frühzeitig zu erkennen und fachgerecht damit umzugehen, um spätere Probleme zu vermeiden. Es muss durch **Integration** möglichen Folgeproblemen im schulischen Bereich und anderen Lebensbereichen vorgebeugt werden. Erst dann stellt sich die Frage des Besuchs einer Sprachheilgrundschulklasse.

Das heißt bestimmt nicht, dass die Arbeit der Schulen überflüssig oder wertlos ist. Die pädagogische präventive Arbeit in den Sprachheilgrundschulen ist erfolgreich und unverzichtbar. Wir müssen aber auch erkennen, dass sich die Hilfen für Menschen mit sprachlichen Behinderungen weiterentwickelt haben. Methoden der **Frühförderung** und der integrativen Pädagogik machen die stationäre Arbeit teilweise ersetzbar. Es ist aber weder möglich noch sinnvoll, die neuen integrativen, frühzeitig präventiven Zielsetzungen zu verfolgen und gleichzeitig die Sprachheilgrundschulen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Dass diese Entwicklung nicht alle erfreut, ist klar. Letztlich geht es hier auch darum, dass in der Bildungspolitik - wie überall - ein Kampf um die begrenzten Steuermittel stattfindet und dass die Sprachheilgrundschulen hier in die Klemme kommen. Ich bin aber davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, den Besuch der Sprachheilgrundschulen möglichst zu vermeiden.



(Anke Spoorendonk)

Wir teilen also die Einschätzung und die Priorität der Landesregierung: Prävention vor Integration vor stationärer Förderung. Deshalb können wir uns auch immer noch nicht dem von der CDU vorgeschlagenen Denkmalschutz für die Sprachheilgrundschulen anschließen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Die Ausstellung von Blankoschecks, wie es die Kollegin Eisenberg gern gesehen hätte, ist nicht gerechtfertigt. Liebe Kollegin Eisenberg, es mag sein, dass das ein wenig polemisch ist. Trotzdem klingt das an. Ich lasse das so stehen.

(Klaus Schlie [CDU]: Das passt nicht zur Situation der Betroffenen!)

Diese Schulen müssen im Gesamtkontext der Hilfen bewertet werden. Es ist richtig, auch das hervorzuheben. Daher muss die Verteilung der Ressourcen auch durch eine Stelle erfolgen, die regional das gesamte Geschehen im Blick hat. Dafür sind immer noch die Schulämter gut geeignet.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Modellversuch zur Nutzung der Standspur der A 7 in Verkehrsstoßzeiten als Fahrgemeinschaftsfahrestreifen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1179

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Stritzl hat das Wort.

(Klaus Schlie [CDU]: Herr Stritzl, wollen Sie eine Fahrgemeinschaft bilden?)

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ersten Reaktionen machen die Betroffenheit deutlich.

(Heiterkeit und Beifall)

Jeder, der morgens oder abends Radio hört, weiß, dass die Meldungen über Verkehrsstaus zu den meistgehörten Beiträgen von Hörfunkveranstaltern geworden sind, und zwar nicht deshalb, weil die Menschen etwa einen zunehmenden Hang zu Science-Fiction-Beiträgen hätten, sondern weil diese Beiträge der Hörfunkveranstalter eine bei ihnen stetig stärker werdende Belastung widerspiegeln. Zehntausende von Menschen müssen bei uns täglich Stunden im Stau verbringen, wenn sie auf dem Weg zur Arbeit oder von der Arbeit nach Hause sind.

Wir wissen, dass alle Verkehrsprognosen große Steigerungsraten aufweisen. Wir wissen, dass die Belastung auf den Straßen zunehmen wird. Deswegen werden wir langfristig nicht darum herumkommen, entsprechende **Straßenerweiterungsmaßnahmen** durchzuführen. Ich glaube, Herr Minister, da sind wir uns im Ergebnis einig. Ich wünsche Ihnen im Interesse unseres Landes viel Erfolg bei der Durchsetzung der entsprechenden Maßnahmen im Kabinett.

(Beifall bei der CDU)

Es ist festzustellen, dass die Frage, wer die aktuellsten Staumeldungen hat, mittlerweile zum Wettbewerb zwischen den Hörfunksendern geworden ist. Daher stellt sich die Frage, wie wir Abhilfe schaffen können.

Da kann man natürlich sagen: Wir haben kein Geld. Wir können nichts tun. - Ich finde es prima, dass der Verkehrsminister eine Denkblockade dahin gehend durchbrochen hat, dass er gesagt hat: Zumindest im Sommer möchte ich einmal einen Modellversuch machen, um zu verhindern, dass die A 7 zu touristischen Spitzenzeiten der größte bekannte Parkplatz im Lande ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Verkehrsminister hat im Sommer ein Modellprojekt durchgeführt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das nennt man Innovation!)

- Das nennt man Innovation. Dieser Versuch wird jetzt ausgewertet werden; das ist richtig. Diese Auswertung wird aber sicherlich nicht zu dem Ergebnis führen, die **Nutzung der Standspur** habe zu einer Verfestigung beziehungsweise nicht zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses geführt. Darüber sind wir uns sicherlich einig. Sie nicken. Wir haben heute also zum Teil bereits ein positives Ergebnis feststellen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn wir dies heute schon feststellen können, dann müssen wir überlegen, wie wir solche positiven Erfahrungen ausweiten können. Ich sage Ihnen: Bleiben Sie

(Thomas Stritzl)

nicht stehen bei den Bemühungen zur Abwendung von verkehrschaoischen Verhältnissen auf der A 7 zu Zeiten; denn wir haben - das ist die leidige Erfahrung von vielen Tausend Menschen in diesem Land - bei den Fahrten zur Arbeit und von der Arbeit nach Hause täglich die gleiche Situation. Zu den volkswirtschaftlichen Verlusten, also dazu, was es bedeutet, wenn Menschen täglich viele Stunden im Stau verbringen, will ich gar nichts sagen. Aber ich meine, wir sollten diesen Modellversuch ausweiten und sagen: Wenn die A 7 ein besonderer Brennpunkt ist, dann lasst uns gemeinsam eine Spur neu denken. Versuchen wir doch einmal, zu Verkehrsspitzenzeiten den Standstreifen als Fahrgemeinschaftsspur zu öffnen.

Ich hoffe, dass auch die Grünen den Charme, der in diesem Vorschlag liegt, erkennen; denn Fahrgemeinschaften sind ökologisch sinnvoll. Sie führen im Zweifel dazu, dass man mehr Fluss in den sonst stehenden Verkehr bekommt.

Ich sehe, dass der eine oder andere bereits die Stirn runzelt. Wenden wir uns daher einmal der Frage zu, was wir angesichts der vorhandenen Gegebenheiten, auch was die restriktive Haushaltslage angeht, noch gemeinsam bewegen können. Versuchen wir einmal, Politik dahin gehend zu gestalten, dass wir etwas wollen. Wir sollten nicht dahin kommen, dass jeder von uns zu einer kleinen Verkehrsbehörde wird: Jeder hat sein privates Bedenken. So etwas brauchen wir nicht. Ich würde mich freuen, wenn wir uns durch eine konstruktive Diskussion im Sinne einer Lösung des Problems im Rahmen eines Modellversuchs näher kommen könnten. Das ist das Anliegen meiner Fraktion.

Es ist auch nicht so, dass wir uns nicht umgetan hätten. Vielmehr haben wir gefragt, ob es so etwas nicht schon irgendwo gibt, sodass man von den Erfahrungen profitieren kann. Wir haben festgestellt, dass so etwas in Los Angeles schon gemacht wird.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch nicht auf der Standspur!)

- Nein, gnädige Frau. Ich bin sofort Ihrer Meinung, Frau Heinold. Offensichtlich waren Sie auch schon in Los Angeles. Da nimmt man die linke Spur. Dort gibt es aber auch acht Fahrstreifen. Wir können uns sofort darauf einigen, die A 7 auf acht Spuren auszubauen. Dann nehmen wir die ganz linke Spur für die Fahrgemeinschaften.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von der SPD)

- Das habe ich nicht gesagt. Ich wollte nur deutlich machen, dass man sich bei den Überlegungen auf das konzentrieren sollte, was man tun kann. Wir müssen schauen, welche Mittel wir zur Verfügung haben. Mir

geht es darum, eine Option im Rahmen eines Modellversuchs zu nutzen. Ich sehe schon, dass die Grünen anfangen zu überlegen, wer das kontrollieren kann.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich will nur nicht von links und von rechts überholt werden!)

- Das ist klar. Wir wollen, dass es dabei bleibt, dass links überholt werden kann und dass man rechts zum Arbeitsplatz kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bei der Frage der Kontrolle, Frau Kollegin, bin ich guten Mutes. Die Bundesregierung hat beschlossen, dass man sogar den Leuten, die im Auto ihr Handy benutzen, auf die Spur kommen will. Da sind sie sehr intensiv hinterher. Die Frage der Kontrolle wird in Deutschland also kein Problem sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt hat der Abgeordnete Müller das Wort.

**Klaus-Dieter Müller [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich - auch im Auftrag meines Arbeitskreisvorsitzenden - sagen, warum ich zu Verkehrsfragen spreche. Das liegt daran, dass wir miteinander vereinbart haben, dass ich ihn vertrete, solange er gesundheitlich angeschlagen ist.

Der Antrag des Kollegen Thomas Stritzl und der CDU-Fraktion stellt eine Bestätigung unseres Verkehrsministers Bernd Rohwer dar. Dieser hat im Sommer die Nutzung des **Standstreifens** auf der A 7 angeordnet. Der Erfolg kann sich in der Tat sehen lassen; das hat Herr Stritzl eben bestätigt. „Kleiner Aufwand - große Wirkung“, resümierte der NDR. Auch der ADAC war voll des Lobes für den Verkehrsminister.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wunderbar, anhaltender Beifall bei der Opposition!

Insoweit ist es auch sinnvoll, das **Pilotprojekt** an dieser Stelle einmal kurz zu bewerten und dem Minister die Unterstützung des Hauses für die Fortsetzung der Nutzung des Standstreifens der A 7 in den Sommermonaten zu signalisieren.

Die Anregung des Kollegen Thomas Stritzl, den Standstreifen zu den Hauptverkehrszeiten als Fahrstreifen für **Fahrgemeinschaften** zu nutzen, ist offen-

(Klaus-Dieter Müller)

bar der untaugliche Versuch, sich bei unserem grünen Koalitionspartner einzuschmeicheln.

(Beifall bei der FDP)

Unsere grünen Kolleginnen und Kollegen, lieber Thomas Stritzl, haben naive Schnellschüsse durch pragmatische Ansätze ersetzt. Aber das ist eine Lücke, in die ihr sicherlich stoßen könnt.

Eine Partei, die allerorts glauben machen will, sie setze sich für einen Abbau an Bürokratie ein, macht sich nun daran, überprüfen zu lassen, ob den noch zu definierenden Kriterien für eine wirkliche Fahrgemeinschaft auf der Standspur der A 7 im Einzelfall Genüge getan wird. Ich sehe schon Thomas Stritzl in seiner Freizeit die Leute fragen, ob sie sich denn auch gut genug kennen, um als Fahrgemeinschaft gelten zu können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wirkliche Problem ist Folgendes: Ich sehe schon die PKWs an den auf der Mittelspur fahrenden LKWs links auf der Überholspur und rechts auf der Standspur der A 7 vorbeibrausen, je nachdem - Fahrgemeinschaft hin oder her - wo mehr Platz ist. Vor allem die kleinen und kleinsten Fahrgemeinschaften gewöhnen sich schnell an das Rechtsüberholen von LKWs. Nein, meine Damen und Herren, dieser Schnellschuss zielt ins Leere.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte einen weiteren falschen Ansatz des Antrages zum Anlass nehmen, mich kurz mit den sinnvollen Modalitäten einer Fortsetzung des begonnenen Modellversuchs auseinander zu setzen.

Ich habe in Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes mit Max Stich vom ADAC und Herrn Schwarz von der Polizeidirektion in Neumünster telefoniert. Beide begrüßen die Initiative des Ministers sowie deren Fortsetzung, wollen eine solche Maßnahme aber nicht auf die Hauptverkehrszeiten beschränkt sehen, wie die CDU es in ihrem Antrag fordert. Dies nämlich führe zu einer erhöhten Gefährdung der Verkehrsteilnehmer. Es sollte ein längerer, durchgehender Zeitraum gewählt werden, also etwa die Sommermonate, was sicher am sinnvollsten ist, und es sollte eben nicht auf die Wochenenden begrenzt werden. Denn viele Verkehrsteilnehmer würden die schnell wechselnde Beschilderung nicht aufmerksam genug wahrnehmen und weiter auf dem Standstreifen fahren. Beim Spurwechsel käme es dann zu Gefährdungen.

Grundsätzlich ist die Fortsetzung des von Minister Rohwer begonnenen Versuches zu begrüßen. Der

Versuch hat im Sommer zu weniger Staus geführt und - wie die Polizei in Neumünster sagt - auch zu weniger Aggressionen bei den Verkehrsteilnehmern.

Der Versuch sollte aber für einen festen Zeitraum durchgehend fortgesetzt werden. Nachts muss die Maßnahme noch besser erkennbar, also beleuchtet sein.

Vielen Dank, Bernd Rohwer, vielen Dank auch Thomas Stritzl; du hast es uns ermöglicht, mit einem nicht zu Ende gedachten Antrag die gute Arbeit unseres Verkehrsministers zu würdigen. So stellen wir uns eine kooperative Opposition vor.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt erwarten wir aber Beistand für die CDU!)

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Stritzl, Welch eine bestechende Idee! - Das war sicherlich bei vielen - so auch bei mir - der erste Eindruck, als ich Ihren ungewöhnlich kurzen und präzisen Antrag las -

(Heiterkeit)

sind wir doch alle inzwischen weit gereist und wissen deshalb, dass ein Extrafahrestreifen für Fahrgemeinschaften, also wenn ein PKW mit mindestens zwei Personen besetzt ist, zum Beispiel in Seattle oder in Los Angeles längst zum Alltag gehört.

Dann hat ja so ein Modellversuch auch etwas Tröstliches: Man muss sich nicht gleich richtig entscheiden. Wir können erst einmal sehen, ob das auch hier funktioniert. Man hat trotzdem schon mal etwas im wahren Sinne des Wortes „in die Wege geleitet“, wenn auch in diesem Fall nur auf die Standspur.

(Heiterkeit)

Außerdem ein weiterer Pluspunkt, den die CDU vielleicht nicht unbedingt erreichen wollte: Dem Verkehrsminister wird noch einmal Gelegenheit gegeben, über seine gelungene Initiative zu berichten, **Standstreifen** während der Urlaubszeit in **Fahrestreifen** zu verwandeln.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Es tut ja immer gut, meine Damen und Herren, wenn man als zuständiger Minister aus einer mittelgroßartigen Idee dreimal Honig saugen kann:

(Heiterkeit)

bei der Ankündigung, zu Beginn der Durchführung und in der Rückschau. - Alles auch noch unter allseitigen Lobesbezeugungen der Opposition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle mir also vor, wie die überwiegend schleswig-holsteinischen Autobahnbenutzer - mindestens zu zweit - sozusagen als Modell zum Beispiel zwischen Flensburg und Tarp und zwischen Bad Bramstedt und Kaltenkirchen plötzlich und selbstverständlich zeitlich befristet auf die Standspur wechseln - nicht zum Stehen, sondern zum Fahren, versteht sich.

(Heiterkeit und Beifall)

Ein Unterfangen, das schon während der Urlaubszeit nach meiner Beobachtung in der Umsetzung nur von wirklich routinierten Autofahrern verstanden und nachvollzogen wurde,

(Heiterkeit und Beifall)

das im Übrigen an den Ausfahrten und Einfahrten vielleicht doch bei dem einen oder anderen zu Schwierigkeiten führen dürfte.

Immer vorausgesetzt, dass die Mehrheit des Hauses diesen zukunftsweisenden Versuch beschließen und finanzieren will, schlage ich vor, dass Herr Kollege Stritzl und Fraktion selbstverständlich die Kontrolle organisieren, ob auch tatsächlich überall mindestens zwei Personen im PKW auf der Standspur sitzen - selbstverständlich auch dies lediglich als Modellversuch, Herr Kollege.

Eine Frage hätte ich noch zum Abschluss an den verehrten Herrn Kollegen Stritzl: Sind ein Fahrer und ein Vizepräsident im Dienstwagen

(Heiterkeit und Beifall)

auf der Standspur auch eine Fahrgemeinschaft?

(Heiterkeit und Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Christel Aschmoneit-Lücke, ich könnte dich für diesen Vortrag küssen.

(Heiterkeit und Beifall - Roswitha Strauß [CDU]: Das hat sie nicht verdient!)

Ich bedanke mich natürlich beim Vizepräsidenten erstens für die Einschmeichelversuche bei den Grünen - so etwas habe ich natürlich immer gern -, zweitens dafür, dass er es geschafft hat, hier eine humorige Debatte zu inszenieren.

Ansonsten habe ich im ersten Moment gedacht: Mensch, hat er Schnaps getrunken oder was ist los?

Die praktischen Probleme und die Unterschiede zu den USA sind schon detailliert erläutert worden. Ich habe dem nur noch eines hinzuzufügen: Diese Art von Versuchen führt ja in der Regel dazu, dass der Umsatz von Schaufensterpuppen steigt, und ich finde, es ist unfair gegenüber denjenigen, die diese Ausgabe tätigen, dass das nur ein Modellversuch ist und man keine Sicherheit bei der Investition hat.

Ohne das jetzt weiter auszuführen, bedanke ich mich beim Minister für den Modellversuch. Ich habe mir berichten lassen, dass der Modellversuch recht gut geklappt hat - trotz der teilweisen Schwierigkeiten, dass man nicht wusste, zu welchen Zeiten man wo fahren muss. Das lässt sich sicherlich korrigieren. Wir warten jetzt auf die Auswertung und ich stelle am Schluss fest: Herr Stritzl, Sie sind leider auf der falschen Spur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms** [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erste Gedanke, der mir bei dem Antrag durch den Kopf schoss, war genau der gleiche wie bei Frau Aschmoneit-Lücke: Sind eigentlich Landtagsabgeordnete mit eigenem Fahrer auch schon Fahrgemeinschaften? - Sie sehen, SSW und FDP sind auch hier nicht weit auseinander.

Der Antrag macht ja eines deutlich: Die **Kapazitätsgrenzen** unserer Hauptmagistrale **A 7** sind teilweise schon erreicht und wir können davon ausgehen, dass sich das Problem eher noch verschärfen wird.

Im Antrag wird nun vorgeschlagen, für eine bestimmte Gruppe in bestimmten Zeiträumen eine besondere Regelung einzuführen. Es soll nämlich ein Modellversuch durchgeführt werden, in dem der Standstreifen der A 7 zu Hauptverkehrszeiten für Fahrgemeinschaften freigegeben wird. Ich persönlich habe das Gefühl, dass eine solche Sonderregelung zur Verwirrung der

(Lars Harms)

Autofahrer beitragen und so zu weiteren Gefahren führen könnte. Eine solche Regelung wird vermehrt zu Fehlverhalten führen, deren Auswirkungen wir nur sehr schwer einschätzen können.

Außerdem glaube ich nicht, dass der typische deutsche Autofahrer sich daran halten wird, dass die Freigabe nur für Fahrgemeinschaften gilt. Das Ganze ist darüber hinaus auch für die Polizei unkontrollierbar, was der von mir zitierte typische deutsche Autofahrer auch sehr schnell erkennen und entsprechend danach handeln wird.

Erfahrungen aus dem Ausland mit ähnlichen Modellen bekräftigen diese Annahme. So gab es in den Niederlanden einen Versuch, bei dem auf einer Autobahnstrecke der Mittelstreifen ausgebaut und für Fahrgemeinschaften sowie Busse freigegeben wurde. Nach einiger Zeit wurde dieser Versuch jedoch wieder beendet, unter anderem deshalb, weil viele Autofahrer diese Regelungen missbrauchten, zum Beispiel indem sie mit Gummipuppen durch die Gegend fuhren. - Glücklicherweise ist, wer eine im Schrank hat.

Die Verstopfung der Autobahnen sind nicht ein Problem, das nur Pendler betrifft, sondern die verstopften Autobahnen sind ein generelles Strukturproblem. Nun könnte man sagen: Dann baut doch die Autobahnen aus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Aber so leicht, Herr Kollege Garg, ist das natürlich nicht. Nicht nur das Geld fehlt an allen Ecken und Enden, sondern hierbei handelt es sich auch um Eingriffe in die Natur, die wohl überlegt sein müssen. Sie können mir glauben, wovon ich spreche. Bevor man Autobahnen ausbaut oder erweitert, ist es in der Tat richtig, sich Gedanken zu machen, wie man zumindest die Probleme von heute pragmatisch lösen kann. Darin gebe ich Herrn Stritzl auch ausdrücklich Recht.

Bevor wir aber die Standspuren, die im Übrigen in Notfällen eine wichtige Funktion haben, zeitweise nur für bestimmte Gruppen öffnen, sollten wir darüber nachdenken, ob es möglich ist, die **A 7** in bestimmten Bereichen **dreispurig** auszuweisen und dafür den Standstreifen zu nutzen. Das geht selbstverständlich nur, wenn man die Geschwindigkeit auf diesen Streckenabschnitten dementsprechend begrenzt.

Eine solche Lösung hätte möglicherweise den Vorteil, dass wir weniger Staus und stockende Verkehre bekommen, ohne dass man groß investieren müsste.

Durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung könnte man die Gefahren, die sich aufgrund eines Verzichts auf einen Standstreifen ergeben, zumindest minimieren.

Eine ähnliche Lösung ist auf schleswig-holsteinischem Gebiet vor kurzem im **Hamburger Umlandbereich** eingeführt worden. Laut Angaben des Verkehrsministeriums hat sich diese Regelung, die nur für die zusätzliche Belastung in der Sommerzeit galt, auch bewährt. Da sollten wir meiner Meinung nach weitermachen und uns nicht über solche Vorschläge unterhalten, wie sie jetzt in dem vorliegenden Antrag formuliert worden sind. Ich glaube, das geht etwas zu weit.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Minister Rohwer das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, Herr Stritzl, ich freue mich natürlich über die Gelegenheit, hierzu heute Stellung nehmen zu können. Und ich würde mich auch darüber freuen, wenn wir dazu kommen könnten, heute keine abschließende Beratung stattfinden zu lassen, sondern zu einer Überweisung in die Ausschüsse kommen und dann Gelegenheit hätten, darüber noch einmal zu diskutieren.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **A 7** ist die wichtigste Achse für den Nord-Süd-Straßenverkehr in Schleswig-Holstein. Sie ist eine der wichtigsten verkehrlichen Lebensadern unseres Landes. Alle **Verkehrszahlen** und Prognosen lassen erwarten, dass die Belastung dieser Strecke mit PKW- und vor allem mit LKW-Verkehren in den nächsten Jahren erheblich ansteigen wird. Ich werde dazu in den nächsten Wochen neue Zahlen vorlegen. Deshalb verfolgt die Landesregierung bekanntermaßen eine Doppelstrategie.

Kurzfristig versuchen wir, den Verkehrsfluss auf der **A 7** durch ein zeitweiliges LKW-Überholverbot und die Freigabe von Abschnitten des Standstreifens während der Hauptreisezeit zu beschleunigen - dazu kommt noch die Verkehrsregelungsanlage im Hamburger Raum -, und zeitgleich versuchen wir, so bald wie möglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir die **A 7** in den Abschnitten **sechsstreifig** ausbauen können, in denen die Verkehrsbelastung das erfordert. Sie wissen, dass wir dieses Vorhaben bezogen auf den Abschnitt zwischen der Landesgrenze nach Hamburg und dem Bordesholmer Dreieck für den neuen **Bundesverkehrswegeplan** angemeldet haben. Ich habe

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

den Eindruck, dass dieses Vorgehen von Ihnen hier im Haus unterstützt wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es schön, dass sich jetzt auch die CDU an der Diskussion dieses Themas mit der Vorlage eigener Vorschläge beteiligt. Noch im letzten Herbst hatten Sie das Thema eher glossiert. Die Vorschläge sollten aber sinnvoll und rechtlich zulässig sein. Hier muss ich auf ein Problem aufmerksam machen. Der Standstreifen hat zunächst eine Sicherheitsfunktion. Der Bund stimmt - das ist wichtig - einer Freigabe bislang nur dort und nur in solchen Zeiten zu, wo die Verkehrsbelastungen außergewöhnlich hoch sind.

Natürlich möchte ich diese Maßgabe so extensiv wie möglich nutzen. Deshalb werde ich die neuen Verkehrszahlen jetzt auswerten und dem Bund Vorschläge unterbreiten, wie wir den **Standstreifen** möglichst für längere Streckenabschnitte und für längere Zeiträume nutzen können. Ich glaube, das ist unser gemeinsames Ziel. Nur dann werden wir den Verkehrsfluss erhöhen. Dazu erarbeiten wir zurzeit Vorschläge. Das habe ich auch schon öffentlich angekündigt.

Wenn wir das schaffen - was kein Selbstgänger ist, weil die rechtlichen Restriktionen zu beachten sind -, stellt sich die Frage, was wir mit einem zusätzlichen Fahrstreifen machen. Das muss dann nicht der Standstreifen sein, denn der Verkehr wird sich nach rechts in Richtung Standstreifen verlagern. Es stellt sich also die Frage, was wir mit dem dritten Streifen machen. Hier mache ich auf das Problem aufmerksam: Wenn wir gegenüber dem Bund argumentieren müssen, dass die Verkehrsbelastung entsprechend hoch ist, können wir den Streifen nicht auf eine **Nutzergruppe** beschränken, denn dann wird der Bund sagen: Na, dann könnt ihr auch mit zwei Streifen auskommen! Wir müssen also so argumentieren, dass der dritte Streifen verkehrlich absolut erforderlich ist. Deshalb bin ich skeptisch - auf Antrieb jedenfalls; wir werden das aber überprüfen - im Hinblick darauf, hier eine Sondernutzung für eine bestimmte Nutzergruppe einzurichten - von den Kontrollproblemen einmal ganz abgesehen. Herr Harms und andere haben schon darauf hingewiesen, dass die Beispiele im Ausland hier in der Tat nicht einschlägig sind. Dort bestehen andere Voraussetzungen. Es haben andere Erfahrungen gemacht, die Ergebnisse müssten wir gegebenenfalls erst noch auswerten. Im Ausland gibt es meist mehr als drei Fahrstreifen, es gibt dort zusätzlich einen Sicherheitsstreifen, also insgesamt andere Voraussetzungen. Dennoch bedanke ich mich für den Vorschlag.

Ich möchte gern bei meinem Vorgehen bleiben, zunächst jetzt die verkehrlich sinnvollste Lösung und die mit dem Bund am ehesten durchsetzbare Lösung zu

realisieren. Mein Ziel ist es, die **Freigabe der Standstreifen** über die Hauptreisezeit hinaus und für einen längeren Abschnitt zu erweitern. Dann ist es auch einfacher, die Verkehrsteilnehmer zu informieren und sie entsprechend dorthin zu bewegen. Das muss sich erst durchsetzen. Je länger der Zeitraum ist und je länger der Streckenabschnitt ist, desto besser funktioniert das auch. Diese Gespräche sind kein Selbstgänger; ich habe eben auf die Probleme hingewiesen. Ich werde Ihnen dazu demnächst Vorschläge vorlegen.

Herr Stritzl, für eine konstruktive Diskussion bin ich offen. Ich glaube aber, dass Ihr Vorschlag so nicht umsetzbar ist. Ich neige dazu, alle drei Streifen vollständig zu nutzen, den rechten Streifen für LKWs, die anderen beiden Streifen für PKWs, damit der Verkehr entlastet wird und wir einen besseren Verkehrsfluss bekommen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen. Wird ein Antrag gestellt?

(Zuruf: Überweisung!)

- Überweisung an den zuständigen Ausschuss, also an den Wirtschaftsausschuss.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Überweisung, abschließend beraten!)

Der Antrag ist gestellt. Wer dem Überweisungsantrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Stimmenthaltungen? - Gegenstimmen? - Dann haben wir einen schönen einstimmigen Beschluss gefasst.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1181

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Kann die Regierung heute berichten? - Dann erteile ich für die Antwort der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Frau Franzen, das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben drei Säulen im Bereich der Finanzierung der Dorfentwicklung: EU-Mittel im „ZAL“-

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

Programm, Gemeinschaftsaufgabemittel und ein Landesmittelprogramm. Bei fünf Minuten Redezeit fehlt mir die Zeit, das im Einzelnen auszuführen. Zu allen Bereichen möchte ich gern anbieten, dass ich dazu im Ausschuss Fragen beantworte, falls noch Fragen offen bleiben, die ich in meinen Ausführungen jetzt nicht beantworten werde.

Heute geht es um das „ZAL“-Programm, um das Programm, das ausschließlich für die kommunalen Träger verwendet werden kann. Wir bekommen für das Programm maximal 40 % von der EU und können es dann - was wir bisher immer getan haben - weiter aufstocken auf immerhin ansehnliche 50 % im Durchschnitt bei den Projekten und auf 60 % bei den LSE. Das war unsere bisherige Handhabung.

Die aktuelle Situation sieht wie folgt aus: Durch den Nachtrag und außerdem durch den Ansatz für den Haushalt 2002 - die Zahlen liegen Ihnen ja inzwischen vor - haben wir sehr stark kürzen müssen. Wir haben fast keine Spielräume mehr für Neubewilligungen. Das ist das Drama, vor dem wir stehen. Ich möchte aber auch die gute Nachricht betonen. Fest steht, wer seinen Bewilligungsbescheid hat, bekommt die darin beschiedene Quote. Wir sollten diese guten Nachrichten nicht vergessen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Ein Kritikpunkt ist der vorläufige Maßnahmebeginn. Nach unserer überschlägigen Berechnung gibt es im Moment 402 Projekte mit einem Fördervolumen von 3,8 Millionen € - wir reden ja von Euro. Ich wiederhole noch einmal, die Festlegung des vorläufigen Maßnahmebeginns ist noch keine Förderzusage. Das steht so in der Zusage auch drin, die Erwartungshaltung ist oftmals jedoch eine andere. Es ist ein gewolltes flexibles Instrument, mit dem man ansetzen kann, wenn die Mittel schon verbraucht und die neuen Mittel noch nicht da sind. Das Instrument ist im Grunde genommen etwas, was alle wollten, nicht nur das Land. Deshalb wurde damals dem MRL dafür auch ein Lob ausgesprochen - flexibel, jung, dynamisch und alles war okay.

Nun kommt der Nachtrag, die Kürzung, die Zusagen können nicht eingehalten werden. Auf einmal ist dasselbe Handeln, das vorher begrüßt wurde, des Teufels, und zwar natürlich nur bei uns und nicht bei denen, die es damals mit eingegangen sind. Und es gibt auch Antragsteller, die einen Maßnahmebeginn haben und nicht angefangen hatten. Von denen redet im Moment keiner.

Wir nutzen jetzt die Zeit, um zu gucken - wenn wir das Gesamtvolumen, das ich eben geschildert habe, zu den

alten Kriterien nicht werden „wuppen“ können, was das Beste wäre -, ob wir Kriterien finden können, nach denen festgelegt werden kann, was erfüllt wird. Die Kriterien müssen für diejenigen, die dann doch die alten Quoten bekommen, akzeptabel sein - das wird nicht das Problem sein -, aber sie müssen gerade auch für diejenigen akzeptabel sein, die sie nicht bekommen. Ein solches Kriterium könnte zum Beispiel ein **Konversionsstandort** sein. Wir alle haben darüber oft diskutiert und bei Herrn Scharping leider wenig erreicht. Das ist mir durchaus bekannt. Gemeinden, die Sonderbedarfszuweisungen vom Innenminister bekommen, und eventuell auch Gemeinden und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit könnten andere Gesichtspunkte sein. Wir dürfen eines nicht vergessen, mit dem „ZAL“-Programm wollen wir insbesondere **Arbeitsplätze** fördern, wir wollen nicht die Dorferneuerung nach altem Muster. Das wären also Kriterien, die man anlegen könnte.

Ich will noch einmal sagen, dass wir die Zeit nutzen. Bis zur zweiten Lesung haben wir noch Zeit. Es wird erneute Gespräche der Ministerin mit der kommunalen Familie geben - ich hatte sie schon einmal vor der Sommerpause -, mit den Landräten und den Amtschefs der Ämter und der betroffenen kleineren Städte, die bei den LSE dabei sind.

Für mich als Ministerin ist besonders erfreulich, dass es auch hilfreiche Briefe gibt. Vom Gemeindetag gibt es den Hinweis auf den KIF. Das ist nicht so ganz einfach. Damit können wir keine europäischen Mittel greifen, weil es sich dabei nur um darlehensfinanzierte Gelder handelt. Aber es könnte der einen oder anderen Kommune helfen. Wir haben noch weitere Dinge auf dem Prüfstand, die ich heute noch nicht erwähnen möchte, aber die ich im Ausschuss darlegen kann, wenn sie spruchreif sind.

Ich will mich ausdrücklich bei dem Fraktionsvorsitzenden der SPD bedanken. Er ist gestern in seiner Haushaltsrede auf „ZAL“ eingegangen, hat großes Verständnis gezeigt und auf eine alte Methode - zumindest bei der SPD - hingewiesen: Wenn jemand irgendwo mehr Geld hinzupacken will, muss er sagen, wo es herkommt.

Ich sage einmal, welche Szenarien im Einzelplan 08 zur Verfügung stehen, um größere Dinge zu wuppen. Da haben wir den Küstenschutz, da haben wir den Tourismus, den wir gerade neu organisiert haben - da haben wir „ZAL“ -, da haben wir die Landwirtschaft, die Neuausrichtung beziehungsweise die Hilfen bei BSE und MKS. Denken Sie beispielsweise an Pest und Cholera oder an andere Seuchen. Dann wissen Sie, zwischen was Sie wählen können. Ich wäre schon sehr dankbar für gute Kooperation und dafür, dass das

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

Parlament die Verantwortung dafür übernimmt, wo wir streichen sollen. So leicht ist das nicht. Überall verliert man 60 %, beim Küstenschutz sogar 70 %. So ist das eben. So sind die Kofinanzierungen. Also: So einfach ist das nicht.

Man soll immer mit guten Nachrichten aufhören. Die will ich auch sehr selbstbewusst vortragen. Wir haben im Bereich **Dorfentwicklung** in der Zeit von 1995 bis 2001 107 Millionen DM ausgegeben. Das ist ein ansehnlicher Betrag. 2000 hatten wir das beste Jahr. Auch 2001 liegen wir mit den gekürzten Beträgen noch über den Beträgen der Jahre 1995 und 1997.

Der ländliche Raum ist sehr positiv entwickelt. Fahren Sie einmal durch Frankreich oder durch andere Bundesländer und gucken Sie sich das an! Es gibt keinen Grund zur Weltuntergangsstimmung der Opposition und auch nicht der Kommunen, die ich besuche, sondern einen Grund zum gemeinsamen Handeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht. Ich weise darauf hin, dass mit dem Antrag ein Bericht beantragt war. Der ist damit gegeben worden. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Herr Abgeordnete Claus Ehlers.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse** ist in ihrer Zielsetzung ein Instrument, das ich insgesamt positiv bewerte. Ämter und Gemeinden haben sich über Gemeinde- und Amtsgrenzen hinweg mit ihrer Situation und ihrer zukünftigen Entwicklung auseinander gesetzt und in einem größeren Rahmen Abstimmungen ermöglicht, die sonst vielfach niemals zustande gekommen wären.

Die Einbindung von Vereinen, Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern hat eine Zukunftsgestaltung auf breiter Basis ermöglicht.

Schon frühzeitig hat die CDU gewarnt - ich als Amtsvorsteher habe Erfahrungen; wir waren damals ein Modellamt von vier in Schleswig-Holstein -, allzu große Versprechungen zu machen und dann, wenn die **Umsetzung** von LSE bevorsteht, festzustellen, dass die **notwendigen Finanzmittel** nicht aufzubringen sind. Es macht keinen Sinn, die Gemeinden auf teuer erkauften Plandaten sitzen zu lassen und auf einen späteren Termin für eine Umsetzung zu vertrösten.

Auch eine perfekt erstellte LSE kann ihren Wert durch Zeitablauf verlieren.

(Beifall bei der CDU - Hans-Jörn Arp [CDU]: So ist es!)

Die Situation, die wir befürchtet haben, ist jetzt eingetreten. Für private Vorhaben im Rahmen der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung ist das zurzeit zur Verfügung stehende Finanzvolumen ab dem Jahr 2002 allenfalls noch ausreichend, um den Ofen anzuschaffen, den man braucht, um nicht mehr umsetzbare Pläne zu verbrennen.

Ich habe das Gefühl, dass das Programm, das hier auf den Weg gebracht worden ist, ein gewaltiges Programm für die Architekten- und Ingenieurkammer ist, nicht aber dafür, Handlungsrezepte im gesamten ländlichen Raum zu erstellen.

(Beifall bei der CDU)

Der **Wegfall** des eigenständigen **Zielgebietes „Ländlicher Raum“** hat zu einer deutlichen Verschiebung der Mittelströme hin zu den größeren Städten geführt. Das mag ausreichen, Ihrem Genossen Gansel hier in Kiel die Wiederwahl zu sichern. Für die ländlichen Räume ist es jedoch ein grundverkehrter Weg, der hier eingeschlagen wird. Nach den ständig wiederholten Beteuerungen der Landesregierung, den ländlichen Räumen eine Zukunftschance geben zu wollen, ist dies für den gesamten ländlichen Raum geradezu eine Verhöhnung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Anders ist auch nicht zu verstehen, dass die öffentliche Förderung für Vorhaben der Gemeinden nur noch 40 % betragen soll. Darin sind aufgrund des Finanzdesasters in Schleswig-Holstein keine Bundes- und Landesmittel enthalten. Für künftige Projekte könnten die Gemeinden ihre Finanzplanung vielleicht darauf abstellen. Aber die nachträgliche Kürzung für laufende Projekte ist in dieser Form einfach nicht hinnehmbar.

Die Förderkürzung um 10 % von bisher 50 % auf nunmehr 40 % hat für viele Gemeinden schwerwiegende Folgen. Mit der **Mittelkürzung** ist daher weit mehr verbunden als nur ein höherer Finanzierungsbedarf. Denn gerade kleine Gemeinden mit weniger Einwohnern stoßen schnell an die Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Die Umsetzung der LSE-Projekte ist darüber hinaus für viele Gemeinden das einzige Finanzierungsinstrument, das vorhanden ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)



(Claus Ehlers)

Die Entscheidung der Landesregierung, gerade hier den Rotstift anzusetzen, dient nicht dem Interesse des Landes.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern.

(Beifall bei CDU und SSW)

So einfach, wie die Landesregierung es sich vorstellt, geht es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Möglicherweise haben die Verantwortlichen noch nicht erkannt, welchen Flurschaden sie hiermit anrichten. Man sollte künftig bei der Anschaffung von Dienstwagen der Landesregierung ebenfalls den Versuch wagen, 10 % einzusparen,

(Ministerin Ingrid Franzen: Kein Problem!)

und die Fahrzeuge ohne Dach ausliefern. Dann würden die Kabinettsmitglieder genauso im Regen stehen wie jetzt unsere Landgemeinden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist einfach nicht zu begreifen, wie eine Landesregierung, die vorgibt, sich besonders für die Interessen der Arbeitnehmer einzusetzen, mit einer Kahlschlagpolitik bei den Investitionen Arbeitsplätze verhindert. Eine weitere Schwächung der Konjunktur durch eine Kürzung an der falschen Stelle verschärft die Situation zusätzlich. An dieser Stelle ist zu fragen, wieweit die bisherigen Maßnahmen für die Schaffung von Arbeitsplätzen eine positive Auswirkung gehabt haben. Mir sind Not leidende Projekte bekannt, aber auch Projekte, die zwar teuer geworden sind, jedoch in der Folge zur Arbeitsplatzbeschaffung herzlich wenig beigetragen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Künftig muss daher der **Schwerpunkt** stärker auf **Arbeitsplätze** gelegt werden und weniger auf idyllische, romantische Vorstellungen über das dörfliche Leben mit der glücklichen Kuh hinter dem Tante-Emma-Laden.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Insgesamt darf ich sagen, dass dies zur Schwächung des gesamten ländlichen Raums beiträgt. Darüber müssen wir in den Ausschüssen weiter beraten. Deshalb beantrage ich Ausschussüberweisung.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Jutta Schümann das Wort.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was ist es denn nun, Herr Kollege Ehlers? Ein Flop? - Dann weiß ich gar nicht, warum Sie sich hier so aufregen und sagen, da breche uns etwas weg. Oder ist es ein Erfolg? - Dann sollten wir überlegen, ob wir die Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen und die daraus entwickelten Projekte weiter finanzieren und weiterhin vorantreiben.

(Beifall bei SPD und SSW - Heinz Maurus [CDU]: Die Signale sind im Moment andere!  
- Peter Jensen-Nissen [CDU]: Vertrauensschutz allgemein!)

Zumindest für uns sind die Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen zusammen mit den darauf aufbauenden Maßnahmen der Dorfentwicklung ein Schwerpunkt unserer Politik für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein und sie bleiben es.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mich bis zu Ende an, dann werden Sie es sehen.

(Claus Ehlers [CDU]: Und die Letzten beißen die Hunde!)

Die Zahlen der abgeschlossenen beziehungsweise geplanten **Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen** sprechen für sich. 46 sind abgeschlossen, zehn werden erarbeitet und 35 sind in Vorbereitung.

(Zuruf von der CDU: Es geht doch um die Umsetzung!)

- Ja, ich fange doch gerade erst an. Wir können das dann zum Schluss bewerten.

**Investitionen** in Millionenhöhe sind getätigt worden - das dürfen Sie bitte nicht außer Acht lassen -, die den ländlichen Raum stärken, regionale Wirtschaftskraft stützen und den Bürgerinnen und Bürgern in den ländlichen Räumen Arbeitsplätze im direkten Umfeld schaffen und weiß Gott nicht in Kiel oder in den kreisfreien Städten.

(Frauke Tengler [CDU]: Und die Umsetzung? Es geht doch um die Umsetzung!)

Diese Erfolge - jetzt hören Sie bitte einmal zu - verdanken wir der aktiven Mitarbeit der haupt- und ehrenamtlichen Kräfte in den Kommunen und allen Bür-

(Jutta Schümann)

gerinnen und Bürgern, die sich aktiv in den LSE-Prozess eingebracht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier über die Ergebnisse beklagen, dann beschweren Sie sich über die Diskussionsergebnisse der Bürger und Bürgerinnen im ländlichen Raum und das ist unfair.

(Heinz Maurus [CDU]: Die Mittelverteilung müssen wir uns noch einmal angucken!)

Gleichfalls möchte ich mich an dieser Stelle auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und in den Ämtern für ländliche Räume für ihr Engagement bei der Unterstützung der Prozesse und der finanziellen Realisierung der LSE-Projekte bedanken.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Kolleginnen und Kollegen, angesichts der äußerst **angespannten Finanzlage** des Landes hat die Landesregierung alle Förderprogramme auf den Prüfstand gestellt und vor der Sommerpause Kürzungen im Haushalt 2001 und für den Haushalt 2002 vorgeschlagen. Diese **Kürzungsvorschläge** betreffen im Haushalt des Ministeriums für ländliche Räume besonders stark die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ und damit die Kofinanzierungsmöglichkeiten zum Programm „Zukunft auf dem Lande“. Die Ministerin hat das eben ausdrücklich geschildert.

Dies hat zwangsläufig - das gestehen wir auch zu - Auswirkungen auf die Förderung der LSE-Prozesse und deren Folgeprojekte. Die LSE als Planungsprozess wurden bisher mit 60 % gefördert, wobei 20 % der Kosten aus der Gemeinschaftsaufgabe kamen. Projekte aus den LSE in kommunaler Trägerschaft erhielten eine Förderung in Höhe von 50 %, wobei 10 % GA-Mittel waren.

Die Pläne der Landesregierung sehen nunmehr aufgrund der erforderlichen Kürzungen und der rechtlich eingegangenen Verpflichtungen für die Förderung der LSE und deren Folgeprojekte nur noch eine Förderung in Höhe von 40 % vor. Dies ist den Kommunen in der Sommerpause mitgeteilt worden. Ich denke, dass diese **neuen Fördersätze** den Kommunen für neue Maßnahmen grundsätzlich eine verlässliche Grundlage bieten.

(Zuruf von der CDU)

Probleme bestehen zugegebenermaßen in den LSE-Maßnahmen der Kommunen, die bereits vor längerer Zeit geplant oder sogar schon begonnen wurden und für die noch keine Genehmigungsbescheide mit konkreter Förderhöhe erteilt wurden.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn - das muss man an dieser Stelle gerechterweise sagen - ist nun einmal nicht verbindlich. Es gibt durchaus Gemeinden, die abgewartet haben, und andere haben natürlich vertraut.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eben! Dieser Regierung kann man nicht vertrauen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Deshalb können wir die **Probleme** der **Kommunen** und auch der **privaten Investoren** nachvollziehen, die ihre Planungen auf einen höheren Zuschuss ausgerichtet haben und nunmehr nur einen Zuschuss in Höhe von 40 % angeboten bekommen. Die notwendige Nachfinanzierung der Kostenlücke ist nicht einfach. Auch das wissen wir und nehmen es zur Kenntnis. Wir denken auch darüber nach. In welcher Weise wir das tun, werde ich gleich ausführen. Wir haben uns fraktionsintern mit diesem Thema befasst und werden dieses Problem bei der Beratung des Haushalts 2002 berücksichtigen.

Dabei orientieren wir uns an folgenden Eckwerten - diesbezüglich sind wir dann wieder nicht mehr weit auseinander -: Grundsätzlich gilt wie bei allen Fördermaßnahmen eine maximale Zuschusshöhe von 50 % der Kosten. Unabhängig von der rechtlichen Bedeutung aufgrund der bisherigen Förderpraxis und ergangener Zustimmungen zum vorläufigen Maßnahmenbeginn ist ein **Vertrauensschutz** bei bereits länger der Landesregierung bekannten Maßnahmen und Projekten akzeptabel und auch zu berücksichtigen.

Der von Anfang an erforderliche **Qualitätswettbewerb** wird schärfer sein. Wir sind der Auffassung, dass Kriterien wie Sicherung und Ausbau der regionalen Infrastruktur, Arbeitsplatzwirkung, Sicherung der Grundversorgung in den ländlichen Regionen sowie Ökologisierung der Landwirtschaft in den Projekten hervorgehoben und der Förderentscheidung zugrunde gelegt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir sind aber auch der Auffassung, dass sich die finanzielle Leistungskraft der Kommunen in der Förderquote auch bei LSE-Projekten, wie beim Regionalprogramm schon geschehen, widerspiegeln sollte.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Redezeit.

**Jutta Schümann** [SPD]:

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident. - Wir werden die vorstehenden Eckwerte berücksichtigen. Wir werden sie mit den Problemfällen abgleichen, die in der Verwaltung vorliegen, und dann überprüfen, welche Haushaltsmittel erforderlich werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das heißt Notmaßnahmen!)

Dabei stellen wir uns auch vor, dass es zukünftig einen Fördermix aus anderen Finanzquellen geben könnte.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Kollegin, formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz.

**Jutta Schümann** [SPD]:

Ich bin der Auffassung, Kolleginnen und Kollegen, wir sollten diese wichtige Entwicklung, die von unten nach oben mit Bürgerinnen und Bürgern angefangen hat, nicht zerreden. Wir sollten sie auch nicht entmutigen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben sie in die Pleite geführt!)

sondern wir sollten weiterhin auch die in Planung befindlichen LSE-Prozesse unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Schümann, ich bedanke mich, dass Sie ganz offen gesagt haben, was im Lande alle Menschen erzürnt. Das ist nämlich der **Vertrauensbruch**.

(Beifall bei FDP und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Ich möchte auch hervorheben, dass die Ministerin dies ebenfalls sehr deutlich gesagt hat. 402 Projekte, wenn ich richtig gehört habe, Frau Ministerin, 3,8 Millionen DM Zuschussmittel, vorläufiger Maßnahmebeginn bewilligt, wobei die Maßnahmen zum großen Teil auch begonnen worden sind. Aber genau diese Gemeinden stehen jetzt sozusagen in der Kreide. Es wird sehr schwer sein, diesen Vertrauensbruch wieder gutzumachen.

Ich teile Ihre Einschätzung, Frau Schümann, dass wir damit einen **Prozess** in Gang gesetzt haben, der sehr viele Menschen in den ländlichen Räumen in die **Zukunftsentwicklung der ländlichen Räume** einbezogen hat, der sehr viele gute Projekte in die Wege geleitet hat, und dass diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, etwas langsamer in der Beschlussfassung gewesen sind, sozusagen diejenigen sind, die jetzt das Nachsehen haben. Das bedeutet nicht, dass ihre Projekte schlechter sind als diejenigen, die schon bewilligt sind. Es sind sogar hervorragende Projekte dabei.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein ausgesprochen tragischer Zustand, dass sie vermutlich nicht in dem Umfang zum Zuge kommen können, wie das vorher der Fall war.

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen in einem Punkt aber widersprechen. Sie nehmen Frankreich als Beispiel. Das geht nicht. In Schleswig-Holstein lebt mindestens die Hälfte der Menschen in den ländlichen Räumen. Das ist in Frankreich ganz anders. Daher haben wir auch eine Verpflichtung, in die ländlichen Räume in höherem Maße zu investieren, als das in Frankreich der Fall ist.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich habe Sie leider nicht verstanden, Herr Astrup, Sie müssen etwas deutlicher sprechen.

(Holger Astrup [SPD]: Kein Problem!)

Der zweite Punkt, Frau Ministerin, in dem ich Ihnen zustimmen möchte, ist der, dass Sie die Wahl zwischen Pest und Cholera haben. Der **Haushalt des Ministeriums für ländliche Räume** ist derartig zusammengekürzt worden, dass meiner Einschätzung nach aus diesem Haushalt heraus keinerlei Mittel herauszulösen sind, um weiterhin in das Programm „ZAL“ zu investieren. Das wird nicht möglich sein, sondern wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD ernst zu nehmen ist

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das ist er!)

- danke, Herr Wodarz, er ist ernst zu nehmen, wundervoll! -, dann wird er uns Wege aufzeigen, aus welchen anderen Haushalten Mittel bereitgestellt werden, um tatsächlich die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe in die Wege zu leiten.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann so etwas nur unterstützen, denn wir können es uns nicht leisten, die ländlichen Räume derartig hintanzustellen.

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Frau Todsens-Reese hat mit ihrer Anfrage meines Erachtens sehr gut deutlich gemacht, was im Zuge der Erarbeitung der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen geleistet worden ist, wie viele Kreise und Gemeinden einbezogen worden sind, wie viele wirklich gute, spannende Projekte damit in die Wege geleitet worden sind und wie viel privates Engagement in den ländlichen Räumen damit initiiert worden ist. Ich meine, dass wir dieses Engagement nicht derartig enttäuschen dürfen.

Ich will aber auch noch auf Folgendes hinweisen. Wir haben im vergangenen Haushalt die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 75 Millionen DM gehabt. Diese Kürzung war mit dem Hinweis verbunden: Liebe Kommunen, für bestimmte Infrastrukturmaßnahmen könnt ihr euch auch beim Programm „ZAL“ bedienen und habt die Möglichkeit, dort einen Ausgleich zu finden. Jetzt, bereits im Sommer, wird „ZAL“ entsprechend zusammengekürzt. Das löst die Wut aus, die wir in den ländlichen Räumen haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Hinzu kommt, dass wir aufgrund der BSE-Krise - sie ist von der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein nicht zu verantworten - entsprechende Ertragsausfälle in der Landwirtschaft haben.

Da wir heute Morgen über das Handwerk diskutiert haben, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen. Alle diese Mittel, die wir jetzt nicht mehr für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stellen können, weil der kommunale Finanzausgleich fehlt, weil die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe fehlen, fehlen nun auch den Handwerksbetrieben in unserem Lande. Das heißt, die Auftragslage in unserem Land wird sich dramatisch verschlechtern.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Genau das ist das Problem für unsere mittelständischen Betriebe, die nicht Aufträge in Berlin oder im Ruhrgebiet akquirieren können, sondern auf die Wirtschaftskraft unseres Landes angewiesen sind.

Daher ist die Enttäuschung zu verstehen. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen müssen, um in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ mehr Geld zu bringen, damit Komplementärmittel für dieses Land zu binden und hier auch wieder Investitionen zu ermöglichen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinschaftsaufgabe die Sparbüchse des Landes ist. Wir müssen vielmehr in das Land investieren.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Die Pressemitteilungen aller Orten geben dies wieder. Ich will nur ein Zitat anführen:

„Wie ein Simalabim-Schlüssel zum großen Tor der Zuschuss-Millionen war sie gestartet, die LSE, wie ein begossener Pudel mit einem großen Bauchklatscher ist sie nun kleinlaut gelandet.“

Wir möchten diese Landung noch verhindern. Leider sehe ich im Moment wenig Möglichkeiten.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Rainder Steenblock.

**Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, so anerkennenswert ich heute Morgen Ihr Engagement in Sachen Landwirtschaftskammer dargestellt habe - so empfinde ich das auch -, muss es an dieser Stelle von unserer Fraktion auch einige kritische Worte geben.

Die **Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen** als Instrument der Planung im ländlichen Raum haben fraktionsübergreifend, im Grunde bei allen Leuten, ein hohes Maß an Anerkennung gefunden. Gerade durch die Art und Weise, wie Menschen im ländlichen Raum zusammenarbeiten, ist es gelungen, **Zukunftsperspektiven** zu entwickeln. Das fördert die Kreativität der Bevölkerung, auch das Selbstbewusstsein. Diese Leute nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand und bekommen das dann gemeinsam mit anderen finanziert. Das ist ein hervorragendes Instrument, das wir nicht aufgeben dürfen.

Wir haben eine Situation, in der wir sparen müssen. Ich kenne den Druck sehr wohl, unter dem gerade das Landwirtschaftsministerium und Sie als verantwortliche Ministerin stehen. Trotzdem glaube ich, dass wir an dieser Stelle - wir sagen ja immer in Sonntagsreden: „Sparen darf kein Selbstzweck sein“ - sehr genau hinsehen müssen, ob wir hier nicht ein Instrument haben, das wir bewahren müssen und an dem wir alle ein gemeinsames Interesse haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

Was die Frage des **Vertrauensschutzes** betrifft - dazu hat die Kollegin Schümann schon etwas gesagt -, so müssen wir uns gemeinsam überlegen, dass an dieser Stelle - aus Gründen, die wir nachvollziehen können - jetzt kommunale Gebietskörperschaften mit der Landesregierung nichts mehr zu tun haben wollen. Ich übertreibe das einmal ein bisschen. Aber es könnte

**(Rainer Steenblock)**

sein, dass Misstrauen gestärkt wird und dass Leute, an denen wir kein Interesse haben, aufgrund der schwierigen Haushaltslage profitieren und ihnen Argumente an die Hand gegeben werden, warum hier Mittel gekürzt worden sind und welche Interessen eigentlich dahinter stehen.

Ich glaube, dass wir auch als Regierungsfraktion ein großes Interesse daran haben, dass an dieser Stelle Vertrauensschutz hergestellt wird. Wir müssen nach Wegen suchen. Das wird nicht einfach sein. Den Weg, den Sie aufgezeigt haben, werden wir mitgehen.

Wir müssen sicherlich auch über **neue Finanzierungselemente** nachdenken und sehen, wie man es gerade unter Berücksichtigung der schwierigen Situation regelt, dass einige Kommunen weniger und andere Kommunen mehr Geld haben. Wir dürfen nicht zulasten gerade der Kommunen, denen es schlecht geht, Entwicklungsperspektiven nehmen. Deswegen müssen wir das flexibilisieren. Wir müssen über Inhalte nachdenken. Gerade die Frage der Nachhaltigkeit ist etwas für uns.

Bei der Frage der **Arbeitsplätze** stimme ich dem zu, was von der rechten Seite des Hauses gekommen ist. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Auch das muss ein Kriterium sein.

An diesen Stellen müssen wir in der Zukunft zu einer differenzierteren Bewertung kommen. Das, was als Ergebnis des Prozesses bei LSE herausgekommen ist, ist durchaus unterschiedlich. Das hängt auch davon ab, wer Moderator war und welche Büros hinzugezogen worden sind. Es gibt an einzelnen Stellen natürlich die Auswüchse, die Claus Ehlers beschrieben hat. Aber insgesamt müssen wir diese Art von Entwicklungsprozess mit der Beteiligung der Bevölkerung bewahren.

Deshalb sind wir Grünen sehr dafür, dass wir alle Kreativität, die wir haben, haushaltsmäßig umsetzen, um die Landwirtschaftsministerin in die Lage zu versetzen, hier nicht an der falschen Stelle zu sparen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt dem Abgeordneten Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen** waren in der Vergangenheit ein Zeichen des **Aufbruches im ländlichen Raum**. Heute sind die

LSE zum Ärgernis geworden. Das Land ist nicht mehr bereit, vergleichsweise lächerliche 4 % aus der eigenen Kasse zu gewähren, die 6 % Förderung des Bundes auslösen würden.

(Beifall bei SSW und CDU)

Nicht nur, dass dieses Armutszeugnis für zukünftige Maßnahmen gelten soll - nein, diese Regelung gilt auch für die Maßnahmen, die mit vorzeitigem Maßnahmebeginn in Angriff genommen worden sind. Es ist klar, dass es für die Bezuschussung solcher **vorzeitigen Maßnahmen** keine **Rechtssicherheit** gibt, aber man hat die Kommunen immer glauben lassen, dass die Finanzierung kein Problem sei und dass die Landesregierung ein großes Interesse an den LSE-Maßnahmen im ländlichen Raum habe. Nun wissen wir, dem ist nicht so. Jetzt macht man nur noch die Fielmann-Förderung: „und keinen Pfennig dazubezahlt!“

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Vor zwei Jahren wurden die Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen von der Landesregierung geradezu angepriesen. Alle waren begeistert. Die ländlichen Kommunen sollten sich am eigenen Schopf aus ihrer eingefahrenen Situation herausziehen. Alle waren wild entschlossen, das auch zu tun. Mithilfe des Landes wird dies schon gelingen, heißt es.

Die **Motivation in den Kommunen** war entsprechend groß. Überall im Lande begannen die Kommunen mit entsprechenden Planungen. Die Bürger wurden in vorbildlicher Weise beteiligt und man hat kommunenübergreifend geplant. Alles das, was alle und speziell die Landesregierung gewünscht haben!

Von den damals von der Landesregierung angekündigten blühenden Landschaften droht nun nichts mehr übrig zu bleiben. Die derzeitige Situation ist für den ländlichen Raum absolut demotivierend. Das, was man sich mühevoll erarbeitet hat, droht nun doch nicht verwirklicht zu werden. Dort, wo man sich schon mitten in der Umsetzung befindet, bleibt manche Kommune auf einer Mehrbelastung in sechsstelliger Höhe sitzen.

(Beifall bei SSW und CDU)

Somit ist die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse zur Finanzfalle für die Kommunen geworden.

In Anspielung auf ein SSW-Motto im Wahlkampf formulierte es ein kommunaler Vertreter mir gegenüber so: „Landesregierung, darauf kannst du dich nicht verlassen!“ Damit hat er im konkreten Fall wohl auch nicht ganz Unrecht.

(Beifall bei SSW und CDU)

(Lars Harms)

Die 40 % der EU scheinen derzeit nicht in Gefahr zu sein. Nun könnte man sagen: Wenigstens auf die EU ist Verlass. - Das ist aber zu kurz gesprungen. Ein wichtiger ergänzender **Baustein der Finanzierung** ist nun einmal die eigene nationale Finanzierung. Die Bundesfinanzierung steht auch zur Verfügung. Sie ist aber mit der Landesfinanzierung gekoppelt. Erst wenn das Land mitfinanziert, gibt es auch etwas vom Bund.

In den anderen Bundesländern werden diese Finanzierungsmöglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft. Bei uns hingegen will man vergleichsweise geringe 4 % Landesförderung wegsparen und verzichtet dabei auf 6 % Bundesförderung. Hart formuliert muss ich sagen: Das ist ein erheblicher Angriff auf die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes.

(Beifall bei SSW und CDU)

Die bisherige Förderung war ein wichtiger **Anreiz für private und öffentliche Maßnahmen**. Sollte dieser Anreiz in Zukunft wegfallen, hätte dies verheerende Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Nicht nur, dass Investitionen wegbrechen, die den ländlichen Raum lebenswerter und liebenswerter machen, sondern das wird auch dazu führen, dass Aufträge nicht erteilt werden und ganz konkret für manche Firmen die Auftragslage noch schlechter als ohnehin schon aussehen wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf kurz unterbrechen. Ich möchte darum bitten, dass der Redner ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bekommt, und darauf hinweisen, dass wir durchaus auch gepolsterte Sitzflächen im Parlament vorhalten.

**Lars Harms [SSW]:**

Und das vor dem Hintergrund der Sorgen der Bauwirtschaft und des Handwerks, die traditionell gerade von den LSE-Maßnahmen in den betroffenen Regionen profitiert haben! In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ist die Herabsetzung des Fördersatzes für **LSE-Maßnahmen** genau das falsche Signal der Landesregierung und Gift für unsere angeschlagene Konjunktur.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Sie sollten sich besinnen und zumindest die 50-prozentige Förderung von LSE-Maßnahmen beibehalten, um so gerade die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes voranzubringen. Mir persönlich ist nicht bange, dass wir dafür eine Mehrheit bekommen. Denn nach den Äußerungen des Kollegen

Steenblock habe ich den Eindruck, dass eine Mehrheit von Grünen, SSW, CDU und FDP durchaus realistisch ist.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erteile ich Herrn Abgeordneten Jürgen Feddersen das Wort.

**Jürgen Feddersen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin! Sie lassen nicht nur die Kommunen im Regen stehen, sondern Sie lassen auch Ihre Mitarbeiter in den ALRs im Regen stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Mitarbeiter in den ALRs machen eine Superarbeit zusammen mit den Gemeinden vor Ort und selbst Ihre Mitarbeiter haben immer darauf vertraut, dass man der Regierung vertrauen kann, dass die 10 % **Förderung** auch fallen. Denn so etwas hat es in der Geschichte noch nicht gegeben, dass es einen vorzeitigen **Maßnahmebeginn** gegeben hat und dann das Geld nicht geflossen ist. Das ist erstmalig und einmalig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Die Gemeinde Ladelund hat die Meierei gekauft und zu einem Dorfzentrum ausgebaut, eine Investition von 1,6 Millionen DM. Auch sie hat den vorzeitigen Maßnahmebeginn bekommen und hat natürlich darauf vertraut, dass die 10 % kommen - eigentlich sind es ja nur 4 % vom Land, 6 % sind ja GA-Mittel vom Bund. Diese Mittel werden jetzt nicht fließen.

Ich sammle gerade alle Maßnahmen in Nordfriesland, die nicht mehr voll gefördert werden. Die Gemeinde Ladelund ist selbst nicht in der Lage, die 10 %, 160.000 DM, aufzubringen. Sie steht am Rande ihres Haushaltes und kann es selbst nicht bezahlen, Kredite darf sie auch nicht aufnehmen. Ich habe dem Bürgermeister empfohlen, dem Innenminister zu schreiben und auf die Sachlage hinzuweisen. Die Rechnungen liegen auf dem Tisch bei der Gemeinde. Ich habe gesagt, er soll erst einmal 160.000 DM Sonderbedarfszuweisung beantragen. Das heißt, das Land muss jetzt 10 % und nicht mehr nur 4 % bezahlen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, wie die Gemeinde da sonst rauskommen soll. Frau Ministerin, ich bin der Meinung, dass zumindest die Gemeinden, denen ein vorzeitiger Maß-

(Jürgen Feddersen)

nahmebeginn genehmigt worden ist, ein Recht darauf haben, die 10 % tatsächlich zu bekommen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir treten in die Abstimmung ein. Beantragt ist, den Antrag der CDU, Drucksache 15/1181 - Ländliche Struktur - und Entwicklungsanalysen -, dem zuständigen Agrarausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig vom Haus so entschieden. Damit ist Tagesordnungspunkt 17 erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 21 aufrufe, möchte ich eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Wir werden die Tagesordnungspunkte 24 - Arbeitsentgelte bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, FDP-Antrag - und 26 - Erhaltung der Abendschulen, CDU-Antrag - aufgrund der fortgeschrittenen Zeit heute nicht mehr beraten, sondern morgen nach der verbundenen Debatte der Tagesordnungspunkte 23 und 49 aufrufen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Und Tagesordnungspunkt 27?)

- Entschuldigung, Tagesordnungspunkt 27 - Modellversuch in der Drogenpolitik - kommt auch danach.

Als letzten Tagesordnungspunkt für heute rufe ich Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Zweites Seeschiffahrtsanpassungsgesetz - Sicherheitsuntersuchungsgesetz (SUG)**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1185 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1208

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist fünf nach halb sechs. Ich weiß, dass das eine anstrengende und teilweise auch sehr unterhaltsame Sitzung war, trotzdem sollten wir noch bis zum Schluss, bis 18:00 Uhr, die notwendige Aufmerksamkeit für die zu behandelnden Punkte aufbringen.

Wird das Wort zur Begründung des gemeinsamen Antrages von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Jutta Schümann.

(Widerspruch - Zurufe: Malerius!)

- Entschuldigung, Herr Abgeordneter Malerius, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort.

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Jutta, ich kann dir die Seefahrt ein bisschen beibringen und dann übernimmst du das beim nächsten Mal, kein Problem.

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Erhöhung der Schiffssicherheit** ist ein ständiger Prozess - national, bilateral und international. Auf jeder Ebene gibt es Handlungsbedarf. Es ist unser aller Anliegen, die Vorsorge für die Sicherheit und den Umweltschutz auf See sowie den Schutz der deutschen Küsten zu verbessern. Es steht außer Frage, dass sich Deutschland hier keine Defizite leisten darf. Die **Seeunfalluntersuchung** ist ein entscheidendes Element, nicht nur der Analyse, sondern auch der **Gefahrenvorsorge**, weil aus den Ergebnissen für die Zukunft gelernt werden soll.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Anpassung bestimmter Bedingungen in der Seeschiffahrt an den internationalen Standard - Zweites Seeschiffahrtsanpassungsgesetz - ohne kritische Auseinandersetzung mit den betroffenen Küstenländern oder den um die Sicherheit an der Küste besorgten Schiffahrts- und Umweltverbänden durchsetzen will.

Kern des vorgelegten Gesetzentwurfs ist die erstmalige Trennung der **Ursachenfeststellung** eines Unfalls von der Untersuchung **individueller Fehler** und dem Patentzug. Die von der Bundesregierung vorgetragene Begründung über die Notwendigkeit der grundsätzlichen Abkehr vom bestehenden System der Seeunfalluntersuchung ist objektiv falsch und weder aus dem IMO-Code noch der entsprechenden EU-Richtlinie zu ersehen. Der **IMO-Code** von 1997 beziehungsweise die Richtlinie 1999/35 EG des Rates vom 29. April 1999 verlangen keine Trennung von Ursachenermittlung und der Feststellung eines Fehlverhaltens. Im Gegenteil, in Abschnitt 4 der IMO-Empfehlung ist auch das Feststellen von Fehlverhalten technischer und menschlicher Sachverhalte ausdrücklich enthalten.

Die Feststellung fehlerhaften Verhaltens ist bei einer konsequenten Unfallanalyse in zirka 80 % aller

**(Wilhelm-Karl Malerius)**

Seeunfälle unvermeidbar, eben weil 90 % der Unfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Der Seeunfall „Lucky Fortune“ war dafür ein typisches Beispiel. Der anfängliche Verdacht eines technischen Mangels am Regler stellte sich in der Seeamtsverhandlung als fehlerhafte Bedienung der Reglertechnik durch das Personal heraus.

Mit dem Regierungsentwurf erfolgen zukünftig drei unterschiedliche Verfahren. Die **Bundesstelle** ist ausschließlich in der Ursachenermittlung tätig, die **Wasserschutzpolizei** in Bezug auf Strafverfolgung und Ursachenermittlung und die **Seeämter** hinsichtlich der Prüfung der Patententziehung und Ursachenermittlung. In der Praxis wird es zwangsläufig zu Kollisionen kommen. Die Wasserschutzpolizei muss zur Sicherung des Strafverfahrens gegebenenfalls Maßnahmen der Bundesstelle unterbinden. Dies kann zur Verzögerung des Aufhebens eines Auslaufverbotes mit möglichen Schadenersatzansprüchen an das Land oder den Bund kommen.

Im Gegensatz zum Regierungsentwurf gewährleistet das bestehende System die einheitliche Ermittlung beziehungsweise Untersuchung durch die Wasserschutzpolizei, Seeämter und Staatsanwaltschaften, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen handeln, aber unterschiedlichen Ressorts angehören.

Die Öffentlichkeit soll in Zukunft von dem Verfahren ausgeschlossen werden. Die Öffentlichkeit will nicht nur die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen. Sie hat auch ein Interesse daran zu verfolgen, wie diese Ergebnisse zustande kommen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Das ist besonders bei der Seeamtsverhandlung im Fall „Pallas“ in Cuxhaven deutlich geworden. Das **Widerspruchverfahren** soll nach dem neuen Gesetzentwurf abgeschafft werden. Dadurch wird den Betroffenen jede Möglichkeit genommen, sich gegen zweifelhafte Unfallanalysen zur Wehr zu setzen.

Die **Eilbedürftigkeit** dieses Gesetzentwurfs wird von der Bundesregierung mit dem Hinweis auf die **EG-Richtlinie** über ein System verbindlicher Überprüfungen im Hinblick auf den sicheren Betrieb von Ro-Ro-Fahrgastschiffen und Fahrgast-Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen im Linienverkehr begründet. Diese Richtlinie verlangt von den EG-Staaten nicht die komplette Veränderung ihres nationalen Seeunfalluntersuchungsgesetzes. Im Rahmen der jeweiligen Rechtsordnung sollen die Mitgliedsstaaten einen Rechtsstatus schaffen, der anderen Staaten, die ein begründetes Interesse an der Aufklärung des Seeunfalls haben, eine Beteiligung am Verfahren ermöglicht. Ob überhaupt ein förmliches Gesetz erforderlich ist, um einen solchen

Rechtsstatus zu schaffen, muss bezweifelt werden. Das bestehende Seeunfalluntersuchungsgesetz entspricht grundsätzlich den IMO-Empfehlungen, bedarf aber einer Modifizierung. Die IMO greift nicht in national- und rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze beziehungsweise Organisationsstrukturen ein. Dies würde jeder Nationalstaat im Grundsatz strikt ablehnen.

Alle Küstenländer, Hafenstädte und Experten sind gegen diesen vorgelegten Gesetzentwurf. Dieses hohe Haus sollte sich solidarisch zeigen. Wir beantragen Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz Maurus das Wort.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Havarie der „Pallas“ beschäftigen wir uns in diesem Haus verstärkt mit der Sicherheit auf See. Mit großer Spannung haben wir die Empfehlungen der unabhängigen Expertenkommission zur Havarie zur „Pallas“ erwartet. Wir haben das mit der Hoffnung verbunden, ein verbessertes **Sicherheitskonzept** für Ost- und Nordsee mit konkreten Maßnahmen zu erhalten. Gegenwärtig hat es den Anschein, als wenn tatsächlich keine wirkungsvollen Schritte für ein Schutzkonzept unternommen werden, obwohl in verschiedenen Konferenzen ihre Notwendigkeit immer wieder eingefordert wird. Dies erfüllt uns mit großer Sorge.

Sicherheitsrelevante Forderungen - wie zum Beispiel die dringend notwendige dauerhafte Stationierung eines leistungsfähigen Sicherheitsschleppers oder die Schaffung einer effizienten Küstenwachstruktur - werden bislang nur halbherzig oder gar nicht umgesetzt. Darüber lassen auch nicht die da oder dort - wie in der Kadettrinne - eingeleiteten ersten Schritte hinwegtäuschen. Von daher ist es für uns unverständlich, dass sich das Bundesverkehrsministerium als Konsequenz aus dem „Pallas“-Unfall vordringlich auf ein neues **Seeunfalluntersuchungsgesetz** konzentriert, statt auf die zentralen Sicherheitsbedürfnisse einzugehen. Ich kann hier nur dem Kollegen Wolfgang Börnsen zustimmen, der im Deutschen Bundestag erklärt hat:

„Wenn die Bundesregierung schon keine wirksame Unfallprävention betreibt, muss sie wenigstens die Unfalluntersuchung so organisieren, dass diese Schwäche niemand merkt.“

(Beifall bei CDU und SSW)



(Heinz Maurus)

Lieber Herr Kollege Malerius, ich danke Ihnen, dass Sie hier die Initiative ergriffen haben, die Landesregierung aufzufordern, im Bundesrat darauf zu dringen, dass das derzeitige Seeunfalluntersuchungsgesetz novelliert wird, gleichzeitig aber darauf hinzuwirken, dass dem am 27. Juni 2001 vorgelegten **Entwurf des Zweiten Seeschiffahrtsanpassungsgesetzes** nicht zugestimmt wird. Dieser Gesetzentwurf ist in der vorliegenden Fassung, die sie schon ausgeführt haben, absolut praxisfremd und führt nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung des Verfahrens. Ich nenne die Gründe:

Erstens. Das **Untersuchungsverfahren** ist nicht mehr öffentlich. Das heißt, dass alle Beteiligten separat vernommen werden. Sie haben keine Kenntnis des Untersuchungsablaufs und somit nicht die Gelegenheit, der Gegenseite zu antworten und damit Widersprüchen zu begegnen.

Zweitens. Nur das **Untersuchungsergebnis** wird veröffentlicht, nicht die Aufzeichnungen sowie die einzelnen Aussagen. Die Einleitung vorbeugender Maßnahmen und eine damit verbundene Verbesserung der Sicherheit auf See wird erschwert.

Drittens. Die Zweistufigkeit des Verfahrens wird aufgegeben. Damit entfällt die Möglichkeit, das Untersuchungsergebnis von einer weiteren Instanz überprüfen zu lassen. Ein in jedem anderen rechtsstaatlichen Verfahren eingeräumtes **Widerspruchsrecht** entfällt.

Viertens. Es kann zu **Interessenkollisionen** innerhalb einer Behörde kommen. Die Fachaufsicht über die Seeämter im Bundesverkehrsministerium sollte so geregelt werden, dass nicht mehr ein Fachreferat gleichzeitig die Fachaufsicht für die Schiffsdezernate in den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen und die Seeämter ausübt. Das ist mit dem Gedanken unabhängiger Seeämter nicht zu vereinbaren.

Fünftens. Die Anlehnung von Seeunfalluntersuchungen an Flugunfalluntersuchungen ist verfehlt. Eine Anpassung der Seeunfalluntersuchung an die Vorschriften des Flugunfalluntersuchungsgesetzes trägt in keiner Weise der Unterschiedlichkeit von **Schiffsunfällen** und **Flugunfällen** Rechnung.

Man könnte jetzt noch auf die Besetzungen eingehen und viele weitere Punkte aufführen. Dafür aber fehlt die Zeit. Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die internationale Zusammenarbeit ist selbstverständlich verbesserungsfähig und eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen ist angebracht. Dies heißt nicht, dass gleich das gesamte bewährte System geändert werden müsste. Es wäre sicherlich auch möglich, die bestehenden Regelungen des § 24 a SeeUG auf die Seeämter zu übertragen.

Darüber hinaus sollte der **IMO-Code** für die Untersuchung von Seeunfällen als Verfahrensregelung für internationale Untersuchungen als Zusatz des § 24 a Seeunfallgesetz eingeführt werden. Dieser Zusatz sollte allerdings nur für andere interessierte Flaggenstaaten gelten, die ihrerseits ebenfalls eine verbindliche Möglichkeit zur gemeinsamen Untersuchung nach dem IMO-Code geregelt haben. Vielleicht könnte man das auch über eine Durchführungsverordnung regeln und sicherstellen.

Ich hoffe, dass es uns gelingt, mit unserem gemeinsamen Antrag über den Bundesrat eine bedarfsgerechte und praktikable Lösung zu erreichen, die den Bedürfnissen tatsächlich gerecht wird.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Joachim Behm das Wort.

**Joachim Behm [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt die im uns hier vorliegenden Antrag aufgestellte Aufforderung an die Landesregierung, dem **Zweiten Seeschiffahrtsanpassungsgesetz** im Bundesrat nicht zuzustimmen. Die Aufforderung stellt klar, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf verfehlt ist. Er ist so verfehlt, dass man gleich ein Gesetz mit dem Inhalt verabschieden könnte, dass Schiffsunfälle zukünftig verboten werden.

Würde nämlich der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf durchstehen, dann wäre in Zukunft das **Untersuchungsverfahren** nach Schiffsunfällen nicht mehr öffentlich. Lediglich das **Untersuchungsergebnis** würde veröffentlicht werden. Das **Widerspruchsverfahren** würde abgeschafft und somit die Zweistufigkeit des Untersuchungsverfahrens nicht mehr gewährleistet.

Das bisherige Verfahren der Einbindung der ehrenamtlichen Beisitzer soll abgeschafft werden, was zur Folge hätte, dass beim Untersuchungsverfahren erheblicher Sachverstand fehlen würde. So ist es dann auch nicht verwunderlich, dass sich erheblicher Protest gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung - und zwar von sachverständiger Stelle - breit machte. Allen voran sprach sich der Verband deutscher Schiffsingenieure vehement gegen die geplanten Regelungen aus.

Wir haben dieser Kritik nichts hinzuzufügen. Daher ist der vorliegende Antrag in seiner Intention absolut richtig. Wir wurden von dem Kollegen Malerius gebeten, diesen Antrag mitzustellen, und hätten dies auch fast getan. Allerdings stolperten wir dann doch über

**(Joachim Behm)**

den ersten Spiegelstrich in der Begründung, der besagt, dass das derzeitige Seeunfalluntersuchungsgesetz grundsätzlich den IMO-Empfehlungen entspricht. Das ist schlichtweg eine falsche Aussage und wir könnten nicht etwas mit beantragen, wenn die Begründung falsch ist. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Wir beantragen, den ersten Spiegelstrich aus der Begründung zu streichen.

Ich werde ihnen kurz erläutern, warum das Seeunfalluntersuchungsgesetz nicht grundsätzlich den IMO-Empfehlungen entspricht. Das fängt bereits bei der Definition des Begriffs Seeunfall an und geht weiter über die Regelungen, ab wann ein Seeunfall zu untersuchen ist. Nicht jeder Seeunfall wird nämlich untersucht. Seeunfälle nach § 1 des heutigen Seeunfalluntersuchungsgesetzes werden gemäß § 2 untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. In Nummer 4 des Codes der International Maritime Organization für die Untersuchung von Unfällen und Vorkommnissen auf See werden verschiedene Definitionen von Seeunfällen aufgeführt.

Dabei wird zwischen einem sehr schweren Seeunfall, einem schweren Seeunfall, einem Seeunfall und einem Vorkommnis auf See differenziert. Liegt ein sehr schwerer oder ein schwerer Seeunfall vor, müssen nach den IMO-Bestimmungen zwingend Untersuchungen angestellt werden. Bei Seeunfällen und Vorkommnissen auf See wird zusätzlich ein öffentliches Interesse verlangt. Da also schon gravierende Unterschiede bei der Definition von Seeunfällen und Untersuchungspflicht zwischen dem Seeunfalluntersuchungsgesetz und den IMO-Bestimmungen herrschen, kann nicht mehr davon gesprochen werden, dass das heutige Gesetz grundsätzlich dem IMO-Code entspricht.

Dafür spricht übrigens auch die Tatsache, dass den Bund eine Klage aus Europa erwartet, weil die Bundesrepublik die europäische Richtlinie 99/35 noch nicht umgesetzt hat. Diese Richtlinie besagt, dass die Definition von Seeunfällen und Untersuchungspflicht und die Zusammenarbeit der deutschen Seeunfalluntersuchungsbehörden mit den Untersuchungsorganisationen anderer Staaten entsprechend dem IMO-Code in das nationale Recht zu implementieren ist. Dies hat die Bundesregierung bisher versäumt.

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag ist der Bundesregierung einen weiten Schritt voraus. Die Liberalen haben bereits einen Gesetzentwurf eingereicht, der sowohl die bewährten Regelungen des Seeunfalluntersuchungsgesetzes enthält und sie entsprechend den internationalen Verpflichtungen ergänzt.

Wir stellen also den Antrag, aus der Begründung zu dem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN und SSW den ersten Spiegelstrich zu streichen. Ansonsten stimmen auch wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Rainer Steenblock.

**Rainer Steenblock** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht sollten wir uns, was das Verfahren angeht, einmal darauf verständigen, ob wir Begründungen mitbeschließen oder nicht. Normalerweise beschließen wir nur Anträge und die Begründungen werden in der Regel mündlich gegeben. Deshalb würde ich es vom Verfahren her für ausgesprochen gut halten, wenn wir nur den Antrag beschließen würden, zumal wir uns da alle einig sind.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Da wir uns im Wesentlichen auch hinsichtlich der Begründung einig sind, will ich nur noch zwei Sachen darstellen.

Ich bin bei diesem Themenkomplex ja nicht so ganz unbefangen und habe in diesem Bereich Erfahrungen gemacht. Zu dem, was Herr Maurus hier zu Recht angemahnt hat, will ich sagen: Wir sind uns darin einig, dass Maßnahmen auf Bundesebene nicht in der Geschwindigkeit umgesetzt werden, wie wir es aufgrund unserer Erfahrungen hier in Norddeutschland gern hätten. Da sollten wir gemeinsam weiter Druck machen. Auch das, was Sie zum Thema Schlepper gesagt haben, ist richtig. Ich habe mit großer Sorge zur Kenntnis genommen, dass die niedersächsische Landesregierung wieder gesagt hat, die beiden Mehrzweckschiffe ersetzen eigentlich einen Hochseeschlepper. Ich halte das für völlig falsch. Wir brauchen eine dauerhafte Sicherung von Hochseeschlepperkapazitäten.

(Beifall im ganzen Haus)

Mich ärgert an diesem Gesetzentwurf ganz besonders - dies halte ich auch aufgrund meiner Erfahrung für völlig falsch -, dass die Beteiligung der **Öffentlichkeit** in diesen Verfahren abgeschafft wird und auch Experten ausgeschlossen werden. Ich halte es für völlig falsch, die Beteiligungsmöglichkeiten an solchen Stellen einzuschränken. Nicht akzeptieren kann ich vor allem die Begründung, die die Bundesregierung - auch wenn es meine Bundesregierung ist - dazu gegeben hat, nämlich dass öffentliche Verhandlungen die Unabhängigkeit der Untersuchungsbehörden gefährden

**(Rainer Steenblock)**

würden. Man muss sich einmal vorstellen, welche Konsequenzen das zum Beispiel für parlamentarische Untersuchungsausschüsse hätte. Die Begründung, dass die Untersuchungsbehörden durch den Einfluss der Öffentlichkeit in ihrer Unabhängigkeit gefährdet werden könnten, widerspricht meinem demokratischen Verständnis zutiefst.

(Beifall im ganzen Haus)

Gerade in den Fragen, die einen hohen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit haben, brauchen wir transparente Verfahren, Verwaltungsverfahren, durch die den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen und das Gefühl gegeben wird, dass sie ernst genommen werden. Nicht alles, was die Bürgerinnen und Bürger sagen, ist in Ordnung. Darum geht es hier auch nicht. Durch die Möglichkeit, solche Verfahren im Ablauf zu begleiten, wird erst das Verständnis dafür geschaffen, was dort passiert, und verhindert, dass man nur das Ergebnis kennt, das am Ende dabei herauskommt. Darüber besteht also großer Konsens.

Was die anderen Punkte angeht, etwa die Abschaffung von **Widerspruchsverfahren**, so führt dies in der Tendenz letztlich zu einem Abbau von rechtsstaatlichen Strukturen an einer hochsensiblen Stelle. Deshalb sollten wir als Küstenland ganz entschieden sagen: So geht es nicht. Ich glaube, die Anhörung in Berlin bietet, da unsere Kritik von anderen geteilt wird, eine gute Möglichkeit, die Bundesregierung in eine andere Richtung zu lenken. Darum sollten wir uns gemeinsam bemühen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich bedanke mich für den Beitrag.

Da wir etwas über 18 Uhr tagen werden, möchte ich für den Fall, dass jemand schon vor Ende der Sitzung gehen muss, weil er andere Termine hat, kurz sagen, welche Tagesordnungspunkte wir am morgigen Vormittag behandeln werden. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich auf folgende Reihenfolge verständigt: Tagesordnungspunkt 23 verbunden mit Tagesordnungspunkt 49, Tagesordnungspunkt 26, Tagesordnungspunkt 27, Tagesordnungspunkt 30 und Tagesordnungspunkt 24. Es folgt dann der Tagesordnungspunkt 33, für den keine Aussprache vorgesehen ist. Sofern noch Zeit zur Verfügung steht, wird Tagesordnungspunkt 34 noch vor der Mittagspause behandelt werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Tagesordnungspunkt 24 muss vor Tagesordnungspunkt 26 behandelt werden!)

- Das ist die dem Präsidium bekannte Reihenfolge. Für den Fall, dass es morgen noch zu anderen Absprachen zwischen den Geschäftsführern kommt, bittet das Präsidium rechtzeitig um Mitteilung.

Wir fahren in der Beratung fort. Ich erteile für den SSW dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Entwicklung zum **Zweiten Seeschiff-fahrtsanpassungsgesetz** verfolgt hat, weiß, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht überall Zustimmung gefunden hat. Aber - da sind sich meines Erachtens Bundesregierung und Bundesrat einig - das derzeitige Seesicherheitsuntersuchungsgesetz muss geändert werden, da der **IMO-Code** von 1997 und die vorhin schon erwähnte EU-Richtlinie eine Aktualisierung notwendig machen.

Was viele Probleme bei der Novellierung aufwirft, ist die Frage, wie das Gesetz letztendlich umgesetzt werden soll. Zwischen dem Gesetzentwurf der Bundesregierung und den Wünschen des Bundesrates bestehen derzeit noch erhebliche Unterschiede.

Um die Verwirrung perfekt zu machen, hat auch die FDP-Bundestagsfraktion noch einen Gesetzentwurf in den Ring geworfen. In diesem Zusammenhang ist es jedoch zu begrüßen, dass der FDP-Bundestagsabgeordnete Goldmann eine **Expertenanhörung** gefordert hat, um die Mängel des **Entwurfs der Bundesregierung** aufzudecken.

(Beifall bei der FDP)

Ich gehe davon aus, dass eine solche Expertenanhörung die Kritik des Bundesrates teilen wird.

Jeder, der die Problematik der Seeschiffahrt kennt, weiß, dass ein wichtiges Element für die Sicherheit des Schiffsverkehrs die Nähe zum Schiffsrevier ist. Gleiches gilt natürlich auch für die Untersuchungen von Seeunfällen. Je näher man am Geschehen ist und je besser man die Verhältnisse vor Ort kennt, desto besser kann man sich im Falle eines Unfalls ein Bild vom Geschehen machen und ermitteln.

Gerade aus diesem Grund ist es unverständlich, dass die **Unfalluntersuchung** zentralisiert werden soll und die Möglichkeiten zur Untersuchung für die Wasserschutzpolizei eingeschränkt werden sollen. Es ist überaus wichtig, dass gerade die, die entsprechende Ortskenntnisse haben, ein Untersuchungsverfahren einleiten können. Da die Seeämter vor Ort und die Wasserschutzpolizei über diese Kenntnisse verfügen, müssen ihnen Möglichkeiten eingeräumt werden, Untersuchungen einzuleiten. Darüber hinaus bin ich mir

(Lars Harms)

sicher, dass so auch die Wahrnehmung der Interessen aller Beteiligten besser gewährleistet wäre als bei einer zentralen Stelle, die über eine geringere Orts- und Revierkenntnis verfügt.

Ähnliches gilt auch für den Rückgriff auf **Sachverständige**. Die Bundesregierung möchte zwar auf dem Papier die Kenntnisse und den Sachverstand von sachverständigen Bürgern an der Küste mit einbeziehen, hat hierfür aber nur vage Formulierungen parat. Der Wunsch des Bundesrates und damit der norddeutschen Küstenländer ist es, festzulegen, dass die Aufnahme von Sachverständigen mit revierspezifischen Kenntnissen in die Untersuchungskommission sichergestellt werden muss. Wir wollen also die Sicherheit haben, dass Sachverstand von der Küste in den Untersuchungsgremien fest verankert wird. Ich glaube, dass dies für die jeweiligen Verfahren sehr hilfreich sein kann.

Des Weiteren muss natürlich sichergestellt werden, dass das Seeunfalluntersuchungsverfahren öffentlich ist. Es gibt ein erhebliches öffentliches Interesse an diesen Verfahren und es gibt keinen triftigen Grund, solche Verfahren von vornherein unter Ausschluss der **Öffentlichkeit** durchzuführen. Wie wichtig die Beteiligung der Öffentlichkeit ist, hat die Havarie der „Pallas“ in Schleswig-Holstein sehr deutlich gezeigt.

Auch gehört es zu einem normalen Verfahren, dass **Widerspruchsrechte** gegen eine Entscheidung möglich sein müssen. Diese Widerspruchsmöglichkeiten wären nach dem Vorschlag der Bundesregierung so nicht mehr gegeben. Das kann nicht angehen.

So gesehen muss man sagen, dass die Vorschläge der Bundesregierung eindeutig einen Schritt zurück darstellen und wir als Nordlichter einmal mehr für Erleuchtung auf den Fluren der Bundesregierung sorgen müssen.

Daher möchte ich mich auch noch einmal ganz herzlich für die Initiative des Abgeordneten Malerius bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Wirtschaftsminister, Herrn Professor Bernd Rohwer.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das meiste ist gesagt worden; es muss nicht alles doppelt gesagt werden. Ich werde mich auf wenige Anmerkungen beschränken.

Es ist richtig, dass das **internationale Seesicherheits-system** neue Anpassungen erforderlich macht. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung einen Vorschlag macht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Womit wir überhaupt nicht leben können, sind einige Regelungen, die wir auch mit Ihrer Unterstützung korrigieren wollen. Insbesondere ist das die **Einschränkung der Untersuchungen**. Nach den Vorstellungen des Bundes sollen ja nur noch solche Unfälle amtlich untersucht werden, die voraussichtlich für eine Fortentwicklung der Sicherheitsvorschriften von Belang sind. Das ist nicht akzeptabel. Hierzu habe ich auch hier einheitliche Meinung festgestellt.

Ebenfalls lehnen wir eine Abschaffung der **Öffentlichkeit** bei den Untersuchungen ab. Gerade die Transparenz des Verfahrens über bis zu zwei Instanzen hat ja zu einer Akzeptanz der Ergebnisse geführt, was dann eine rasche Regelung der zivilrechtlichen Ansprüche mit ermöglicht hat. Wir streben deswegen gemeinsam mit den anderen Küstenländern an, dass weiterhin öffentlich untersucht wird und nicht im stillen Kämmerlein.

Wir haben - das wissen Sie - die Argumente und Vorstellungen in das **Gesetzgebungsverfahren** im Bundesrat eingebracht. Wir haben immerhin erreicht, dass der Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hierzu demnächst eine formelle **Anhörung** durchführt. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gemeinsam gelingt - auch mit dem Rückenwind des heutigen Antrages -, dafür zu sorgen, dass diese Korrekturen noch vorgenommen werden können, und bedanke mich für Ihre Unterstützung.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit treten wir in die Abstimmung ein. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abstimmen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

- Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Maurus!

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Ich möchte empfehlen, dass wir auf den Vorschlag des Kollegen Steenblock eingehen. Der Änderungsantrag bezieht sich in seinen Ausführungen auf die Begründung. Die Begründung ist nicht Gegen-

**(Heinz Maurus)**

stand des Antrages. Wenn der Antragsteller seinen Änderungsantrag für erledigt erklärte, könnte über den Antrag so abgestimmt werden.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] - Holger Astrup [SPD]: Das ist eine gute Idee!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich stelle fest, dass der Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1208, für erledigt erklärt wird. Damit liegt uns nur noch ein Antrag vor, und zwar der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW bei nunmehrigem Beitritt der FDP;

es ist jetzt ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich in der Sache um seine Stimme. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag Drucksache 15/1185 (neu) vom Haus einstimmig angenommen worden.

Das ist ein versöhnlicher Ausklang des heutigen Sitzungstages. Ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg, eine gesunde Wiederkehr. Morgen geht es um 10 Uhr weiter.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:05 Uhr**